



03

2009

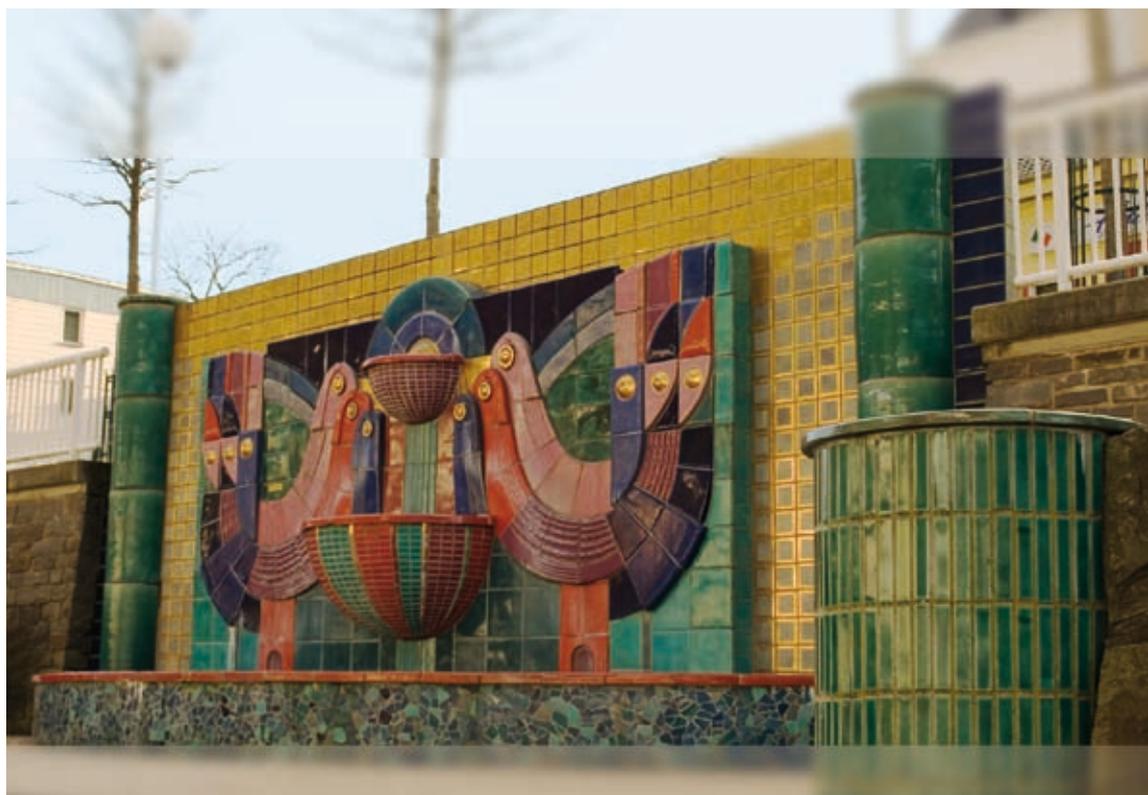
Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Pflege

Entgelte für Trinkwasser

Regionalstatistik



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Nahezu alle Einwohnerinnen und Einwohner von Rheinland-Pfalz sind an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Zusammen beziehen sie rund 221 Mill. m³ Wasser aus dem öffentlichen Netz. Die Entgelte reichen dabei von 0,74 bis 2,75 Euro je m³.

Inhalt

kurz + aktuell	165
Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Industrie ■ Bevölkerung Bildung ■ Gesundheit ■ Umwelt	
Verbraucherpreise	176
Rheinland-Pfalz in Karten: Anschluss an die öffentliche Kanalisation 2007	177
Pflege im Jahr 2007	178
Entgelte für die Trinkwasserversorgung	183
Regionaldaten der amtlichen Statistik – Teil 2: Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierbarkeit	190
Daten zur Konjunktur	198
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	223
Neuerscheinungen	233

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Wirtschaft wuchs im Jahr 2008 um 1,1%

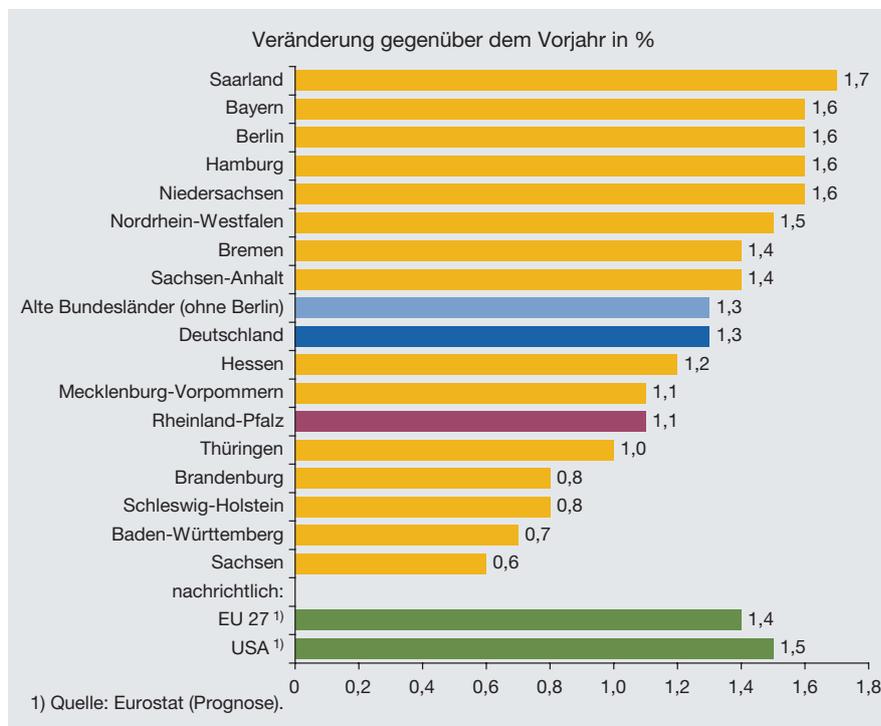
Erwerbstätigkeit erreichte im Jahr 2008 neuen Höchststand

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr nicht mehr so stark gewachsen wie in den beiden Vorjahren. Das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,1% gestiegen, nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahr 2006 um 3,2% und im Jahr 2007 um 2,3% gestiegen war. Im ersten Halbjahr 2008 lag die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts noch bei 2,2%. Die Finanzmarktkrise hat sich also in der zweiten Jahreshälfte in der realwirtschaftlichen Entwicklung deutlich niedergeschlagen und trägt auch bei der ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zu einer erhöhten Ergebnisunsicherheit bei.

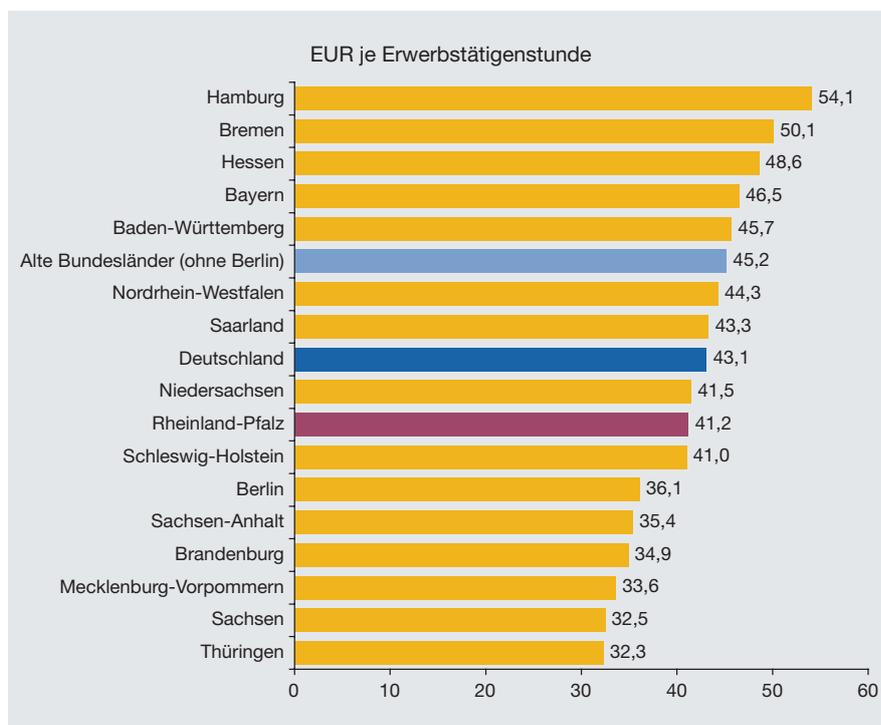
Das rheinland-pfälzische Wirtschaftswachstum 2008 lag geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt. Die deutsche Wirtschaft insgesamt ist um 1,3% gewachsen, wobei die Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit +0,9% etwas schwächer verlief als in den alten Ländern (ebenfalls ohne Berlin) mit +1,3%. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei 2,6%. Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung betrug nominal 107,3 Mrd. Euro.

Die getrennte Veröffentlichung der Bruttowertschöpfung im verarbei-

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2008 nach Ländern



Nominales Bruttoinlandsprodukt 2008 nach Ländern



tenden Gewerbe nach Bundesländern, auf die sich bislang im Rahmen der 1. Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts die erste Analyse des Wachstums stützte, erfolgt diesmal nicht. Der „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ beabsichtigt auch künftig aufgrund einer verschlechterten Datenlage am aktuellen Rand im Industriebereich auf die Veröffentlichung der Bruttowertschöpfung in der 1. Fortschreibung zu verzichten. Begründet wird dies vor allem mit der Reduzierung des Berichtskreises im verarbeitenden Gewerbe durch das Mittelstandsentlastungsgesetz I. In Rheinland-Pfalz berichtet seit 2007 mit rund 1000 Betrieben nur noch etwa die Hälfte des bisherigen Berichtskreises monatlich Umsätze und Beschäftigte.

Abkühlung im verarbeitenden Gewerbe deutlich spürbar

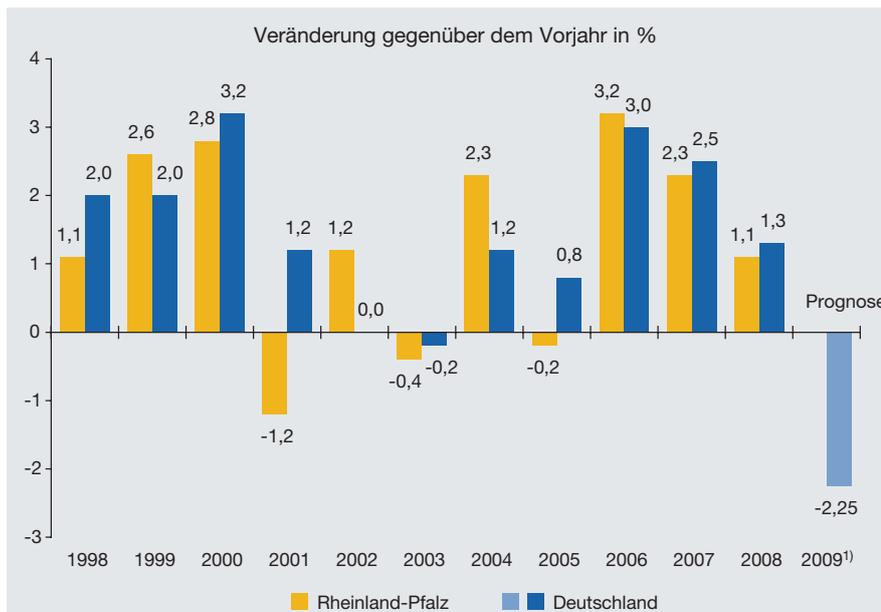
Die Dienstleistungsbranchen haben diesmal stärker zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen, während der Anteil des Industriebereichs deutlich geringer war als in den vergangenen Jahren.

Anhand der Umsatzentwicklung im verarbeitenden Gewerbe ist die Abkühlung in der zweiten Jahreshälfte deutlich zu erkennen. So gab es in diesem Bereich im ersten Halbjahr einen Umsatzanstieg von 7% (Deutschland: +6,7%), für den Zeitraum von Januar bis November betrug die Veränderungsrate nur noch 4,6% (Deutschland: +3,7%). Im November sind die Industrieumsätze in Rheinland-Pfalz in einer historischen Größenordnung um 9,6% gegenüber

dem Vorjahreswert eingebrochen (Deutschland: -10%). Nach vorläufigen Berechnungen ist auch für Dezember mit rund -4% ein deutlicher Umsatzrückgang zu erwarten.

In den beiden umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branchen waren für Januar bis November 2008 kräftigere Zuwächse zu verzeichnen als im Bundesdurchschnitt. In der chemischen Industrie betrug der Anstieg 4,5% (Deutschland: +2,1%), wobei die Inlandsnachfrage stärker zunahm (+5,8%) als das Auslandsgeschäft (+3,7%). Im Fahrzeugbau war, trotz des starken Einbruchs im vierten Quartal, mit +8,7% noch ein deutliches Umsatzwachstum zu verzeichnen (Deutschland: 2,5%). Das rheinland-pfälzische Plus beruhte überwiegend auf der gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland (+12,7%), die Inlandsumsätze nahmen nur um 3,9% zu. Deutlich ungünstiger als im Bundesdurchschnitt entwickelte sich der Maschinenbau in Rheinland-Pfalz. Die Branche, die 2007 den mit Abstand höchsten Zuwachs verzeichnete (+19,8%), konnte ihren Umsatz von Januar bis November 2008 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum kaum noch steigern (+1%). Im Bundesdurchschnitt verbuchte dieser Wirtschaftszweig einen Zuwachs um 8,4%.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1998–2009



1) Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung.

Umsatzsteigerung im Baugewerbe

Im rheinland-pfälzischen Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe) sind die Umsätze im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Der Gesamtumsatz im Bauhaupt-

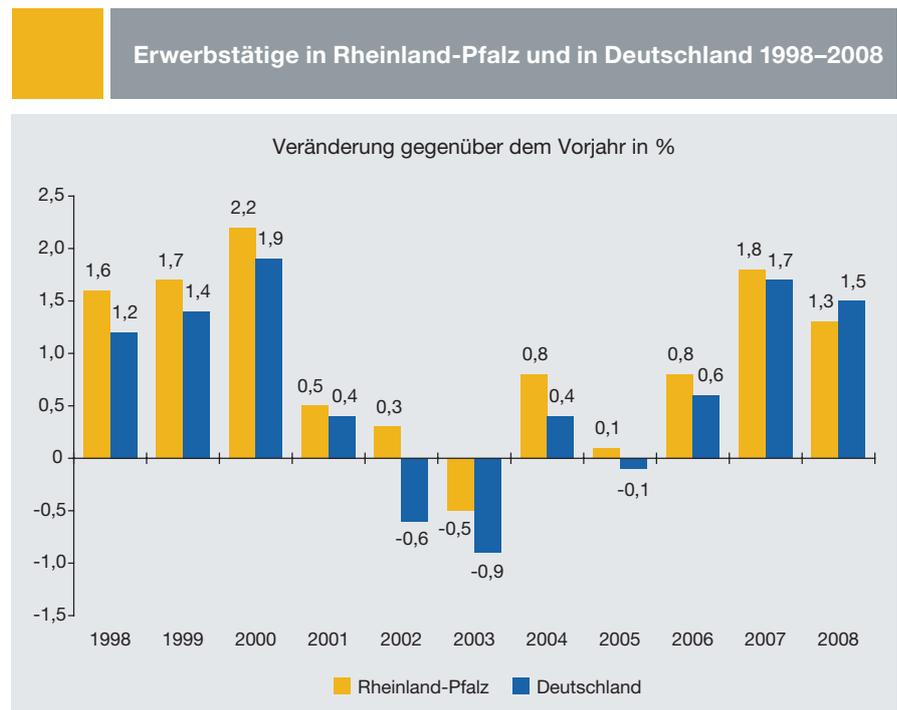
gewerbe erhöhte sich in den ersten zehn Monaten in Rheinland-Pfalz um 8,8%, bundesweit machte die Branche 8,6% mehr Umsatz. Einen kräftigen Anstieg gab es in den ersten neun Monaten mit +10,6% im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe, in Deutschland lag der Anstieg bei 14,4%.

Erwerbstätigenzahl um 24 000 gestiegen

Auf den Arbeitsmarkt hat die Wirtschaftskrise noch nicht durchgeschlagen. Erfahrungsgemäß führen konjunkturelle Abschwünge erst mit einer Verzögerung von einigen Monaten zu einem Beschäftigungsabbau. Die Erwerbstätigenzahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 24 000 und erreichte mit 1,86 Mill. im Durchschnitt des Jahres 2008 einen neuen Höchststand. Das waren 1,3% mehr als 2007 (Deutschland: +1,5%). Allerdings war der Beschäftigungszuwachs nicht mehr ganz so stark wie im Jahr 2007 (Rheinland-Pfalz: +1,8%; Deutschland: +1,7%). Die Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz leisteten im vergangenen Jahr rund 2 602 Mill. Arbeitsstunden, das waren knapp 37 Mill. Stunden bzw. 1,4% mehr als 2007. Im Bundesdurchschnitt ist das Arbeitsvolumen 2008 ebenfalls um 1,4% gestiegen.

Arbeitsproduktivität leicht gesunken

Da die Zahl der Erwerbstätigen stärker zunahm als das Bruttoinlandsprodukt, ist die Pro-Kopf-Leistung geringfügig gesunken. Die Arbeits-



produktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, sank im Jahr 2008 um 0,2% (Deutschland: -0,2%). In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Durchschnitt rund 57 800 Euro (Deutschland: 61 700 Euro). Wegen der zunehmenden Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung ist die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigenstunde ein besseres Maß für die Arbeitsproduktivität: Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von gut 41 Euro (Deutschland: 43 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies einen Rückgang um 0,4% gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: -0,1%).

Detaillierte Informationen zur VGR der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises unter <http://www.vgrdl.de/>

Auftragseingänge brachen im Dezember weiter ein

Rückgang im gesamten Jahr 2008 bei 9,4%

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch im Dezember 2008 zu einem starken Rückgang der Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie geführt. Das preisbereinigte Ordervolumen ging mit einem Minus von 35,3% stärker zurück als im Bundesdurchschnitt (Deutschland: -25,1%). Die rheinland-pfälzische Wirtschaft, die mehr als die Hälfte ihrer Industriegüter exportiert, ist in dieser internationalen Krise in besonderer Weise vom Einbruch der Auslandsnachfrage betroffen. Die Bestellungen aus dem Ausland blieben im Dezember um 44,7% unter dem Vorjahreswert (Deutschland: -29,7%). Aus dem Inland gingen 23,8% weniger Aufträge ein (Deutschland: -19,8%).

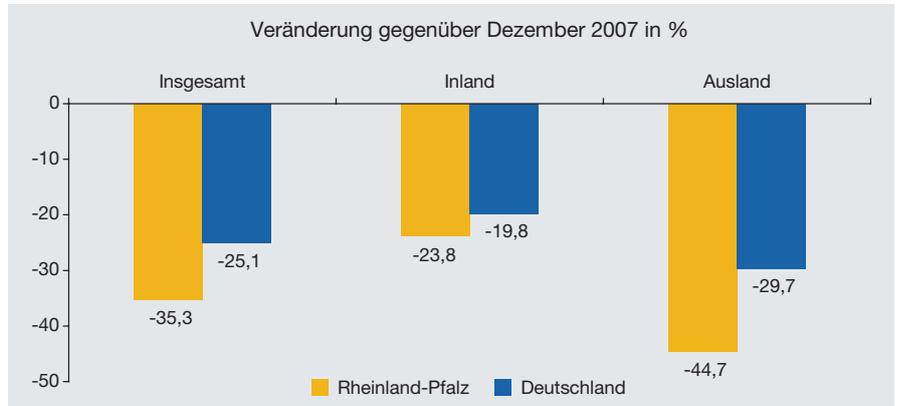
Der Nachfrageeinbruch betrifft alle Branchen. Die größten Rückgänge musste erneut der Fahrzeugbau hinnehmen. Hier blieb das Auftragsvolumen aus dem Inland um 48,4% hinter dem Vorjahreswert zurück, aus dem Ausland kamen 70% weniger Bestellungen. Im Maschinenbau bewegten sich die Rückgänge der Bestellungen aus dem Ausland ebenfalls im hohen zweistelligen Bereich (-68,1%), aus dem Inland kamen 28,3% weniger Aufträge. Spürbare Rückgänge verzeichneten auch die Metallindustrie, die chemische Industrie sowie die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren.

Zweites Halbjahr zieht Jahresergebnis ins Minus

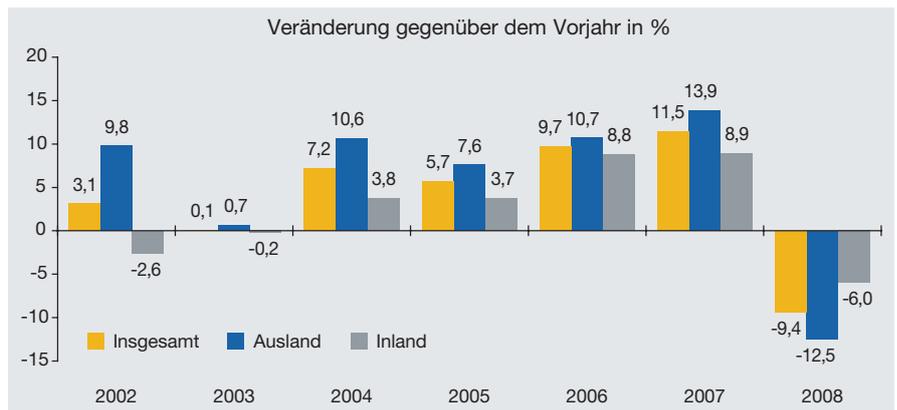
Nach vier positiven Jahren mit zuletzt zweistelliger Zuwachsrates musste die rheinland-pfälzische Industrie im Jahr 2008 einen drastischen Einbruch der Auftragseingänge verkraften. Vor allem die starke Zurückhaltung ausländischer Kunden in der zweiten Jahreshälfte ließ die Auftragseingänge einbrechen. Für das gesamte Jahr 2008 errechnet sich ein Auftragsminus von 9,4% gegenüber dem Jahr 2007. Das Ordervolumen aus dem Ausland ging um 12,5% zurück, aus dem Inland kamen 6% weniger Bestellungen.

Die vier wichtigsten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige haben über das gesamte Jahr betrachtet Einbußen bei den Auftragseingängen verzeichnet. Besonders betroffen hiervon war der Fahrzeugbau mit einem Rückgang von 35,3%. Im

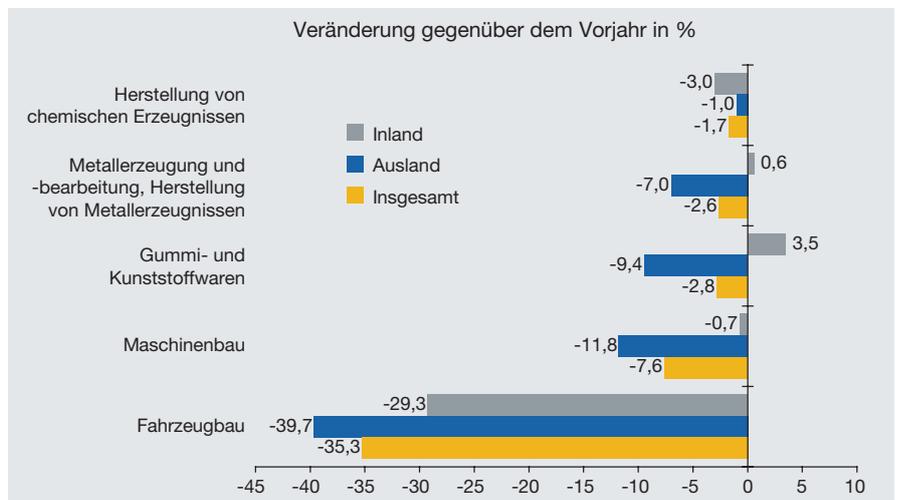
Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2008



Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz 2002–2008



Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



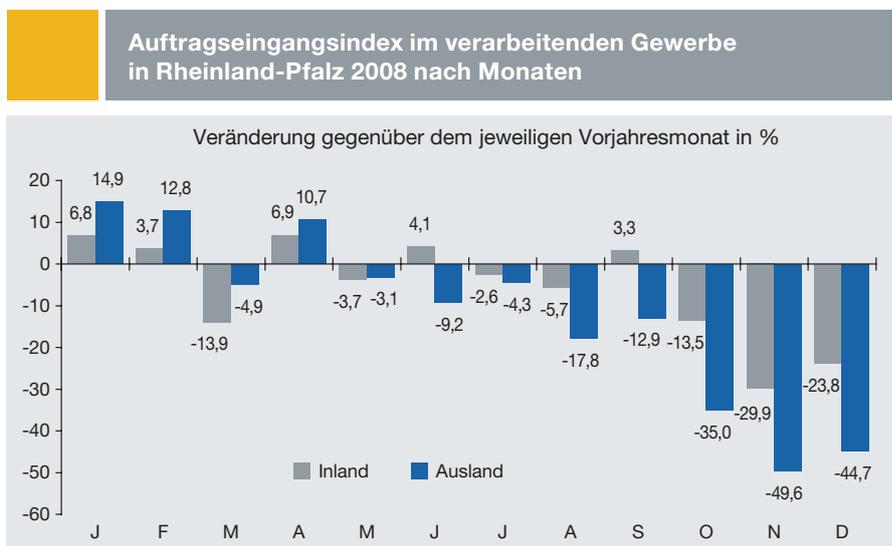
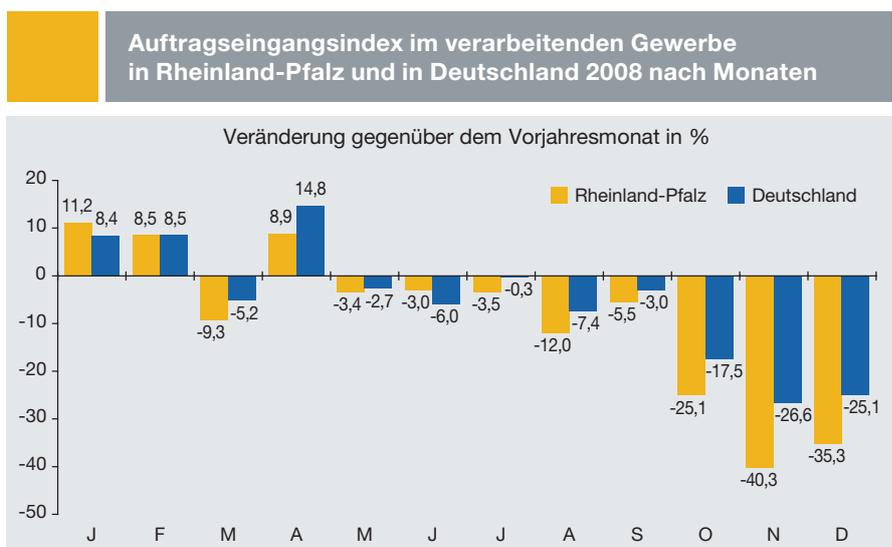
Maschinenbau und in der Metallindustrie waren die rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland maßgebend für die negative Gesamtentwicklung; das Gesamtordervolumen ging gegenüber 2007 um 7,6% bzw. 2,6% zurück. Die chemische Industrie verzeichnete ein Minus von 1,7%.

Jahresumsatz der Industrie trotz Einbruchs im vierten Quartal im Plus

Zahl der Beschäftigten stieg erneut an

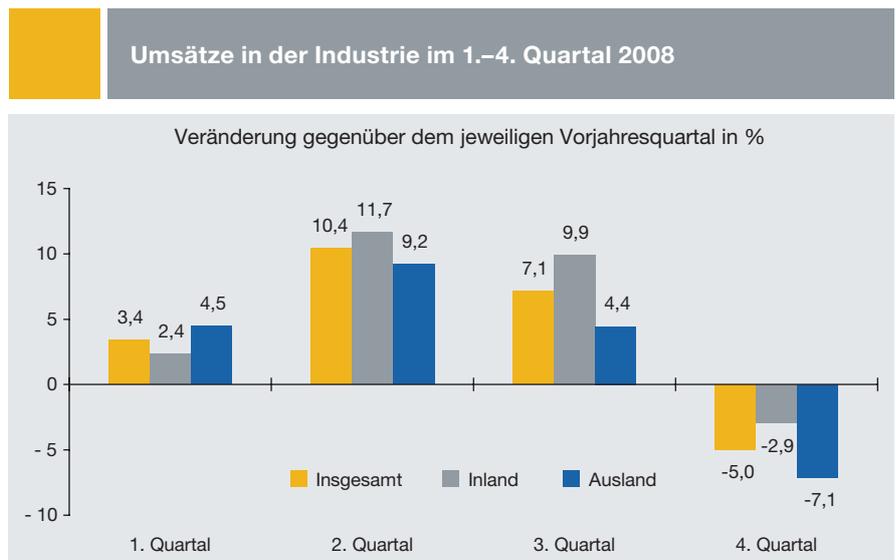
Trotz deutlicher Rückgänge im vierten Quartal schloss die rheinland-pfälzische Industrie das Jahr 2008 mit einem Umsatzplus ab. Das produzierende Gewerbe erzielte Umsätze in Höhe von 78,7 Mrd. Euro, so viel wie nie zuvor. Der bisherige Rekord aus dem Jahr 2007 wurde nach vorläufigen Berechnungen noch um 4% übertroffen (Deutschland: +2,9%). Damit fiel der Zuwachs aber deutlich geringer aus als in den Jahren davor. Dagegen stieg die Zahl der Beschäftigten stärker als im Jahr 2007, und zwar im Jahresdurchschnitt um 3,2% auf 254472 Personen (Deutschland: +2,3%). Im Dezember lag die Zahl der Beschäftigten bei 254441 und damit um 2,3% höher als im Dezember 2007 (Deutschland: +1,3%).

Nach Jahren des Anstiegs ist die Exportquote 2008 wieder gesunken. Sie lag bei 49,7%, nachdem sie im Jahr 2007 erstmals die 50%-Marke übersprungen hatte. Trotz des Rückgangs hat Rheinland-Pfalz



nach wie vor die dritthöchste Exportquote hinter Bremen und Baden-Württemberg. Der Umsatzanstieg im Jahr 2008 wurde maßgeblich vom Inlandsgeschäft bestimmt, das um 5,2% zulegen, während der Auslandsumsatz lediglich um 2,8% wuchs. Trotz der über das Jahr betrachtet positiven Vorzeichen zeigen der Rückgang der Exportquote und die geringen Zuwächse im Auslandsgeschäft die Krise bereits an. Die rheinland-pfälzische Industrie ist stark exportorientiert und wird von der weltweiten Krise entsprechend hart getroffen. Das Umsatzplus rührt von teilweise starken Zuwächsen in den ersten drei Quartalen, in denen vielfach noch Aufträge aus dem Jahr 2007 abgearbeitet wurden. Bis September hatte der Gesamtumsatz noch um 7% zugenommen. Der Einbruch folgte dann im vierten Quartal (-5%). Die stark rückläufigen Auftragseingänge in den vergangenen Monaten deuten weitere Umsatzrückgänge an.

Der wichtigste Wirtschaftszweig, die Chemie, schloss das Jahr mit einem Umsatzplus von 3,1% ab, nachdem für die ersten drei Quartale noch ein Zuwachs von 6,7% ermittelt wurde. Im vierten Quartal lagen die Umsätze um 8,1% unter dem Vorjahreswert. Der Fahrzeugbau verzeichnete für das gesamte Jahr ein Umsatzplus von 8,6% (1. bis 3. Quartal: +10,9%, 4. Quartal: +2,3%). Der Anstieg in dieser Branche resultiert aus hohen Auftragsbeständen; die Auftragseingänge im Fahrzeugbau sind schon seit Monaten rückläufig. Die Metallbranche legte um



3,8% zu (1. bis 3. Quartal: +6,7%, 4. Quartal: -5,3%). Im Maschinenbau stand am Jahresende nur noch ein leichtes Umsatzplus von 0,3%, nachdem für die ersten drei Quartale noch Zuwächse von 4,6% errechnet wurden (4. Quartal: -13,1%). Das Ernährungsgewerbe, zu dem auch die Tabakverarbeitung gehört, setzte im gesamten Jahr 6,2% mehr um

(1. bis 3. Quartal: +7,1%; 4. Quartal: +3,8%). Diese fünf Branchen erwirtschafteten im Jahr 2008 zusammen mehr als drei Viertel des Industrieumsatzes. Alle Branchen erzielten aus Geschäften mit inländischen Kunden ein Umsatzplus, während der Auslandsumsatz in mehreren Wirtschaftszweigen im Jahresverlauf ins Minus abrutschte.

Mit Ausnahme des Ernährungsgewerbes sorgte die insgesamt günstige Umsatzentwicklung in den wichtigen Branchen zugleich für einen Zuwachs an Arbeitsplätzen.

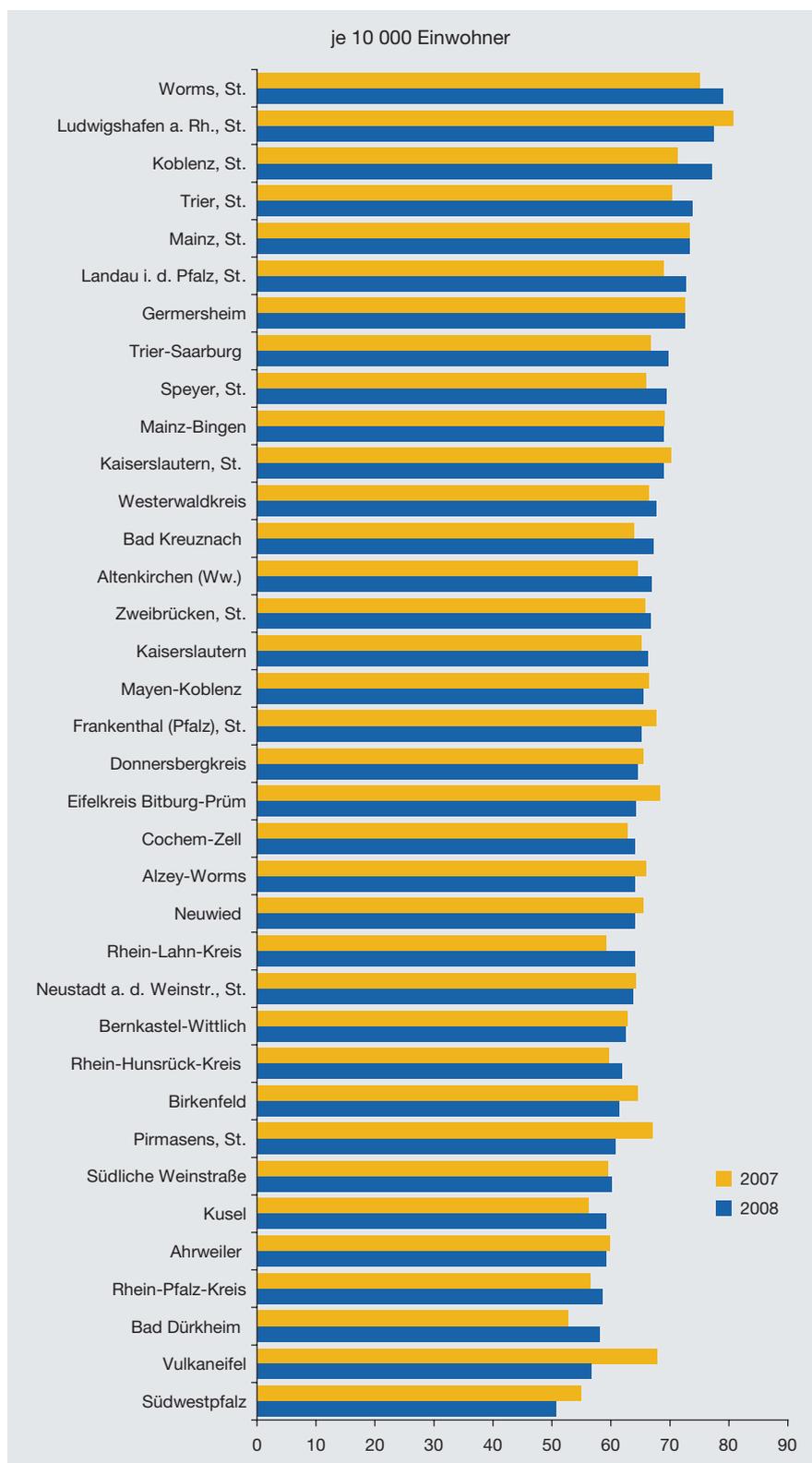
Im Dezember 2008 wurden in der rheinland-pfälzischen Industrie Umsätze von gut 5,5 Mrd. Euro getätigt. Dies entspricht einem Minus von 4% gegenüber Dezember 2007 (Deutschland: -6,7%).

Zahl der Neugeborenen hat im Jahr 2008 nicht mehr zugenommen

Die Zahl der Neugeborenen ist in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 nicht weiter angestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen kamen rund 32 600 Kinder zur Welt, das waren etwa so viele wie im Jahr 2007. Damals war nach vielen Jahren des Rückgangs ein Anstieg um 2,5% zu verzeichnen gewesen.

Da es immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter gibt, wäre eigentlich ein weiterer Rückgang der Geborenenzahlen zu erwarten gewesen. Die Zahl der 15- bis einschließlich 44-jährigen Frauen sinkt seit 1996, zuletzt gab es einen Rückgang von 774 700 im Jahr 2007 auf 756 300 im Jahr 2008 (-2,4%). Familienpolitische Maßnahmen wie das Elterngeld haben sich hier offenbar auf die Geborenenzahlen ausgewirkt, im Jahr der Einführung stärker als im zweiten Jahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Babys im Jahr 2007 auch dadurch angestiegen ist, dass viele Paare den Kinderwunsch

Geborene von Januar bis Oktober 2007 und 2008 nach Verwaltungsbezirken



mit Blick auf das Elterngeld in jenes Jahr verschoben haben.

Diese Angaben basieren auf gesicherten Zahlen für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2008 sowie auf Hochrechnungen für die beiden letzten Monate. In sieben der zwölf kreisfreien Städte und in 13 der 24 Landkreise kamen bis Oktober mehr Kinder zur Welt als im gleichen Zeitraum 2007.

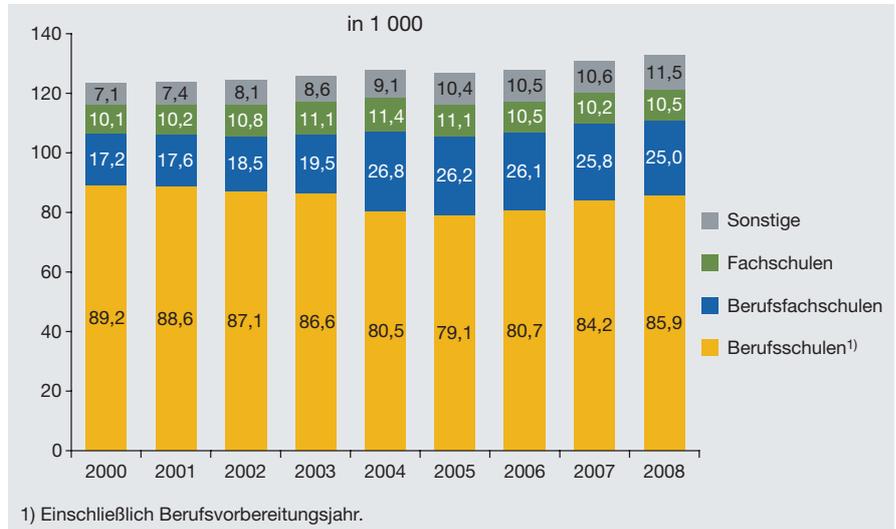
Angaben über die Zahl der Geborenen erhält das Statistische Landesamt monatlich von den Standesämtern. Hinzu kommen über einen Datenaustausch mit anderen Statistischen Landesämtern noch Angaben über Kinder, die in anderen Bundesländern geboren wurden, deren Mutter aber in Rheinland-Pfalz mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.

Schülerzahl an den berufsbildenden Schulen leicht gestiegen Deutlich weniger Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr

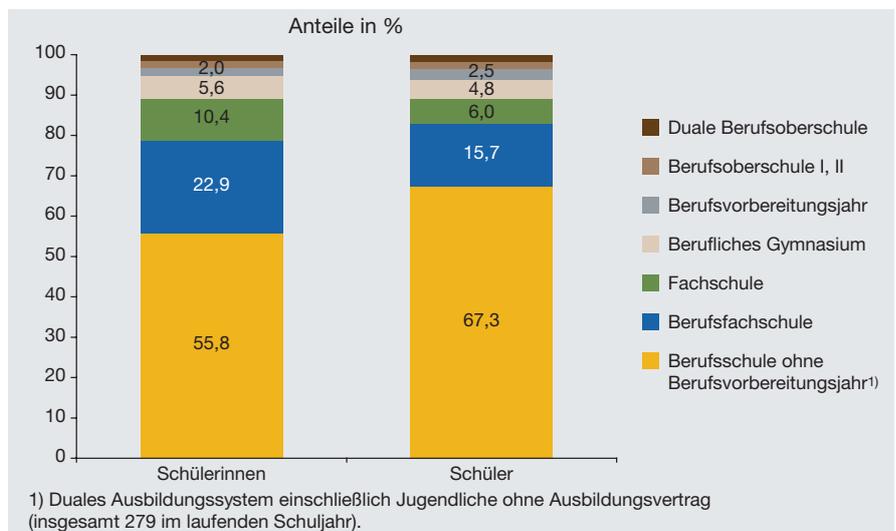
Die Schülerzahl an den 103 berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz ist zum aktuellen Schuljahr leicht gestiegen. Derzeit werden dort 132 833 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das sind 1 941 Jugendliche mehr als im Vorjahr (+1,5%). Teilzeitbildungsgänge werden von 68% der Jugendlichen belegt, 32% besuchen Ausbildungsgänge in Vollzeitform.

Die überwiegende Mehrheit, 82 533 Schülerinnen und Schüler, besucht im Rahmen ihrer dualen Berufsausbildung eine Berufsschule. Das sind

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen 2000–2008



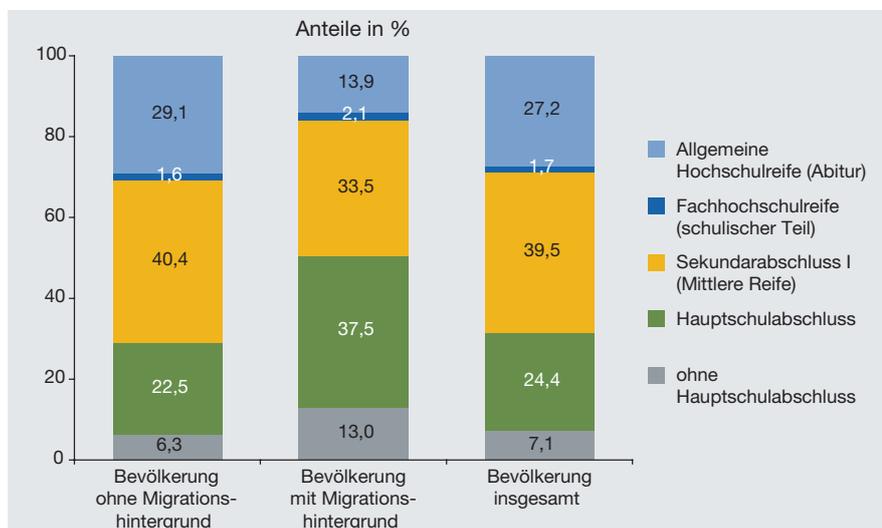
Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2008/09 nach Geschlecht und Schulform



2,4% mehr als im Vorjahr. Im Berufsvorbereitungsjahr bereiten sich 3 059 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine Ausbildung vor (-8,2%). Berufsfachschulen besuchen zurzeit 24 986 Jugendliche (-3,3%). Weitere 10 520 Schülerinnen und Schüler lernen an einer Fachschule (+2,7%). Diese Einrichtungen dienen in erster Linie der

beruflichen Fort- und Weiterbildung und bauen in der Regel auf einer beruflichen Erstqualifikation auf. An den übrigen berufsbildenden Schulen, den beruflichen Gymnasien und den Berufsoberschulen, die primär auf den Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses ausgerichtet sind, lernen derzeit 11 456 junge Menschen (+8%).

Schulstufenseite aus allgemeinbildenden Schulen 2008 nach Abschluss und Migrationshintergrund



Frauen sind in den berufsbildenden Schulen, wie auch in den vergangenen Jahren, deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Jahr 43,2%. Besonders gering sind die Frauenanteile in der Berufsoberschule I (33,1%) und im Berufsvorbereitungsjahr (37,9%). Dies liegt u. a. daran, dass Frauen schon die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit einem höherwertigen Abschluss verlassen als Männer. Die relativ hohen Frauenanteile an Fachschulen (56,9%) und an Berufsfachschulen (52,6%) gehen vor allem auf die dort angesiedelten Bildungsgänge im sozialen Bereich zurück.

Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen seltener höhere Schulabschlüsse

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund schneiden in der Schule deutlich schlechter ab als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler

ohne Migrationshintergrund. Im vergangenen Jahr erreichten 13,9% der Schulstufenseiten aus allgemeinbildenden Schulen, die einen Migrationshintergrund aufwiesen, die allgemeine Hochschulreife. Bei den Schulstufenseiten ohne Migrationshintergrund lag der Abiturientenanteil mehr als doppelt so hoch (29,1%). Die mittlere Reife erlangten 33,5% der Abgänger mit und 40,4% der Abgänger ohne Migrationshintergrund. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die die Schule mit Hauptschulabschluss verließen, lag bei 37,5% und damit um 15 Prozentpunkte über dem der Abgänger ohne Migrationshintergrund. Ohne Hauptschulabschluss gingen 13% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ab. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund lag dieser Anteil bei 6,3%.

Insgesamt verließen zum Ende des vergangenen Schuljahres 46 744 Schülerinnen und Schüler die all-

gemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Von diesen hatten 5 804 einen Migrationshintergrund (12,4%).

Umfangreiche Tabellen zu diesem Thema bietet das Statistische Landesamt im Internet unter www.statistik.rlp.de/bil/tabellen/index.html an.

Zu viel Alkohol: Immer mehr Jugendliche landen im Krankenhaus Zahl der Behandlungsfälle steigt auch bei Erwachsenen

Immer mehr Jugendliche müssen wegen übermäßigen Alkoholkonsums in Krankenhäusern behandelt werden. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 984 rheinland-pfälzische Jugendliche zwischen 11 und 17 Jahren mit der Diagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ stationär in Krankenhäusern behandelt. Alkoholmissbrauch war damit eine der am häufigsten gestellten Diagnosen bei stationär behandelten Jugendlichen. Im Jahr 2001 wurden 577 solcher Fälle registriert, 2005 waren es 812.

Bei den Elf- und Zwölfjährigen kann noch von Einzelfällen gesprochen werden, ab dem Alter von 13 Jahren steigt die Zahl der alkoholbedingten Behandlungsfälle spürbar an. 15- bis 17-Jährige waren im Jahr 2007 mit jeweils mehr als 200 Fällen am stärksten betroffen. Übermäßiger Alkoholkonsum ist kein rein männliches Phänomen; gut ein Drittel der Fälle im Jahr 2007 waren Mädchen.

Nicht nur Jugendliche sprechen dem Alkohol zu, bis der Arzt kommt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 13 900 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit der Diagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ stationär behandelt, das waren knapp 2 500 mehr als im Jahr 2001 (+21,8%).

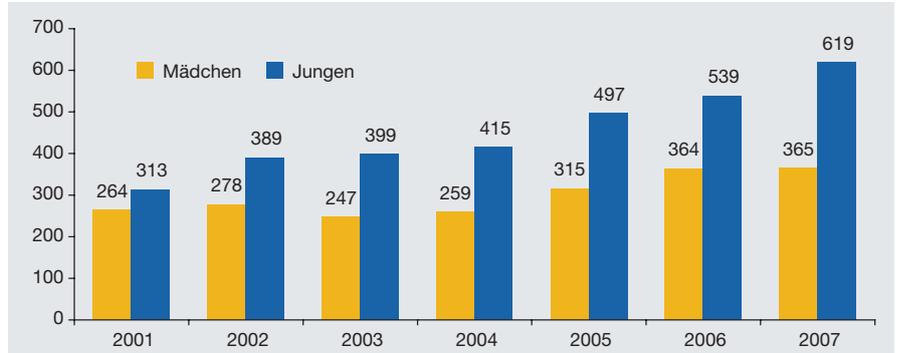
Die Zahl der alkoholbedingten Behandlungsfälle sinkt zunächst ab Anfang 20, steigt aber etwa ab Anfang 30 wieder an. Am häufigsten landen Menschen zwischen Mitte 40 und Mitte 50 wegen übermäßigen Alkoholkonsums im Krankenhaus.

Bauherren wollen immer weniger vom Öl abhängig sein

Wärmepumpen gewinnen an Bedeutung

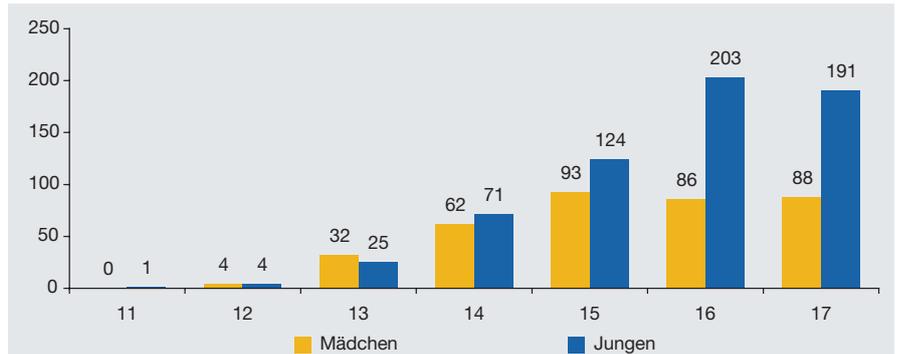
Bauherren neuer Wohngebäude streben immer stärker nach Unabhängigkeit vom Öl; auch der Anteil von Gasheizungen sinkt. Dagegen gewinnen Wärmepumpen an Bedeutung. Im Jahr 2000 sollten noch knapp 26% aller neuen Wohngebäude mit Ölheizungen ausgestattet werden, im Jahr 2008 waren es nur noch 2,9%. Der Anteil der Gasheizungen lag in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts bei durchschnittlich knapp 70%, im Jahr 2008 sollten 54,6% aller genehmigten neuen Wohngebäude mit Gas beheizt werden. Gas ist damit bei Neubauten nach wie vor die wichtigste Heizenergiequelle. An zweiter Stelle liegen die Wärmepumpen, deren Anteil von 2,2% im Jahr 2000 auf 32,3% im Jahr 2008 stieg.

Alkoholbedingte stationäre Behandlungsfälle¹⁾ 11- bis 17-Jähriger 2001–2007



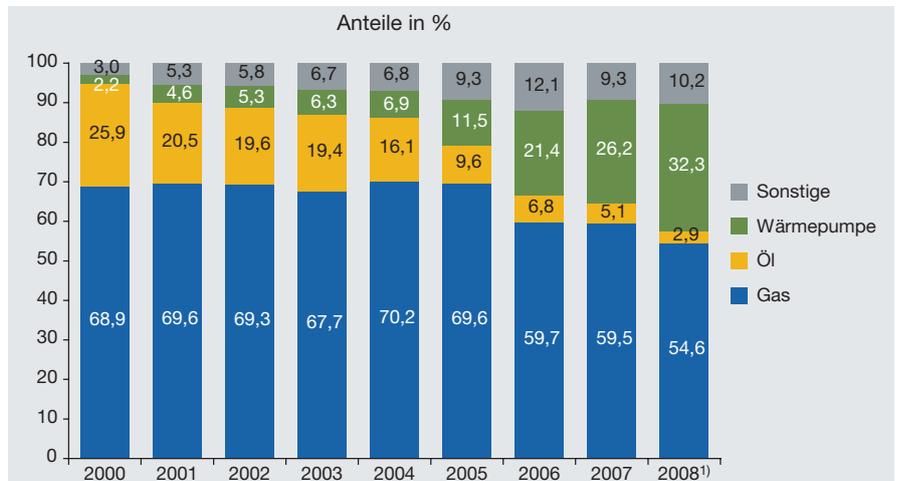
1) Diagnose: Psychische Störungen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10).

Alkoholbedingte stationäre Behandlungsfälle¹⁾ 11- bis 17-Jähriger 2001–2007 nach Altersjahren



1) Diagnose: Psychische Störungen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (F10).

Genehmigte Wohngebäude (Neubauten) 2000–2008 nach Energieträger



1) 2008: ohne Dezember.

Aus der amtlichen Statistik

Immer mehr Bauern geben auf Neue Publikation zur Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Seit Jahrzehnten geht in Rheinland-Pfalz die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zurück. Diese Entwicklung setzt sich weiter fort. Im Jahr 2007 gab es insgesamt 25 500 landwirtschaftliche Betriebe. Das waren 6,6% weniger als im Jahre 2005. Gleichzeitig ist der Trend zu immer größeren Betrieben ungebrochen. Im Jahre 2007 nutzte ein landwirtschaftlicher Betrieb durchschnittlich 28 ha; im Jahre 2005 waren es 26,3 ha. Der anhaltende Konzentrationsprozess geht einher mit einer reduzierten Zahl von Arbeitskräften. Im Jahr 2007 arbeiteten noch 105 200 Menschen in der Landwirtschaft, fast 3 000 weniger als zwei Jahre zuvor (-2,9%).

Umfangreiche Informationen über die rheinland-pfälzische Landwirtschaft enthält der Band »Die Landwirtschaft 2007«. Er gibt auf rund 250 Seiten einen umfassenden Einblick in die Struktur und die Produktion



der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Mit Hilfe von Karten lassen sich die Regionen des Landes miteinander vergleichen. Für ausgewählte Merkmale werden darüber hinaus die entsprechenden Zahlen von Deutschland und den EU-Mitgliedstaaten angeboten. Mithilfe von Zeitreihen wird schließlich die Entwicklung seit 1949 aufgezeigt.

Behandelt werden u. a. diese Themen:

- Betriebe und Arbeitskräfte
- Bodennutzung und Ernte
- Feldfrucht-, Gemüse- und Obstbau
- Weinbau
- Forstwirtschaft
- Viehhaltung und tierische Produktion

Die Veröffentlichung kann in gedruckter Form (11 Euro) oder als CD-ROM (15,30 Euro) erworben werden. Die CD-ROM enthält Tabellen im PDF- und im Excel-Format; letztere bieten die Möglichkeit, die Daten flexibel weiterzuverarbeiten. Darüber hinaus steht eine PDF-Datei (11 883 kB) zum kostenlosen Download im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/verlag/sonstiges/landwirtschaft/band396_die_landwirtschaft_2007.pdf zur Verfügung. Bestelladresse für die Printausgabe und die CD-ROM: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Verbraucherpreise im Februar 2009

Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Februar 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,8% und blieb damit im dritten Monat in Folge unter 1%. Die niedrige Inflationsrate ist auch im Februar vor allem auf die günstige Preisentwicklung bei Mineralölprodukten zurückzuführen (-16,3%). Kraftstoffe kosteten 13,1% und Heizöl 26,9% weniger als im Februar 2008. Entsprechend günstiger als vor einem Jahr waren die Preise in der Hauptgruppe „Verkehr“ (-2%). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Februar 2009 im Schnitt 0,9% über dem Vorjahresniveau. Bei den einzelnen Nahrungsmitteln waren jedoch gegenläufige Preisentwicklungen festzustellen. Binnen Jahresfrist er-

höhten sich vor allem die Preise für Gemüse (+15%) sowie Fleisch und Fleischwaren (+4,3%). Andere Nahrungsmittel wie Molkereiprodukte und Eier (-8,6%) sowie Speisefette und -öle (-5,2%) waren dagegen billiger als vor einem Jahr.

Gegenüber Januar 2009 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5%. Hierfür maßgeblich waren die deutlichen Preissteigerungen für Bekleidung und Schuhe (+2%), Bildungswesen (+0,9%) und Verkehr (+0,7%). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-0,4%) sowie die Preise rund um das Wohnen (-0,1%) waren im Vergleich zum Vormonat günstiger.

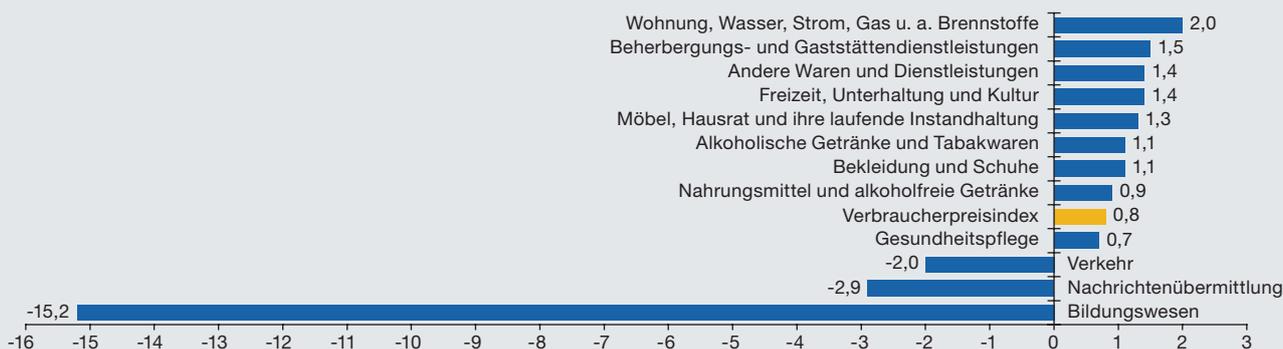
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

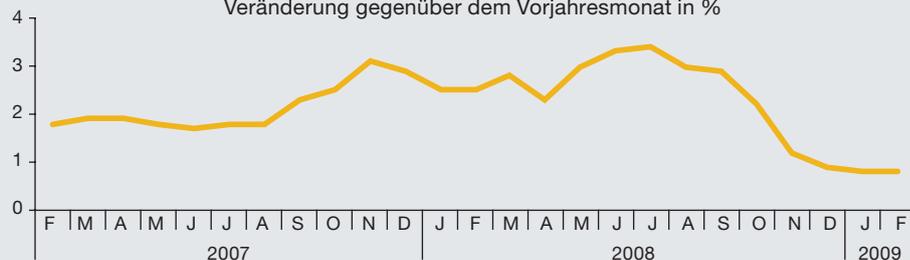
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2009

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2008 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Februar 2009

- Verbraucherpreisindex: +0,8%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
 - Fernseher: -23,9%
 - Gemüse: +15%

Pflege im Jahr 2007



Von Gerhard Hehl

In Rheinland-Pfalz gab es im Dezember 2007 fast 102 500 pflegebedürftige Menschen. Gut die Hälfte erhielt ausschließlich Pflegegeld. Fast 20% wurden ambulant, weitere knapp 30% stationär gepflegt. Rund 85% der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der steigenden Lebenserwartung kommt der Pflege eine immer größere Bedeutung zu.

Rund 2,5% der Bevölkerung pflegebedürftig

Im Dezember 2007 waren in Rheinland-Pfalz fast 102 500 Personen pflegebedürftig im Sinne des Pflege-Versicherungsgesetzes (SGB XI). Dies entsprach einem Anteil von 2,5% an der Bevölkerung.

Mehr Menschen pflegebedürftig

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ist zwischen 1999 und 2007 um 10 100 Personen bzw. 11% gestiegen. Allein von 2005 auf 2007 ist ein Anstieg von fast 4 560 Personen zu verzeichnen. Mit mehr als zwei Dritteln (68%) stellen Frauen den überwiegenden Teil der Pflegebedürftigen. Dabei sind vor allem ältere Menschen auf Pflege angewiesen: Rund 85% der Pflegebedürftigen waren älter als 65 Jahre, 35,7% sogar älter als 85 Jahre.

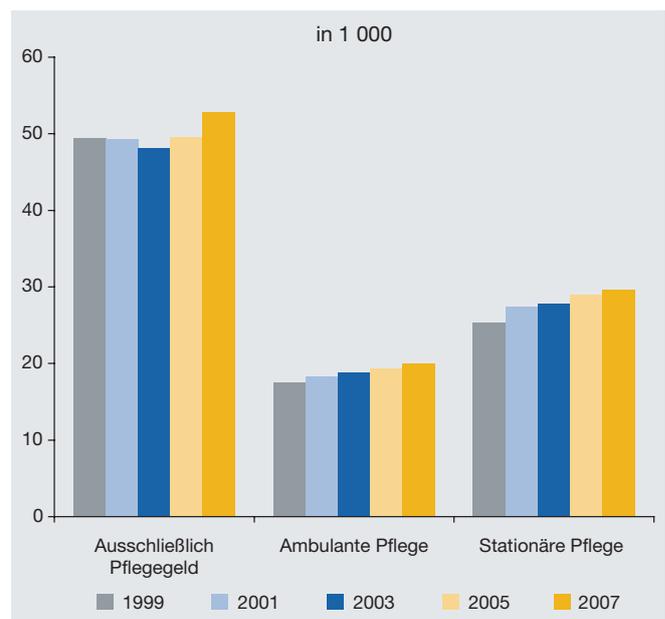
Überwiegend ältere Menschen pflegebedürftig

Bei 72 800 Personen bzw. gut 71% erfolgte die Pflege im häuslichen Umfeld, wobei 52 800 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld erhielten und 20 000 entweder ganz oder teilweise ambulante Dienste in Anspruch nahmen. Gegenüber 1999 hat

sich die Zahl der Menschen, die zu Hause gepflegt werden, um fast 9% erhöht. Die Zahl der Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten, stieg dabei um fast 7%, während der Anstieg bei den Menschen, die ambulante Dienste in Anspruch nahmen, mit knapp 14% fast doppelt so hoch ausfiel.

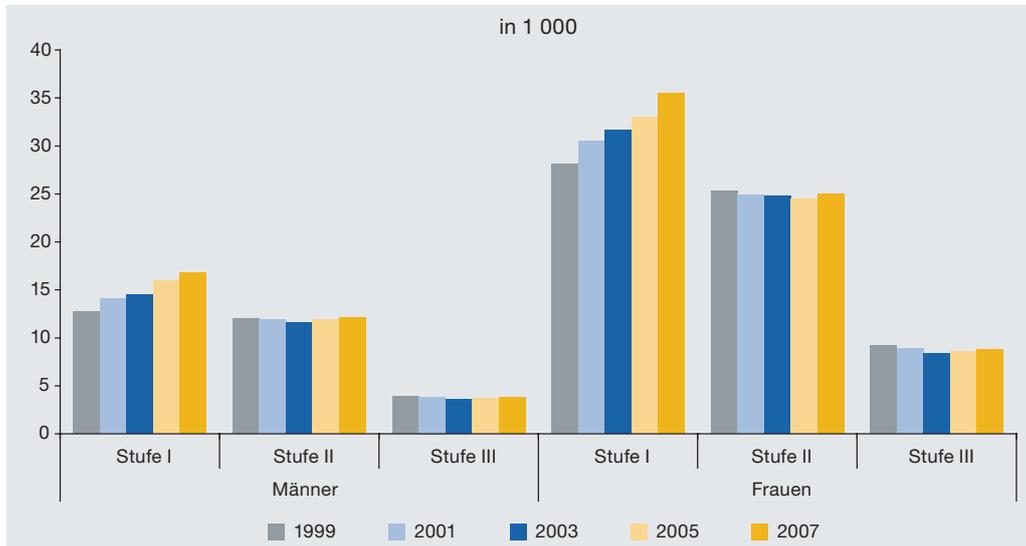
G 1

Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2007 nach Pflegearten



G 2

Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2007 nach Geschlecht und Pflegestufen



Anstieg der stationär Betreuten um 17%

Etwa 29 600 Personen wurden in Heimen stationär betreut. Gegenüber 1999 bedeutet das eine Zunahme um 17%.

Der Grad der Pflegebedürftigkeit wird vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung individuell festgelegt (siehe Textkasten). Ende 2007 waren 52 270 Pflegebedürftige der Pflegestufe I zugeordnet, 37 210 der Pflegestufe II und 12 550 der Pflegestufe III. Gut 400 Personen waren zum Erhebungszeitpunkt noch keiner Pflegestufe zugewiesen.

Der Anteil der Personen mit Pflegestufe I nahm seit 1999 von 44,2 auf 51% zu; gleichzeitig ging die Quote der Pflegebedürftigen der Stufe II von 40,4 auf 36,3% und der Anteil der Personen in Pflegestufe III von 14,2 auf 12,3% zurück.

Anteil der Pflegegeldempfänger ist gesunken

Gut 52 800 Personen erhielten ausschließlich Pflegegeld. Der Anteil der Pflegegeldempfänger an allen Leistungsempfängern

ist im Vergleichszeitraum 1999 bis 2007 von 53,5% auf 51,6% gesunken. Offensichtlich ist es schwieriger geworden, eine ordnungsgemäße Pflege im häuslichen Umfeld ohne fremde Hilfe zu organisieren und auf Dauer zu gewährleisten.

Die geschlechtsspezifische Verteilung hat sich nur wenig verändert. Während 1999 noch 62,2% aller Pflegegeldempfänger Frauen waren, betrug im Dezember 2007 die Frauenquote 63,1%.

Frauenanteil bei etwa 63%

Gegenüber 1999 Zahl der ambulanten Pflegedienste rückläufig

Insgesamt wurden im Dezember 2007 in Rheinland-Pfalz 390 zugelassene ambulante Pflegedienste statistisch erfasst. Das waren 21 weniger als noch bei der ersten Erhebung im Jahr 1999. Davon befanden sich 213 Dienste in privater, 174 in freigemeinnütziger und drei Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft.

Die Zahl der von den ambulanten Diensten betreuten Pflegebedürftigen lag 2007 bei

T 1

Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2007 nach Geschlecht sowie Pflegearten, Pflegestufen bzw. Altersgruppen

Pflegeart Pflegestufe Alter in Jahren	Männer					Frauen				
	1999	2001	2003	2005	2007	1999	2001	2003	2005	2007
Insgesamt	28 842	30 151	29 768	31 618	32 825	63 498	64 927	64 986	66 264	69 616
nach Pflegearten										
Pflegegeld	18 662	18 862	18 234	18 939	19 511	30 772	30 484	29 887	30 578	33 328
Ambulante Pflege	5 374	5 851	5 897	6 366	6 637	12 204	12 460	12 907	13 001	13 354
Stationäre Pflege	4 806	5 438	5 637	6 313	6 677	20 522	21 983	22 192	22 685	22 934
nach Pflegestufen										
Stufe I	12 705	14 125	14 520	15 950	16 759	28 097	30 507	31 699	32 977	35 507
Stufe II	11 970	11 925	11 598	11 892	12 163	25 357	24 916	24 798	24 453	25 045
Stufe III	3 876	3 837	3 583	3 637	3 761	9 200	8 859	8 354	8 591	8 791
Noch nicht zugeordnet	291	264	67	139	142	844	645	135	243	273
nach Altersgruppen										
unter 15	2 059	2 077	1 526	1 480	1 437	1 585	1 615	1 184	1 117	1 315
15 – 60	5 202	5 196	5 037	5 063	5 036	4 454	4 493	4 466	4 457	4 818
60 – 65	1 958	2 044	1 813	1 505	1 337	1 722	1 659	1 532	1 285	1 313
65 – 70	2 682	2 766	2 913	3 021	2 865	2 389	2 564	2 712	2 772	2 824
70 – 75	3 562	3 938	3 758	3 956	4 127	4 542	4 828	4 402	4 434	4 908
75 – 80	4 048	4 410	4 831	5 464	5 676	9 136	9 638	9 203	8 834	8 751
80 – 85	3 196	3 995	4 775	5 370	5 816	9 863	12 130	15 446	16 183	15 672
85 – 90	3 772	3 421	2 712	3 150	4 304	16 267	14 993	11 892	12 417	17 110
90 – 95	1 900	1 844	1 949	2 075	1 651	10 407	10 170	10 930	10 866	8 796
95 und älter	463	460	454	534	576	3 133	2 837	3 219	3 899	4 109

T 2

Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 1999–2007 nach Trägerschaft und Art der Einrichtung

Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007
Ambulante Pflegedienste	411	380	376	372	390
private Träger	209	185	189	188	213
freigemeinnützige Träger	197	191	184	180	174
öffentliche Träger	5	4	3	4	3
Pflegeheime	390	395	410	421	435
private Träger	145	146	150	152	164
freigemeinnützige Träger	240	246	252	263	264
öffentliche Träger	5	3	8	6	7
davon Einrichtungen für ...					
ältere Menschen	385	393	408	420	431
behinderte Menschen	3	-	-	-	1
psychisch Kranke	2	2	2	-	1
Schwerkranke und Sterbende	-	-	-	1	2

T 3

Personal in Pflegeeinrichtungen 1999–2007

Art der Beschäftigung	Ambulante Dienste					Pflegeheime				
	1999	2001	2003	2005	2007	1999	2001	2003	2005	2007
Vollzeitbeschäftigte	2 554	2 512	2 339	2 138	2 343	9 090	9 505	9 607	8 953	8 578
Teilzeitbeschäftigte	4 985	5 122	5 286	5 944	6 828	9 944	10 982	12 629	14 156	15 172
darunter mit mehr als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	1 388	1 487	1 617	1 847	2 186	3 841	4 598	5 326	5 946	6 689
Praktikanten, Helfer, Zivildienstleistende	389	286	258	287	296	2 664	2 580	2 457	2 696	2 773
Insgesamt	7 928	7 920	7 883	8 369	9 467	21 698	23 067	24 693	25 805	26 523

annähernd 20 000 Personen; sie hat sich seit 1999 um rund 2 400 Personen bzw. 13,7% erhöht.

Ein privater
Pflegedienst
versorgt
im Schnitt
31 Pflege-
bedürftige

Die Zahl der Pflegebedürftigen je Pflegedienst ist durchweg angestiegen. So versorgten die Dienste in privater Trägerschaft 2007 durchschnittlich 31 Pflegebedürftige, im Jahr 1999 waren es noch 24. Der errechnete Schnitt für die freigemeinnützigen Dienste lag bei 76 Pflegebedürftigen (1999: 63) und für die öffentlich organisierten Dienste bei 66 (1999: 36).

Rund 37 000 Pflegeplätze

Ende des Jahres 2007 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 435 nach dem SGB XI zugelassene voll- oder teilstationäre Pflegeheime betrieben. Davon befanden sich 164 Einrichtungen in privater Trägerschaft, 264 hatten einen freigemeinnützigen Träger und sieben standen unter öffentlicher Leitung. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Heime um 45 erhöht.

Im Schnitt
86 Plätze
je Pflegeheim

In den Pflegeheimen des Landes wurden insgesamt gut 37 200 Pflegeplätze bereitgehalten, das waren durchschnittlich 86 Plätze je Haus. Im Jahr 1999 gab es lediglich 30 300 verfügbare Plätze, was einem Schnitt von 78 Plätzen je Einrichtung entsprach.

Insgesamt 29 600 Pflegebedürftige wurden Ende des Jahres 2007 stationär betreut. Der Grad der Pflegebedürftigkeit verteilt sich zu 37,6% auf die Pflegestufe I, zu 42,4% auf die Pflegestufe II und zu 18,6% auf die Pflegestufe III. 1,4% der stationär zu Pflegenden war noch keiner Pflegestufe zugeordnet. Auch hier hat sich die Anzahl der zu Pflegenden gegenüber dem Jahr 1999 erhöht, und zwar um fast 4 300 Personen bzw. 16,9%.

Info

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 29. November 1999 wird alle zwei Jahre eine Pflegestatistik durchgeführt. Während die statistischen Landesämter im Rahmen einer Bestandserhebung zum 15. Dezember die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragen, erhält das Statistische Bundesamt zum Jahresende von den Spitzenverbänden der Pflegekassen Daten über die Pflegegeldempfänger. Mit der Zusammenführung dieser Angaben werden umfassende statistische Ergebnisse über die Versorgung sowie die Betreuung der Pflegebedürftigen bereitgestellt. Mit der Erhebung des Jahres 2007 liegen zum fünften Mal Ergebnisse über die Pflegebedürftigen und die Pflegeeinrichtungen vor.

Dabei werden folgende Pflegestufen unterschieden:

„Pflegestufe 0“ (nicht oder geringfügig Pflegebedürftige)

Der Begriff „Pflegestufe 0“ bezeichnet keine Pflegestufe im Sinne der Pflegeversicherung. Damit sind die Personen erfasst, die die Voraussetzungen der Pflegestufe I nicht erfüllen, aber dennoch auf pflegerische Hilfen angewiesen sind. Dieser Personenkreis wird in der Pflegestatistik nicht nachgewiesen.

Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige)

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- für wenigstens zwei Verrichtungen
- aus einem oder mehreren dieser Bereiche
- mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen
- **und** zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens 1,5 Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen müssen.

Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen
- **und** zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens drei Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens zwei Stunden entfallen müssen.

Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen
- **und** zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens fünf Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens vier Stunden entfallen müssen.

Personal in Pflegeeinrichtungen überwiegend teilzeitbeschäftigt

Teilzeit-
beschäftigung
ausgeweitet

Bei den ambulanten Diensten waren Ende 2007 insgesamt rund 9 500 Personen tätig. Gegenüber 1999 ist die Zahl der Beschäftigten damit um 19,4% gestiegen. Zu dieser Zunahme trugen allerdings nur die Teilzeitbeschäftigten (+37%) bei, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um über 8% sank. Im Jahr 2007 waren 2 300 Beschäftigte in Vollzeit und 6 800 in Teilzeit tätig. Von den Teilzeitkräften war fast ein Drittel mindestens halbtags beschäftigt. Knapp 300 d.h. gut 3% der Beschäftigten waren Praktikantinnen und Praktikanten, Helferinnen und Helfer sowie Zivildienstleistende.

In den Pflegeheimen waren 26 500 Personen tätig. Auch hier stieg die Zahl der Beschäftigten (+22%) allein aufgrund der starken Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (+52,6%), während die Zahl der Vollzeitstellen um 5,6% zurückging. Insgesamt waren 8 580 Beschäftigte in Vollzeit tätig; 15 170 Personen arbeiteten in Teilzeit, davon gut 44% mindestens halbtags. In den Pflegeheimen lag der Anteil der Praktikantinnen und Praktikanten, Helferinnen und Helfer sowie der Zivildienstleistenden bei 10,5% (fast 2 800 Personen).

Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet das Sachgebiet Soziale Leistungen

Entgelte für die Trinkwasserversorgung Große Unterschiede zwischen den Haushalten

Von Jörg Breitenfeld

Nahezu alle Einwohnerinnen und Einwohner von Rheinland-Pfalz sind an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Zusammen beziehen sie rund 221 Mill. m³ Wasser aus dem öffentlichen Netz. Die Entgelte reichen dabei von 0,74 bis 2,75 Euro je m³. Hinzu kommt in fast allen Gemeinden eine Grundgebühr, die monatlich zwischen 0,82 und 12,09 Euro beträgt. Um die Kosten eines Haushaltes für seine Trinkwasserversorgung vergleichbarer darzustellen, sind sie für einen jährlichen Wasserverbrauch von 80 m³ berechnet worden. Im Landesdurchschnitt betragen die Kosten für diesen Modellhaushalt 184 Euro, die Spannweite liegt zwischen 85 und 313 Euro.

Lebensmittel Trinkwasser

Wasser-
versorgung
kommunale
Pflichtaufgabe

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommunen.¹⁾ Diese können über die konkrete Ausgestaltung dieser Pflicht, z. B. die Übertragung auf ein privates Unternehmen, selbst entscheiden. Hierbei haben die Kommunen die kommunalabgabenrechtlichen Prinzipien der Kostenrechnung zu beachten, d. h. die Wasserversorgung muss grundsätzlich Kosten deckend betrieben werden. Dies gilt unabhängig von der Organisations- oder Rechtsform, in der die Wasserversorgung erfolgt.

Gesetzliche
Vorschriften

Für die Wasserbewirtschaftung hat der Gesetzgeber eine Reihe von Vorschriften erlassen. So regelt beispielsweise die Trink-

wasserverordnung die Anforderungen hinsichtlich chemischer Inhaltsstoffe und mikrobiologischer Beschaffenheit des Trinkwassers. Damit wird eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit ausgeschlossen.

Flächendeckende Versorgung mit Trinkwasser

Im Jahr 2007 versorgten 250 Wasserversorger die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Trinkwasser. Die Mehrzahl der Unternehmen wird als Eigenbetrieb geführt. Zudem existieren noch einige Zweckverbände. An das öffentliche Netz sind 99% der Bevölkerung angeschlossen. Die privaten Haushalte und das Kleingewerbe²⁾ erhielten 2007 rund 175 Mill. m³ Wasser aus dem öffentlichen Netz. Der überwiegende Teil des in Rheinland-Pfalz geförderten Wassers wird dem Grundwasser entnommen (71%). Quellwasser (15%), Uferfiltrat (11%) sowie See- und Talsperrenwasser (4,1%) haben nur eine nachgeordnete Bedeutung.

250 Wasser-
versorger

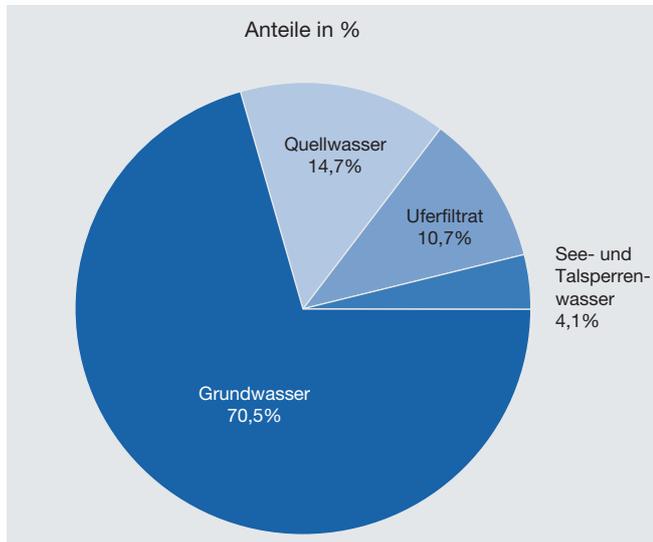
Grundwasser-
gewinnung
dominiert

1) §26 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 2004, GVBl 2004, S. 54.

2) Ein getrennter Nachweis der privaten Haushalte und des Kleingewerbes ist nicht möglich, da keine getrennte Abrechnung seitens der Wasserversorgungsunternehmen erfolgt.

G 1

Wassergewinnung für die öffentliche Versorgung 2007



1 500 Wasser-
schutzgebiete
ausgewiesen

Um die Wasserqualität besser gewährleisten zu können, werden die Einzugsgebiete öffentlicher Wasserwerke als Wasserschutzgebiete ausgewiesen. In Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit rund 1 500 Wasserschutzgebiete (228 000 ha), diese nehmen etwa 11% der Landesfläche ein.³⁾

Große Schwankungen bei den Entgelten

Verbrauchs-
abhängige und
verbrauchs-
unabhängige
Komponenten

Die Bereitstellung und der laufende Betrieb der öffentlichen Wasserversorgung sind mit hohen Kosten verbunden. Um dem Kostendeckungsgebot zu genügen, müssen die Entgelte entsprechend festgesetzt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Kostenstrukturen ist eine große Spannweite bei den Entgelten zu beobachten. Diese setzen sich im Regelfall aus einer verbrauchsabhängigen und verbrauchsunabhängigen Komponente (Grundgebühr) zusammen. Allgemein gilt, dass bei niedrigeren mengenbezogenen Entgelten und hohen Grund-

gebühren vor allem größere Haushalte profitieren, während bei den Tarifen mit niedriger Grundgebühr „Singles“ oder kleine Haushalte besser abschneiden.

Soweit in Gemeinden oder Städten die Wasserversorgung durch zwei oder mehr Unternehmen erfolgt, wird ein gewogener Durchschnittswert verwendet. Als Gewichtungsfaktor dient die Zahl der von den Unternehmen versorgten Einwohnerinnen und Einwohner. In einigen Fällen sind die verbrauchsunabhängigen Entgelte in Abstimmung mit den Wasserversorgungsunternehmen ermittelt worden.

Im Jahr 2007 erhob lediglich die Stadt Wittlich keine Grundgebühr. In den übrigen Gemeinden schwankt das monatliche, haushaltsübliche, verbrauchsunabhängige Entgelt zwischen 0,82 Euro in der Gemeinde Sankt Johann und 12,09 Euro in der Stadt Herdorf. Ebenfalls noch unter einem Euro liegt die monatliche Grundgebühr in der Gemeinde Münchweiler an der Rodalb (0,98 Euro). Eine Auswertung nach Entgeltklassen zeigt, dass in 94% der Kommunen eine Grundgebühr zwischen 2,00 und 8,49 Euro anfällt. Die größte Besetzung weist die Entgeltklasse 3,50 bis 3,99 Euro auf. Aber auch die Entgeltklassen zwischen 6,50 und 6,99 Euro bzw. 7,00 bis 7,49 Euro verfügen jeweils über hohe Besetzungszahlen.

Grundgebühr
zwischen 0,82
und 12,09 Euro

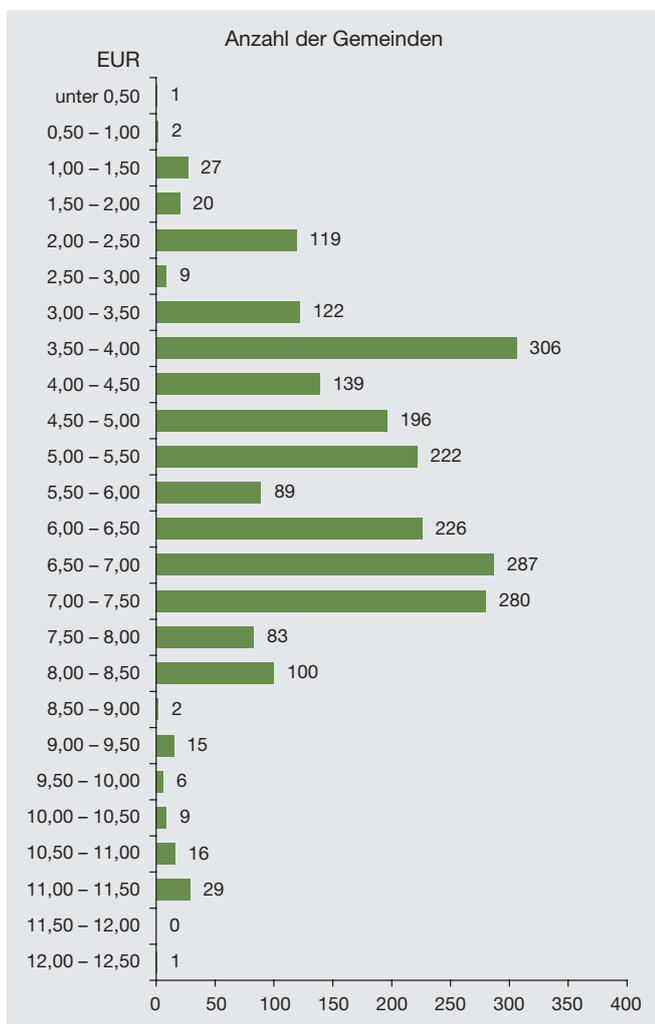
Für die Berechnung der Entgelte auf höherer regionaler Ebene werden die Angaben der Gemeinden mit der Zahl der Einwohner gewichtet. Hierdurch ergibt sich auf der Landesebene eine durchschnittliche Grundgebühr von 4,98 Euro. Abgesehen von der Stadt Wittlich, die auf jegliche Grundgebühr verzichtet, weist innerhalb der kreisfreien Städte die Stadt Kaiserslautern mit monatlich 1,65 Euro die

Durchschnittlich
4,98 Euro
Grundgebühr

3) Quelle: <http://www.wasser.rlp.de/servlet/is/757/>; [Abruf vom 26. Januar 2009].

G 2

Monatliche verbrauchsunabhängige Entgelte für Trinkwasser je Haushalt 2007 nach Entgeltklassen



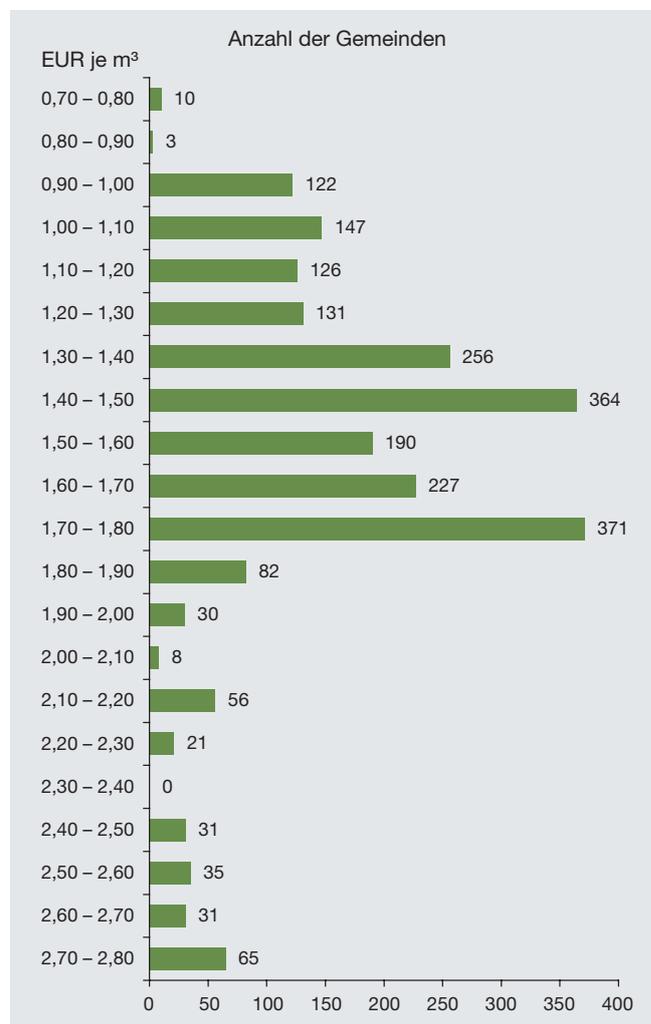
niedrigste Grundgebühr auf. Die Stadt Mainz verfügt mit 9,70 Euro über das höchste verbrauchsunabhängige Entgelt. Innerhalb der Landkreise reicht die Spannweite der verbrauchsunabhängigen Entgelte von 2,91 Euro in Gernersheim bis zu 6,76 Euro in Altenkirchen.

Kubikmeterpreise zwischen 0,74 und 2,75 Euro

Während die Verbraucherinnen und Verbraucher die Grundgebühr nicht durch einen sparsameren Verbrauch von Wasser

G 3

Monatliche verbrauchsabhängige Entgelte für Trinkwasser je Haushalt 2007 nach Entgeltklassen



beeinflussen können, stellt sich dies beim verbrauchsabhängigen Entgelt anders dar. Auf der Gemeindeebene reichte 2007 die Spannweite von 0,74 Euro für den Kubikmeter in der Gemeinde Kottenheim bis zu 2,75 Euro in den Gemeinden der Verbandsgemeinden Altenahr und Adenau. Rund 84% der Kommunen erheben einen Kubikmeterpreis zwischen 0,90 und 1,79 Euro.

Der Mittelwert liegt bei 1,56 Euro und entspricht damit fast dem mit der Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittspreis für das Land von 1,55 Euro. Die Werte für

1,55 Euro pro Kubikmeter

alle kreisfreien Städte und Landkreise reichen von 1,07 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis bis zu 2,22 Euro im Landkreis Birkenfeld.

Belastung der Haushalte zwischen 85 und 313 Euro

Musterhaushalt verbraucht durchschnittlich 80 m³

Die Belastung eines Haushaltes für seine Trinkwasserversorgung lässt sich nicht ohne weiteres aus den beiden Entgeltbestandteilen ableiten. Es werden deshalb die Kosten für die Trinkwasserversorgung eines „Musterhaushaltes“ betrachtet. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Wasserverbrauchs je Kopf, verbraucht ein 2-Personen-Haushalt jährlich etwa 80 m³. Hierfür werden die verbrauchsabhängigen Entgelte berechnet und die auf ein Jahr bezogenen verbrauchsunabhängigen Entgelte hinzuaddiert. Die Kosten für Musterhaushalte mit einem Wasserverbrauch von 40 bzw. 120 m³ sind im Internet verfügbar unter <http://www.statistik.rlp.de/umw/tabelle/wasserentgelte.html>.

Die Berechnung weist für die Gemeinde Münchweiler an der Rodalb die geringste Belastung mit knapp 85 Euro auf. Es folgen die Gemeinde Holsthum (92 Euro) und die Verbandsgemeinde Hagenbach (93 Euro). Die höchste Kostenbelastung für die Wasserversorgung haben die Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinde Loreley zu tragen, soweit sie nicht in der Loreleystadt St. Goarshausen wohnen. In der Verbandsgemeinde errechnet sich bei einem Wasserverbrauch von 80 m³ ein Wert von 313 Euro. In St. Goarshausen zahlt ein Haushalt dagegen nur 199 Euro. Der Grund für den großen Unterschied in der Belastung ist in der unterschiedlichen Organisation der Wasserversorgung zu sehen. So erfolgt die Wasserversorgung der Stadt St. Goarshausen unabhängig von den übrigen Gemeinden der Verbandsgemeinde Loreley.

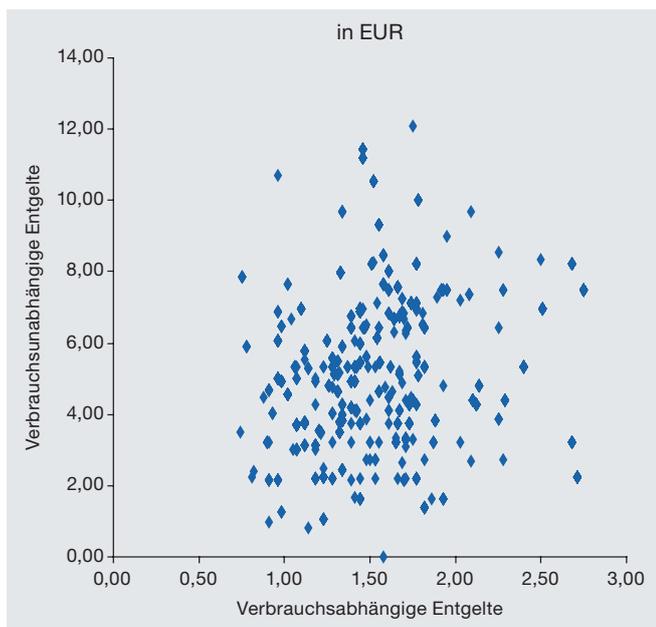
Deutliche Unterschiede bei den Kosten für die Trinkwasserversorgung

Ein rheinland-pfälzischer Musterhaushalt zahlt 184 Euro

In Analogie zu den Berechnungen für die verbrauchsabhängigen und verbrauchsunabhängigen Entgeltbestandteilen auf höherer regionaler Ebene, erfolgt die Berechnung der Kosten von Musterhaushalten für die Kreis- und Länder Ebene. Danach musste ein Haushalt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 rund 184 Euro bei einem Verbrauch von 80 m³ Wasser aufwenden. Der Deutschlandweite Vergleichswert liegt bei 190 Euro. Die geringste Belastung weisen die Haushalte in Bayern auf. Hier zahlt ein Musterhaushalt nur 135 Euro. Mit 140 Euro folgen die Haushalte in Schleswig-Holstein. Am höchsten ist die Belastung in Thüringen und Sachsen mit 275 bzw. 271 Euro für 80 m³ Wasser.

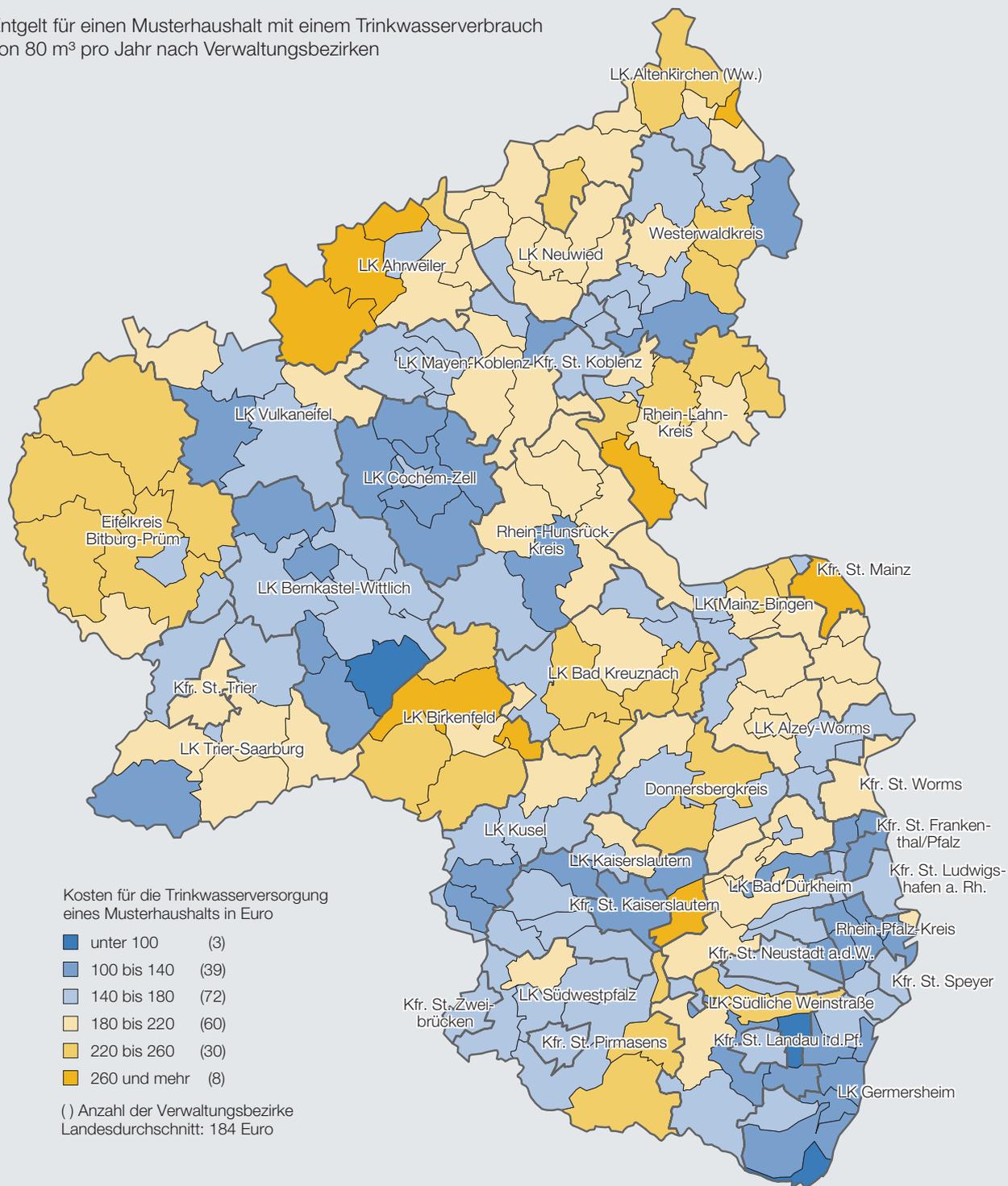
Durchschnittlich 184 Euro pro Jahr bei 80 m³

G 4 Verbrauchsunabhängige und verbrauchsabhängige Entgelte 2007



Trinkwasserentgelte 2007

Entgelt für einen Musterhaushalt mit einem Trinkwasserverbrauch von 80 m³ pro Jahr nach Verwaltungsbezirken



© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

T 1 Durchschnittliche Kosten für die Trinkwasserversorgung privater Haushalte¹⁾ 2005–2007 nach Ländern

Land	2005	2006	2007
	EUR		
Baden-Württemberg	166	169	172
Bayern	130	133	135
Berlin	177	185	183
Brandenburg	221	222	224
Bremen	190	189	188
Hamburg	173	177	177
Hessen	181	182	184
Mecklenburg-Vorpommern	199	203	207
Niedersachsen	137	139	141
Nordrhein-Westfalen	227	230	233
Rheinland-Pfalz	177	179	184
Saarland	188	197	202
Sachsen	270	270	271
Sachsen-Anhalt	219	221	221
Schleswig-Holstein	137	138	140
Thüringen	265	276	275
Deutschland	185	188	190

1) Die Kosten setzen sich zusammen aus „verbrauchsabhängigem Entgelt“ (Kubikmeterpreis) und „haushaltsüblichem verbrauchsunabhängigem Entgelt“ (Grundgebühr). Sie wurden für Musterhaushalte mit einem jährlichen Verbrauch von 80 m³ gerechnet.

Innerhalb von Rheinland-Pfalz reichen die durchschnittlichen Kosten eines Musterhaushaltes für die Wasserversorgung auf Kreisebene (es gibt Gemeinden mit höheren Entgelten) von 129 Euro in der Stadt Frankenthal bis 284 Euro in der Stadt Mainz. Bei den Landkreisen weist Gernersheim mit 130 Euro den niedrigsten Wert auf. Die höchsten Kosten hat ein Musterhaushalt im Landkreis Birkenfeld mit 235 Euro.

Unterschiedliche Preisentwicklung

Ein Drittel der Kommunen ohne Preisänderung

Die Erhebung der Entgelte erfolgte erstmals im Jahr 2007 für die Berichtsjahre 2005 bis 2007. In diesem Zeitraum haben sich in einer ganzen Reihe von Gemeinden und Städten die Entgelte verändert. Die Betrachtung erfolgt für den oben definierten Musterhaushalt. In 35% der Kommunen gab es keine Änderung der Kosten, 55% verzeichneten einen Anstieg und 9% eine Abnahme.

Methodik

Erhebung der Entgelte für Trinkwasser

Die Erhebung der Wasserentgelte nach Gemeinden erfolgt ab 2007 im dreijährigen Turnus für das Berichtsjahr und die zwei vorhergehenden Jahre. Rechtsgrundlage ist § 11 Abs. 2 Nr. 4 Umweltstatistikgesetz. Die nächste Aktualisierung erfolgt somit 2010. Auskunftspflichtig sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung betreiben, beziehungsweise die für die Wasserversorgung zuständigen Gebietskörperschaften. Erfasst werden verbrauchsabhängige und verbrauchsunabhängige Preisbestandteile. Einmalige Zahlungen wie z. B. Anschlussgebühren waren nicht einzubeziehen.

Bestandteile der Trinkwasserentgelte



Die Trinkwasserentgelte wurden in Rheinland-Pfalz bei den zuständigen Wasserversorgern erfragt. Diese hatten das verbrauchsabhängige sowie das verbrauchsunabhängige Entgelt je Monat (z. B. für die Zählermiete) anzugeben. Letzteres sollte sich auf einen typischen Haushalt in der Gemeinde beziehen. In einigen Fällen mussten diese in Absprache mit den Auskunftspflichtigen errechnet werden.

Versorgten mehrere Wasserversorger mit unterschiedlichen Entgeltstrukturen eine Kommune, wurde ein Durchschnittspreis auf Basis der versorgten Einwohner errechnet. Es liegt somit nur ein Wasserpreis je Gemeinde vor. Für die Berechnung von Durchschnittspreisen für Verbandsgemeinden, Landkreise und das Land wurde zu den Nettoentgelten die Mehrwertsteuer (7%) addiert und dann die Werte mit den Einwohnerzahlen zum Stichtag 31. Dezember 2007 gewichtet.

Die größte Steigerung erfolgte in der Verbandsgemeinde Simmern. Hier stieg die Belastung um rund ein Drittel auf gut 137 Euro. Im Vergleich zu anderen Gemeinden und Städten ist die Belastung aber noch immer unterdurchschnittlich.

Die größte Kostenentlastung wies zwischen 2005 und 2007 die Verbandsgemeinde Wolfstein mit 9,3% auf. Im Jahr 2007 zahlte ein Musterhaushalt hier 162 Euro.

Vielzahl von Bestimmungsgründen für die unterschiedliche Kostenbelastung

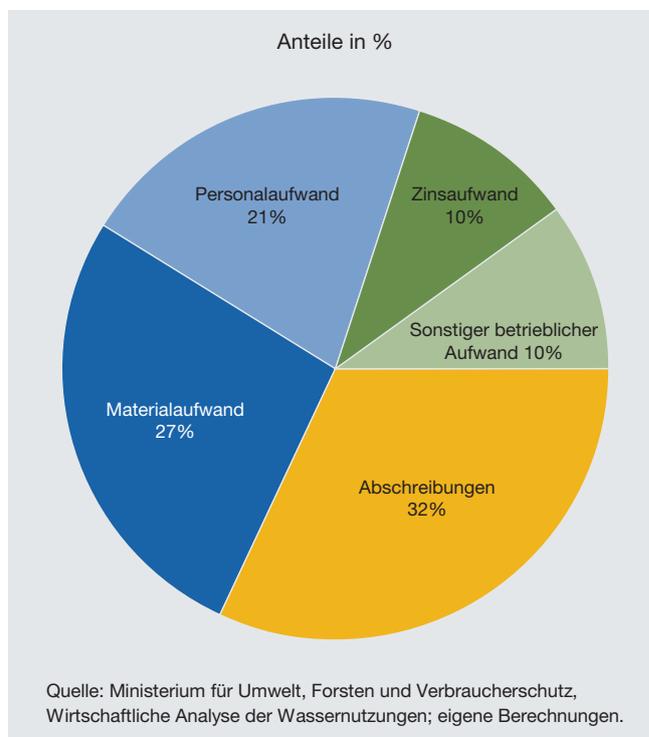
Die sogenannte EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert in Artikel 9, Abs. 1: „Die Mitgliedstaaten berücksichtigen unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Analyse gemäß Anhang III und insbesondere unter Zugrundelegung des Verursacherprinzips den Grundsatz der Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten.“⁴⁾ Das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz unterstützt aufgrund der Forderungen der Wasserrahmenrichtlinie ein Benchmarking⁵⁾ der kommunalen Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Als bestimmende Faktoren wurden Abschreibungen und Zinsen sowie die Kosten für Aufwendungen für die Wassergewinnung und -aufbereitung, den Transport und die Verteilung ermittelt. Hinzu kommen noch die Personalkosten.

59% des Gesamtaufwandes entfällt auf Abschreibungen sowie Materialaufwand

Landesweit entfällt durchschnittlich knapp ein Drittel des Aufwandes auf Abschreibungen, z. B. auf die Anlagen zur Trinkwassergewinnung wie Brunnen und das Wasserleitungsnetz. Ein weiteres gutes Viertel umfasst der Materialaufwand. Dazu gehören die Kosten für die Wassergewinnung und Aufbereitung. Ein gutes Fünftel des Gesamtaufwandes stellt der Personalaufwand dar. Für die Bedienung von Krediten und die Verzinsung des Eigenkapitals sind 10% aufzuwenden. Die Fixkosten, zu

G 5

Aufwendungen der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen 2005 nach Kostenarten



denen Abschreibungen und Zinsen zählen, spielen in der öffentlichen Wasserversorgung eine wichtige Rolle, sodass die Möglichkeiten durch Einsparung von Wasser die Kosten zu reduzieren begrenzt sind. Da die einzelnen Aufwandspositionen auf der kommunalen Ebene eine unterschiedliche Bedeutung haben, ergeben sich daraus die unterschiedlichen Kosten für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

4) RICHTLINIE 2000/60/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

5) Benchmarking Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz; Herausgeber: Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz; Oktober 2006; http://www.wasserbenchmarking-rp.de/pdf/Abschlussbericht_Projektjahr-2005.pdf.

Regionaldaten der amtlichen Statistik – Ein Angebot im Spannungsfeld rechtlicher Restriktionen, statistisch-methodischer Beschränkungen und dem Bedarf an regional tief gegliederten Daten

Teil 2: Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierbarkeit



Von Dr. Stefan Weil

Die Nachfrage nach regionalisierten Ergebnissen der amtlichen Statistiken ist groß. Planer und Entscheidungsträger auf kommunaler und auf Landesebene sowie in Unternehmen benötigen solche Ergebnisse ebenso wie z. B. Wissenschaftler, die sich mit Regionalforschung befassen. Die amtliche Statistik verfügt über ein breites Angebot an Regionaldaten, die in Form von Tabellen, Grafiken und Karten sowie über kundenorientierte Auswertungen angeboten werden. Der Regionalisierbarkeit von Erhebungsergebnissen sind jedoch Grenzen gesetzt. In der Februarausgabe des Statistischen Monatshefts wurde in einem ersten Teil dieses Beitrags das Angebot des Statistischen Landesamtes an regionalisierten Ergebnissen dargestellt. Dieser zweite Teil befasst sich mit der grundsätzlichen Frage, welche Möglichkeiten und Grenzen bei der Regionalisierung von Ergebnissen der amtlichen Statistiken bestehen.

Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung von Ergebnissen amtlicher Erhebungen

Räumliche
Bezugnahme
auf Ein-
heiten der
Verwaltungs-
gliederung

In der Regel wird bei jeder amtlichen Erhebung ein räumlicher Bezug der erhobenen Merkmale hergestellt. Üblich sind hierbei geografische Einheiten, die sich aus der hierarchischen Verwaltungsgliederung ergeben.

NUTS 1–5

Zu diesem Zweck wird in der amtlichen Statistik die 1980 vom Europäischen Amt für Statistik (Eurostat) entwickelte Systeme-

matik der Gebietseinheiten für die Statistik (Nomenclature des unités territoriales statistiques – NUTS) verwendet. Nach dieser Nomenklatur bilden die Gemeinden (NUTS 5) die niedrigste administrative Gliederungsebene für Erhebungen in der amtlichen Statistik. Die nächsthöhere Ebene stellen in Rheinland-Pfalz die Verbandsgemeinden (NUTS 4) dar, gefolgt von den kreisfreien Städten (gleichzeitig verbandsfreie Gemeinden) und Landkreisen (NUTS 3). Die höchste Gliederungsebene direkt unterhalb des Landes bilden in der amtlichen Statistik

T 1 Gliederung des Landes Rheinland-Pfalz nach der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)

Ebene	Bezeichnung	Zahl der geografischen Einheiten
NUTS 1	Bundesland	1
NUTS 2	statistische Regionen ¹⁾	3
NUTS 3	kreisfreie Städte und Landkreise	36
NUTS 4 (LAU 1) ²⁾	Verbandsgemeinden	163
NUTS 5 (LAU 2) ²⁾	verbandsfreie und verbandsangehörige Gemeinden	2 306

1) Die „statistischen Regionen“ entsprechen den ehemaligen Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz. Die Regierungsbezirke wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 aufgelöst. – 2) Die Ebenen NUTS 4 bzw. NUTS 5 wurden im Zuge einer im Juli 2003 in Kraft getretenen Verordnung in LAU 1 bzw. LAU 2 („Local Area Units“) umbenannt.

die sogenannten „statistischen Regionen“ (NUTS 2). In Rheinland-Pfalz entsprechen diese den ehemaligen Regierungsbezirken, die Anfang 2000 als Verwaltungsebene aufgelöst wurden.

Tabelle 1 zeigt die NUTS-Gliederung für das Land Rheinland-Pfalz.

Auch andere Strukturräume lassen sich abbilden

Darüber hinaus lassen sich auch andere Strukturräume abbilden. Dazu zählen z. B.

- die Mikrozensus-Regionen („Anpassungsschichten“),
- die landesplanerischen Regionen („Planungsregionen“),
- die Agenturbezirke der Bundesagentur für Arbeit,
- die Kammerbezirke der Industrie- und Handelskammern bzw. der Handwerkskammern und
- die Tourismusregionen.

Während sich bestimmte Strukturräume aus den geografischen Gliederungen der Verwaltungseinheiten durchgängig ableiten – wie beispielsweise die Mikrozensus-

Regionen und die Planungsregionen –, ist dies bei anderen (z. B. den Agenturbezirken) nur eingeschränkt gegeben. So lassen sich sowohl die Mikrozensus-Regionen als auch die Planungsregion grenzscharf aus kreisfreien Städten und Landkreisen und damit auch aus den Gemeinden des Landes zusammenfassen (aggregieren). Die Agenturbezirke hingegen können lediglich durch eine von der Gemeindeebene ausgehende Aggregation abgebildet werden. Über die Zusammenfassung von Kreisen ist dies nicht möglich. Umgekehrt lassen sich die anderen angeführten Strukturräume nicht aus den Agenturbezirken aggregieren. Die regionalen Gliederungen der kommunalen Verwaltung und der Bundesagentur für Arbeit sind also nur eingeschränkt „kompatibel“.

Eine weitergehende geografische Gliederung der Erhebungsergebnisse ist in der deutschen amtlichen Statistik – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – bisher in der Regel nicht möglich. Die amtliche Statistik in Deutschland strebt jedoch an, die Nutzung von georeferenzierten Daten mit einem kleinräumigen Bezug zu ermöglichen. Hierbei soll ein Konzept zur Datenhaltung, Analyse und Verbreitung von Geofachdaten zum Einsatz kommen, das sich in der amtlichen Statistik vieler europäischer Staaten bereits bewährt hat. Hierdurch sollen raumbezogene Daten z. B. über natürliche Personen, Haushalte oder Unternehmen bundesweit harmonisiert auch unterhalb der Gemeindeebene unter Beachtung der nach dem Datenschutz und der statistischen Geheimhaltung vorgegebenen Restriktionen genutzt werden können.¹⁾

Nachweis regionalisierter Erhebungsergebnisse unterhalb der Gemeindeebene bislang noch nicht möglich

1) Vgl. ausführlich Szibalski, M.: Kleinräumige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten in der amtlichen Statistik Europas. Ergebnisse einer Umfrage zur Speicherung, Analyse und Publikation. In: Wirtschaft und Statistik 2/2007, S. 137–143.

Welche Faktoren beeinflussen die Regionalisierbarkeit der Daten der amtlichen Statistik?

Bei der Erhebung und Auswertung von Daten müssen in der amtlichen Statistik verschiedene Rahmenbedingungen beachtet werden. Hierzu gehören im Wesentlichen

- rechtliche Bestimmungen,
- die Erhebungsart,
- die Anzahl der zu erhebenden Einheiten,
- die Akzeptanz bei den Auskunftspflichtigen sowie
- die Kosten der Erhebungen.

Insbesondere die ersten drei Aspekte haben Einfluss auf das Regionalisierungspotenzial der in den Erhebungen gewonnenen Daten. Aber auch die letzten beiden sind zumindest indirekt von Relevanz, da sie in einem – zumeist kausalen – Bezug zu den anderen Aspekten stehen.

Auskunftspflicht und Datenschutz stellen eine hohe Qualität der Daten sicher

Zwei wesentliche Teilaspekte der rechtlichen Rahmenbedingungen sind die Auskunftspflicht und der Datenschutz. Beide sind im Bundesstatistikgesetz (BStatG) geregelt.

Die für den überwiegenden Teil der amtlichen Statistiken bestehende Auskunftspflicht (§ 15 BStatG) garantiert eine hohe Rücklaufquote und damit – selbst bei tiefer fachlicher und regionaler Gliederung – aussagekräftige Ergebnisse. Statistiken, bei denen keine Verpflichtung zur Auskunft besteht, weisen in der Regel hohe Antwortausfälle mit entsprechenden Auswirkungen auf die Qualität der Erhebungsergebnisse auf (siehe Textkasten Auskunftspflicht).

Das Pendant zur Auskunftspflicht bildet die statistische Geheimhaltung: Einzel-

2) Vgl. auch Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Qualitätsstandards in der amtlichen Statistik, o. O. 2003., S. 3.

Auskunftspflicht

Verlässliche statistische Informationen bedürfen der Auskunftspflicht bei der Erhebung, da die bzw. der Befragte in der Regel kein Eigeninteresse an deren Preisgabe hat (Kollektivgutproblematik). Aus diesem Grunde werden Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und andere Institutionen gesetzlich verpflichtet, Auskünfte zu amtlichen Statistiken zu erteilen. Rechtlich beinhaltet die Auskunftspflicht, dass die bzw. der Befragte, die Auskunft vollständig, wahrheitsgemäß, unentgeltlich und fristgerecht erteilen muss und dass dies gegebenenfalls mittels staatlichen Zwangs durchsetzbar ist. Die Auskunftspflicht tangiert allerdings das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Deshalb darf keine Erhebung der amtlichen Statistik ohne gesetzliche Ermächtigung erfolgen.

Die Notwendigkeit, vollständiger und zuverlässiger Information wächst mit in dem Maße wie aus den Erhebungen der amtlichen Statistik regionalisierte und/oder fachlich gegliederte Ergebnisse gewonnen werden sollen. Dieses Erfordernis besteht insbesondere dann, wenn keine Vollerhebungen, sondern nur Teilerhebungen durchgeführt werden können.

Der Informationswert von Erhebungsergebnissen, die auf freiwilliger Basis gewonnen werden, ist in der Regel reduziert. Dies liegt darin begründet, dass die Beteiligungsquote bei freiwilligen Erhebungen meistens geringer ist als bei einer Erhebung mit Auskunftspflicht. Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass bei Betrieben des produzierenden Gewerbes mit Ausfallquoten bis zu 50% gerechnet werden muss, wenn die Teilnahme an der Erhebung freigestellt wird. Zudem wirkt sich aus, dass sich bei hohen Nonresponse-Quoten die einzelnen Gruppen der Grundgesamtheit in der Regel nicht repräsentativ an der Erhebung beteiligen. Wenn aber manche Gruppen stärker und andere schwächer beteiligt sind, führt dies zu Verzerrungen, die die Aussagekraft der Statistiken in elementarer Weise mindern.¹⁾

1) Vgl. Westerhoff, Horst-Dieter: Die amtliche Statistik in der demokratischen Gesellschaft. In: Wirtschaft und Statistik, H. 11/2007, S. 1130–1145.

angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine amtliche Statistik gemacht werden, sind gemäß § 16 BStatG geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Bei jeder Veröffentlichung von geheimhaltungskritischen Daten wird geprüft, ob der Schutz vor der Offenlegung von Einzelangaben garantiert ist (siehe Textkasten Geheimhaltung).²⁾

Geheimhaltung

Ein zentraler Pfeiler der amtlichen Statistik ist die Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung. Alle Auskunftspflichtigen müssen darauf vertrauen können, dass ihre individuellen Daten geheim bleiben. Damit ist die statistische Geheimhaltung gewissermaßen eine Gegenleistung für die Auskunftspflicht. Andererseits ist mit dem Schutz der Daten gegen ihre Offenlegung untrennbar ein Informationsverlust verbunden, der die Aussagefähigkeit der veröffentlichten Statistik (wenn auch auf kontrollierbare Weise) reduziert.

In Auswertungen und Veröffentlichungen ist stets dafür Sorge zu tragen, dass geheimhaltungskritische Daten von der Anzeige ausgeschlossen werden. Maßnahmen zur Gewährleistung der Geheimhaltung können hierbei an den aggregierten Ergebnissen einer statistischen Aufbereitung ansetzen oder sich auf das Ausgangsmaterial (die Mikrodaten) einer Statistik beziehen. Im ersten Fall wird von Tabellengeheimhaltung (auf der Grundlage sogenannter Zellsperungsverfahren oder Rundungsverfahren) im zweiten Fall von Anonymisierung des Ausgangsdatenmaterials gesprochen.¹⁾

Im Rahmen der Tabellengeheimhaltung wird die „Unterdrückung“ dieser Tabellenfelder als „primäre Geheimhaltung“ bezeichnet. Danach sind z. B. Aggregationen von Daten mit weniger als drei Einzelfällen oder mit dominanten Einzelwerten problematisch. Neben der primären Sperrung von Tabellenfeldern müssen in der Regel zusätzliche Werte sekundär gesperrt werden, um eine Aufdeckung der primär gesperrten Zellen im Rahmen von Gegenrechnungen (z. B. einfache Differenzbildung bei Zwischensummen aufweisenden Tabellen) zu verhindern.

Mikrodaten hingegen, wie sie beispielsweise von den FDZ für die wissenschaftliche Nutzung angeboten werden („Scientific Use Files“), müssen durch gezielte Veränderungen (z. B. Weglassen, Vergrößern oder Vertauschen von Merkmalen, Ziehen von Stichproben usw.) zumindest „faktisch anonymisiert“ werden. So wird sichergestellt, dass die ausgewiesenen Einzelfälle vor „Deanonymisierung“ durch die Datennutzer geschützt sind.

Das Grundprinzip der Anonymisierung besteht darin, durch (merkmalsträger-, merkmals- oder ausprägungsbezogene) Informationsreduktion oder Informationsveränderung (Datenverände-

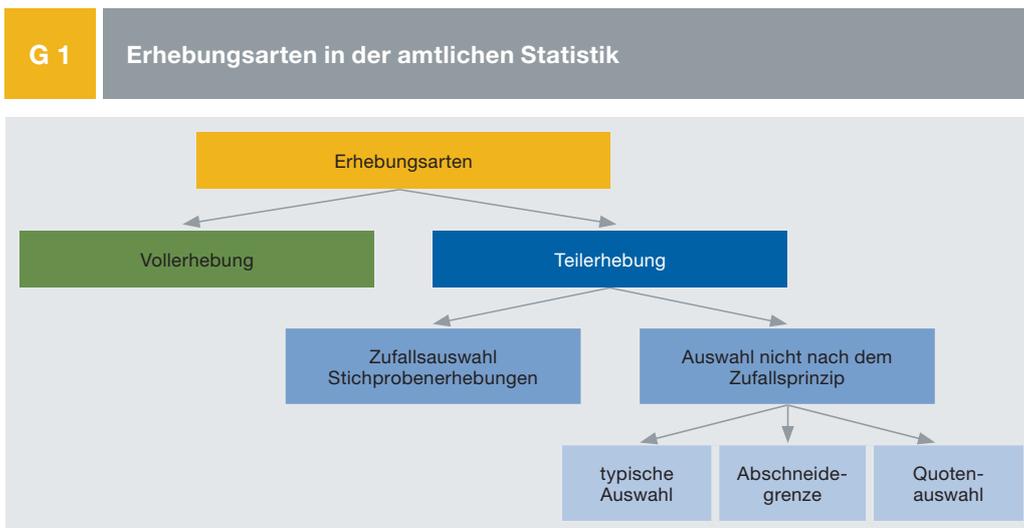
rung) eine Reidentifikation der Merkmalsträger weitgehend zu verhindern. Informationsreduktion erfolgt bei den merkmalsbezogenen Verfahren durch das Entfernen auffälliger Merkmalsträger („Ausreißer“), systematische Einschränkung der Grundgesamtheit (Entfernen einer Teilgesamtheit) oder durch Ziehen einer (Sub-)Stichprobe. Bei merkmalsbezogenen Verfahren werden Merkmale beseitigt (Variablenunterdrückung), ersetzt (z. B. durch Kennziffern oder Indizes) oder zusammengefasst bzw. Merkmalsausprägungen vergrößert (z. B. durch Gruppierung in Größenklassen, Rundung). Beim ausprägungsbezogenen Vorgehen werden hingegen einzelne Werte (von Ausprägungen, die in der Stichprobe sehr selten vorkommen oder gar einzigartig sind) unterdrückt.

Werden lediglich merkmalsträgerbezogene Informationen wie Name, Anschrift oder z. B. Sozialversicherungsnummer unterdrückt, liegt eine „formale Anonymisierung“ vor. Formal anonymisierte Mikrodaten werden von den FDZ lediglich im Rahmen der kontrollierten Datenfernverarbeitung bereitgestellt. „Faktische Anonymisierung“ bedeutet hingegen, dass Reidentifikationsbemühungen durch weitere Informationsreduktion so weit erschwert werden, dass sie sich – rationales Verhalten der potenziellen Nutzer vorausgesetzt – ökonomisch nicht lohnen (Reidentifikationsaufwand ist größer als der Nutzen der zusätzlich gewonnenen Information).

Das faktisch anonymisierte Datenmaterial verfügt häufig nur noch über ein eingeschränktes Analysepotenzial.²⁾ Sehr stark reduziert ist das Analysepotenzial jedoch in den für einen breiteren Nutzerkreis aufbereiteten vollständig anonymisierten Datensätzen in den sogenannten „Public Use Files“.

1) Vgl. auch Heitzig, Jobst: Möglichkeiten zur statistischen Geheimhaltung bei komplexen Analysen amtlicher Mikrodaten in Forschungsdatenzentren. In: METHODEN – VERFAHREN – ENTWICKLUNGEN, Nachrichten aus dem Statistischen Bundesamt, Ausgabe 1/2005, S. 7–8.

2) Zu Anonymisierungsverfahren und ihrer Auswirkung auf das Analysepotenzial siehe ausführlich Ronning, Gerd, u. a.: Handbuch zur Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Mikrodaten. Statistik und Wissenschaft, Bd. 4, hrsg. v. Statistischen Bundesamt. Wiesbaden 2005, und Rosemann, Martin: Auswirkungen datenverändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten. IAW-Forschungsberichte, Nr. 66, hrsg. v. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen. Tübingen 2006.



Die amtliche Statistik ist bei ihren Erhebungen in besonderem Maße auf das Vertrauen und die Mitarbeit der befragten Bürgerinnen und Bürger sowie der befragten Institutionen angewiesen. Deshalb gehört es zu den Zielen der statistischen Ämter, durch möglichst geringe Belastung der Auskunftgebenden, eine breite Akzeptanz zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, wird für die jeweilige Statistik stets die geeignetste – und nach Möglichkeit auch belastungsärmste – Erhebungsmethode gewählt. Andererseits müssen die in der amtlichen Statistik eingesetzten Methoden eine möglichst weitgehende Repräsentativität der Ergebnisse sicherstellen. Aus diesem Grund werden grundsätzlich nur solche Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren verwendet, die wirklichkeitsnahe Rückschlüsse auf die Gegebenheiten in der darzustellenden Grundgesamtheit gewährleisten.

Bei Vollerhebungen gehen Informationen von allen Einheiten der Grundgesamtheit ein

Bei Vollerhebungen werden die benötigten Informationen von allen Einheiten der Grundgesamtheit (z. B. allen Unternehmen des produzierenden Gewerbes) eingeholt und ausgewertet. Vollerhebungen bieten in der Regel aussagekräftige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung.

Häufig zwingen jedoch neben dem Akzeptanzkriterium auch Ansprüche im Hinblick auf die Aktualität sowie Kostenaspekte dazu, eine Statistik nicht als Vollerhebung, sondern in Form einer Teilerhebung durchzuführen. Unabhängig hiervon bleibt in methodischer Hinsicht die Vollerhebung notwendige Voraussetzung für die Schaffung einer vollständigen Grundlage für die Auswahl von Erhebungseinheiten bei Teilerhebungen. Für diese muss sichergestellt sein, dass sie weitgehend alle erhebungsrelevanten Einheiten umfasst und dass die bei der Auswahl zu berücksichtigenden Charakteristika der Auswahlseinheiten nachgewiesen werden. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist eine repräsentative Auswahl der Erhebungseinheiten möglich.

Die Rahmenbedingungen erlauben nur in Einzelfällen die Durchführung von Vollerhebungen

Werden die Erhebungseinheiten aus der Grundgesamtheit nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, so wird von einer Zufallsstichprobe gesprochen. Ein Beispiel ist der Mikrozensus. Auf diese Erhebung wird im dritten Teil des Beitrags in der Aprilausgabe des Statistischen Monatshefts detaillierter eingegangen werden.

Bei Stichproben erfolgt die Auswahl der Erhebungseinheiten zufällig

Obwohl bei Stichprobenerhebungen nur ein Teil der Grundgesamtheit einbezogen wird, ermöglichen sie durch die zufällige Auswahl der Erhebungseinheiten statistisch gesicherte Rückschlüsse auf die Gesamtheit. Die Zuverlässigkeit dieser auf die Grundgesamtheit hochgerechneten Ergebnisse kann mithilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung abgeschätzt werden.

Die Genauigkeit der Ergebnisse bei Stichprobenerhebungen ist im Wesentlichen abhängig von

- dem Umfang und der Struktur der Auswahlgrundlage (Grundgesamtheit),
- dem Stichprobenumfang,
- dem Auswahlverfahren,
- der Schätzmethodik und
- dem Hochrechnungsverfahren.

Das Problem von Stichprobenfehlern steigt mit dem Grad der Regionalisierung

Diese Kriterien haben zugleich Einfluss auf das Regionalisierungspotenzial der aus den Erhebungen gewonnenen Daten. Generell kann festgestellt werden:

- Stichprobenfehler fallen umso geringer aus, je homogener die Grundgesamtheit und je größer der Stichprobenumfang sind und
- bei gegebenem Stichprobenumfang nehmen mit zunehmender Regionalisierung die Problematik von Stichprobenfehlern zu und die Repräsentativität der erhobenen Daten ab.

Bei fehlender Auswahlgrundlage erfolgt willkürliche Auswahl der Erhebungseinheiten

Ist die Durchführung einer Zufallsstichprobe aus methodischen oder anderen Gründen nicht realisierbar, werden Auswahlverfahren herangezogen, bei denen bewusst eine Teilmasse der Grundgesamtheit von der Erhebung ausgeschlossen wird.

Häufig werden solche Teilmassen nach einem Ausschlusskriterium festgelegt und

von der Grundgesamtheit „abgeschnitten“. Solche Abschneideverfahren beruhen auf dem Konzentrationsprinzip; d. h., in der Regel werden hier nur die „großen“ Einheiten der Gesamtheit in die Erhebung einbezogen, weil sie den größten Beitrag zu den relevanten Merkmalen liefern. Teilerhebungen mit Abschneidegrenze sind insbesondere dann ein probates Auswahlverfahren, wenn die Ergebnisse einer Erhebung maßgeblich durch relativ wenige Einheiten mit hohen Merkmalswerten bestimmt sind. So werden etwa bei Erhebungen des produzierenden Gewerbes oder der Einzelhandelsstatistik lediglich die „größeren“ Erhebungseinheiten oberhalb einer festgelegten „Abschneidegrenze“ befragt. Auf solche Erhebungen wird insbesondere bei den im Rahmen des dritten Teils dieses Beitrages dargestellten Wirtschaftsstatistiken näher eingegangen.

Dazu gehören das Abschneideverfahren, ...

Das Abschneideverfahren ist sowohl gegenüber Zufallsstichproben als auch gegenüber Vollerhebungen nicht nur hinsichtlich der Belastung der Befragten vorteilhaft. So genügt bei hinreichender Konzentration auf große Einheiten auch im Vergleich zur Zufallsstichprobe ein vergleichsweise geringerer Auswahlsatz, was nicht nur die Kosten reduziert, sondern auch eine schnellere

Stichprobenfehler

Die Ergebnisse von Stichprobenerhebungen stimmen i. d. R. nicht genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden (idealen) Vollerhebung überein. Vielmehr weichen die Ergebnisse zufallsbedingt davon mehr oder weniger stark ab. Bei der Verwendung von Stichprobenergebnissen muss in der statistischen Praxis daher stets ihr Fehlerbereich berücksichtigt werden. Bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen werden, lässt sich anhand mathematischer Methoden die Breite des Fehlerbereichs, dem „Vertrauens-“ oder „Konfidenzintervall“, ermitteln. Der „wahre Wert“ liegt mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb dieses Intervalls.

Bereitstellung der Ergebnisse ermöglicht. Ein Nachteil von Teilerhebungen nach dem Abschneideverfahren ist, dass sie keine Aussagen über die „kleineren“ Einheiten unterhalb der Abschneidegrenze ermöglichen. Daher sind sie im streng methodischen Sinne auch nur bedingt repräsentativ für die Gesamtheit. Teilerhebungen mit Abschneidegrenze werden in der amtlichen Statistik daher vorwiegend zur Beobachtung kurzfristiger zeitlicher Entwicklungen in den Wirtschaftsstatistiken eingesetzt (Konjunkturstatistiken), während die Analyse von längerfristigen (strukturellen) Veränderungen häufig Vollerhebungen erfordert (Strukturstatistiken).

... die typische Auswahl ...

Ein weiteres Verfahren zur Ausgestaltung von Teilerhebungen in der amtlichen Statistik ist die „typische Auswahl“. Bei dieser Art der Auswahl werden nach festgelegten Kriterien solche Fälle für die Erhebung ausgewählt, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie ein aussagekräftiges Abbild der zu beschreibenden Wirklichkeit abgeben. Die typische Auswahl wird angewendet, wenn die Vielfalt und Komplexität der zu beschreibenden Merkmale es unmöglich machen, eine Auswahlgrundlage für eine Zufallsauswahl zu erstellen. Dies gilt beispielsweise für den Bereich der Preisstatistik.

... und die Quotenauswahl

Neben dem genannten Verfahren findet in der amtlichen Statistik auch die Quotenauswahl oder Quotenstichprobe Anwendung. Bei der Quotenauswahl wird die Zusammensetzung der Stichprobe so gesteuert, dass für bestimmte Merkmalsausprägungen Anteilswerte der Grundgesamtheit (Quoten) vorgeschrieben werden. Dieses Auswahlverfahren enthält damit – wie das Abschneideverfahren – willkürliche (sub-

jektive) Momente. Es wird in der amtlichen Statistik kaum genutzt. Wenn es eingesetzt wird, dann nur bei Erhebungen, bei denen sich eine zufallsgesteuerte Auswahl nicht mit vertretbarem Aufwand in die Praxis umsetzen lässt. Ein Beispiel ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Bei Teilerhebungen, die unter Anwendung des Abschneideverfahrens durchgeführt werden, wird das Regionalisierungspotenzial wesentlich von der Höhe der Abschneidegrenze beeinflusst. Je höher die Abschneidegrenze gesetzt wird, umso weniger Einheiten gelangen in die Auswahl. Gleichzeitig nimmt die Geheimhaltungsproblematik zu, sobald die Erhebungsergebnisse regionalisiert und/oder fachlich gegliedert werden. Daneben sinkt die Adäquanz der Daten, weil die willkürliche Auswahl der Einheiten zwar auf höheren Aggregationsniveaus zwar einigermaßen „repräsentativ“ ist, nicht aber für die regionalisierten Teilgesamtheiten. Diese Problematik stellt sich analog für die Erhebungen, bei denen die Quotenauswahl oder die typische Auswahl Verwendung findet.

Besteht bei einer Teilerhebung der Wunsch, die Daten nicht nur regional, sondern auch fachlich gegliedert auszuweisen, entsteht zwischen diesen beiden Gliederungsdimensionen eine Konkurrenzsituation. Bei zunehmender fachlicher Gliederungstiefe nimmt das Regionalisierungspotenzial der Erhebungsergebnisse, insbesondere wegen der Geheimhaltungsproblematik, ab. Bei Stichprobenerhebungen nimmt darüber hinaus der Stichprobenfehler zu. Daneben sinkt die Repräsentativität der Daten. D. h. letztlich, dass regional und fachlich tief gegliederte Ergebnisse von hoher Qualität nur über Vollerhebungen gewonnen werden können.

Abschneidegrenzen bestimmen das Regionalisierungspotenzial

Bei Teilerhebungen besteht ein „Trade-off“ zwischen fachlicher Gliederungstiefe und dem Regionalisierungspotenzial

Ausblick

In der April-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes werden im dritten Teil dieses Beitrags wichtige Bereiche der amtlichen Statistik aufgezeigt, in denen regionalisierte Erhebungsergebnisse angeboten werden.

Dr. Stefan Weil ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Leichter Rückgang des Geschäftsklimaindex im Februar

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex verschlechterte sich wieder

Nach dem leichten Anstieg im Januar hat sich der ifo Geschäftsklimaindex im Februar wieder etwas verschlechtert. Der Indexwert sank von 83 auf 82,6 Punkte. Eine konjunkturelle Wende ist damit in Deutschland weiterhin nicht in Sicht. Für das erste Quartal wird eine deutliche Schrumpfung des Inlandsprodukts erwartet.

Verbesserte Einschätzung der Geschäftsaussichten

Allerdings haben sich die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate weiter verbessert; schon im Januar waren sie günstiger ausgefallen. Der Erwartungsindex stieg im Februar von 79,5 auf 80,9 Punkte. Zur Stimmungsverbesserung könnten die vielen Konjunkturprogramme rund um den Globus sowie die Zins- und die Rohstoffpreissenkungen beigetragen haben.

Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage hat sich bei den befragten Unternehmen dagegen erneut verschlechtert. Der Lageindex sank von 86,8 auf 84,3 Punkte. Er gab damit zum vierten Mal in Folge nach.

Weitere Klimateinübung im verarbeitenden Gewerbe

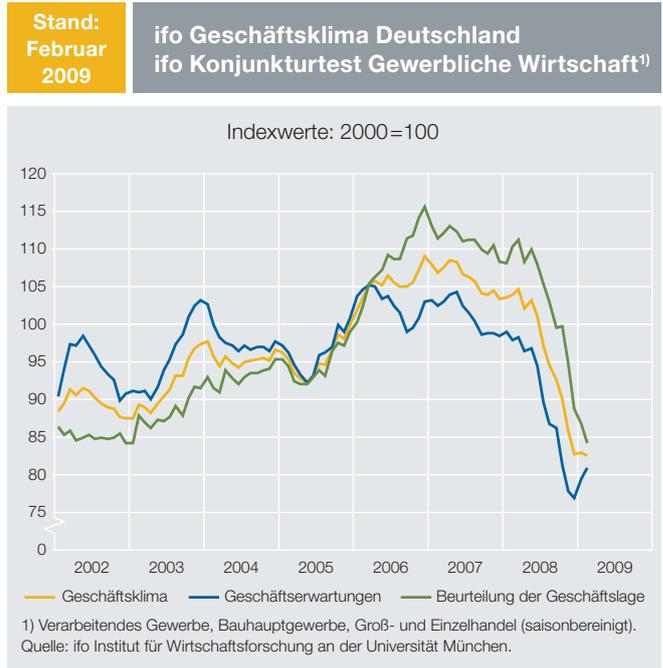
Nach den teils kräftigen Stimmungseinübungen in den vergangenen Monaten hat sich das Klima im verarbeitenden Gewerbe auch im Februar ungünstig entwickelt. Dies ist auf eine deutliche Verschlechterung der Lagebeurteilung zurückzuführen. Die Geschäftserwartungen haben sich dagegen verbessert.

Im Baugewerbe hat sich die Stimmung zum zweiten Mal in Folge verbessert. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer fielen günstiger aus als im Vormonat. Grund hierfür dürfte das Konjunkturpaket der Bundesregierung sein, von dem besonders die Bauwirtschaft profitieren wird.

Günstigeres Geschäftsklima im Baugewerbe

Im Handel ist die Stimmung uneinheitlich. Während sich das Klima im Großhandel eintrübte, zeigte sich der Einzelhandel zufriedener. Hier hat sich das Geschäftsklima nun schon zum dritten Mal in Folge verbessert.

Verbessertes Geschäftsklima im Einzelhandel



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter deutlich rückläufig

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der

Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes um 33,6% gesunken

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe gab es bis März 2008 über einen langen Zeitraum steigende Auftragseingänge (im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat). Ende 2007 und Anfang 2008 erreichten die Indizes Höchststände. Im April 2008 war zum ersten Mal nach mehr als vier Jahren eine Verschlechterung der Auftragseingänge registriert worden. Im November 2008 kam es nun mit einem Minus von 33,6% zum höchsten Rückgang des Ordervolumens, der in den letzten Jahren beobachtet wurde (Oktober 2008: -24,5%).

Auslandsaufträge sinken deutlich stärker als Inlandsaufträge

Seit Juni 2008 gab es im verarbeitenden Gewerbe sowohl bei den Inlandsaufträgen als auch bei den Auslandsaufträgen Rückgänge, die jeweils stärker waren als im Vormonat. Zuletzt sank die heimische Nachfrage im November um 22,5%. Die Auftragseingänge aus dem Ausland verschlechterten sich mit einem Minus von 43% im November 2008 bereits zum fünften Mal in Folge im zweistelligen Bereich.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 23,7%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) verminderten sich die Auftragseingänge im November 2008 gegenüber dem November des Vorjahres um 23,7%. Im September war es erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen.

Die aktuelle Entwicklung wird von Auftragsrückgängen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland verursacht. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es im November zu einer Verschlechterung um 18,2%. Die Aufträge aus dem Ausland sanken sogar um 26,4%.

Im Fahrzeugbau, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im November 2008 mit einem Minus von 68,4% zu einem weiteren sehr deutlichen Rückgang der Auftragseingänge (Oktober 2008: -63,2%). Seitdem es im Februar nach anderthalb Jahren erstmals wieder ein sinkendes Ordervolumen gab, fielen die Rückgänge in jedem Monat stärker aus als im jeweiligen Vormonat.

Fahrzeugbau: Weiterhin sehr kräftiger Rückgang der Auftragseingänge

Im November 2008 war bei der inländischen Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion mit -53% wieder ein kräftiger Rückgang zu registrieren. Die Inlandsnachfrage sinkt in dieser Branche bereits seit Februar 2008. Außerdem ist im November 2008 auch die Auslandsnachfrage mit einem Minus von 80,1% zum neunten Mal in Folge niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) sanken die Auftragseingänge im November 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 21,4% und damit noch einmal stärker als im Oktober. Im August 2008 hatte es erstmals seit Februar 2007 wieder einen Auftragsrückgang gegeben.

Nachfragerückgang in der Metallerzeugung und -verarbeitung verstärkt sich

Bei den Inlandsbestellungen ergab sich im November ein Minus von 18,2%. Damit war die aktuelle Nachfrageentwicklung noch deutlich ungünstiger als im Frühjahr 2005. Das Volumen der Auslandsaufträge sank im November mit -25,9% ebenfalls so kräftig wie seit Jahren nicht.

Auftrags-
eingänge im
Maschinenbau
sinken um
39,6%

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) verringerte sich die Nachfrage im Vorjahresvergleich zum sechsten Mal in Folge. Im November 2008 gab es allerdings mit -39,6% einen deutlich stärkeren Rückgang als in den Vormonaten. Bis Mai 2008 hatte es mehr als drei Jahre lang Auftragszuwächse gegeben.

Im November 2008 ist auch die heimische Nachfrage gegenüber dem Vorjahresmonat um 19,1% gesunken. Zuvor gab es im Oktober ein Minus von 3,7%, nach sieben Monaten mit Zuwächsen. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings in erster Linie durch den kräftigen Einbruch bei den Auftragseingängen aus dem Ausland bestimmt. Mit -50,8% im November fiel der Rückgang noch einmal sehr viel deutlicher aus als im Oktober (-32,2%).

Weiterhin steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen erneut gesunken

Auftrags-
eingänge im
Bauhaupt-
gewerbe
steigen um
4,7%

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im November 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat mit +4,7% nicht mehr so kräftig gestiegen, wie in den drei Vormonaten. Allerdings wurde dieses Auftragsplus in einem Bereich von 19,7 bis 27,8% sehr stark durch den zeitgleichen Abschluss mehrerer Großaufträge im Bereich des gewerblichen und des öffentlichen Hochbaus im Berichtsmontat September 2008 verursacht.

Zahl der Bau-
genehmigungen
gesunken

Die Baugenehmigungen im Wohnungsbau gingen im November 2008 um 14,9% zurück.

Leichte Umsatzrückgänge im Handel – stärkere Einbußen im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur

laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Handelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Durch die rückwirkende Einbeziehung neu gegründeter Unternehmen können zwar Umsatzmesszahlen ab Januar 2007 ermittelt werden, diese sind aber mit den zuvor berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder seit dem Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmontat März 2008 gebildet werden.

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im November 2008 im Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,1% gegenüber November 2007 auf. Davor hatte es von August bis Oktober Umsatzzuwächse zwischen 0,9 und 1,3% gegeben.

Die Umsätze im Großhandel sanken nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im November 2008 im Vorjahresvergleich real um 1% und damit wieder etwas stärker als im September und Oktober. Seit Februar 2008 hat es im Großhandel in allen Monaten des Jahres Umsatzrückgänge gegeben.

Im Gastgewerbe kommt es ebenfalls bereits seit Februar 2008 zu Umsatzeinbußen. Im November lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. preisbereinigt um 3,2% unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang fiel stärker aus als in den vorangegangenen Monaten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Umsatz im Einzelhandel geringfügig gesunken

Leicht sinkende Umsätze im Großhandel

Weiterhin deutliche Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Jahresteuerrate auch im Februar 2009 nur bei 0,8%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Anstieg des Verbraucherpreisindex durch sinkende Kraftstoff- und Heizölpreise deutlich abgeschwächt

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex stieg im Februar 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,5%. Gegenüber dem Februar des Vorjahres ist er lediglich um 0,8% gestiegen. Damit war die Teuerungsrate genauso hoch wie im Januar 2009. Noch niedriger fiel der Anstieg zuletzt im Februar 2004 aus. Zu der deutlichen Preisdämpfung trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftig gesunkenen Kraftstoff- (-13,1%) und Heizölpreise (-26,9%) bei.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Februar 2009 unter anderem in den Indexhauptgruppen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,5%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Verkehr“ (-2%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-2,9%) niedriger als im Februar 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-15,2%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die – im September 2008 begonnene – schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosigkeit weiter gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Arbeitslosigkeit hat im Februar 2009 weiter zugenommen. Nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland ist dieser Anstieg nicht mehr nur saisonal sondern auch konjunkturell bedingt. Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit waren vor allem die Metall- und Elektroberufe betroffen.

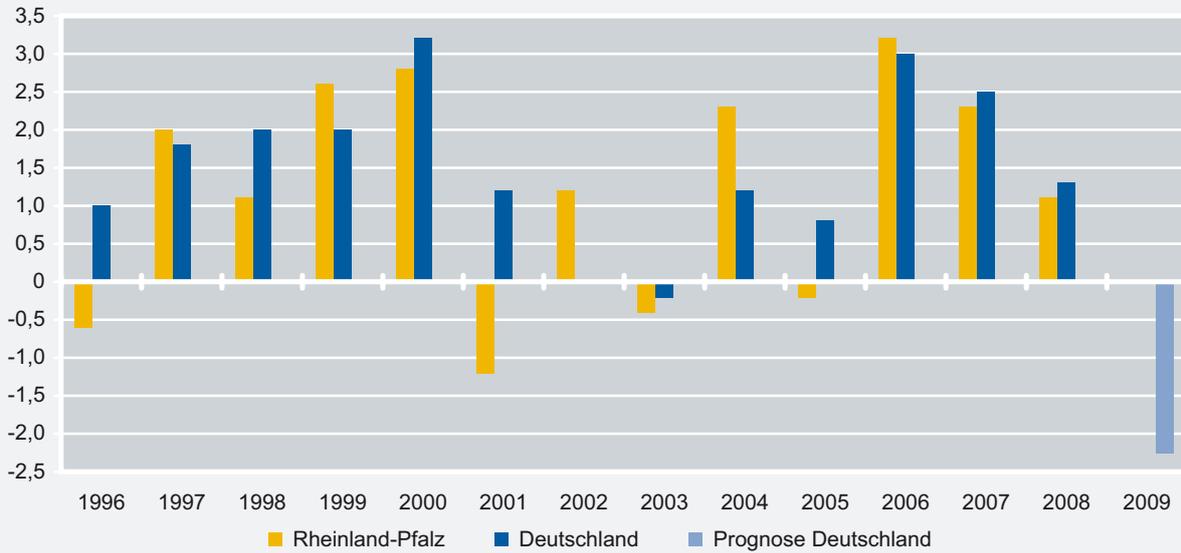
Zahl der Arbeitslosen im Februar gestiegen

Insgesamt waren im Februar in Rheinland-Pfalz 133.500 Frauen und Männer arbeitslos. Im Vergleich zum Vormonat gab es damit rund 3.100 Arbeitsuchende mehr (+2,3%). Der Einfluss der Konjunktur zeigt sich vor allem darin, dass nun – erstmals seit langem – die Arbeitslosigkeit auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gestiegen ist. Im Vergleich zu Februar 2008 war die Zahl der Arbeitslosen um 4.700 höher (+3,7%).

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Februar 2009 auf 6,4%. Sie lag damit leicht über dem Wert des Vormonats (Januar 2009: 6,3%) und auch leicht über dem Vorjahreswert (Februar 2008: 6,3%).

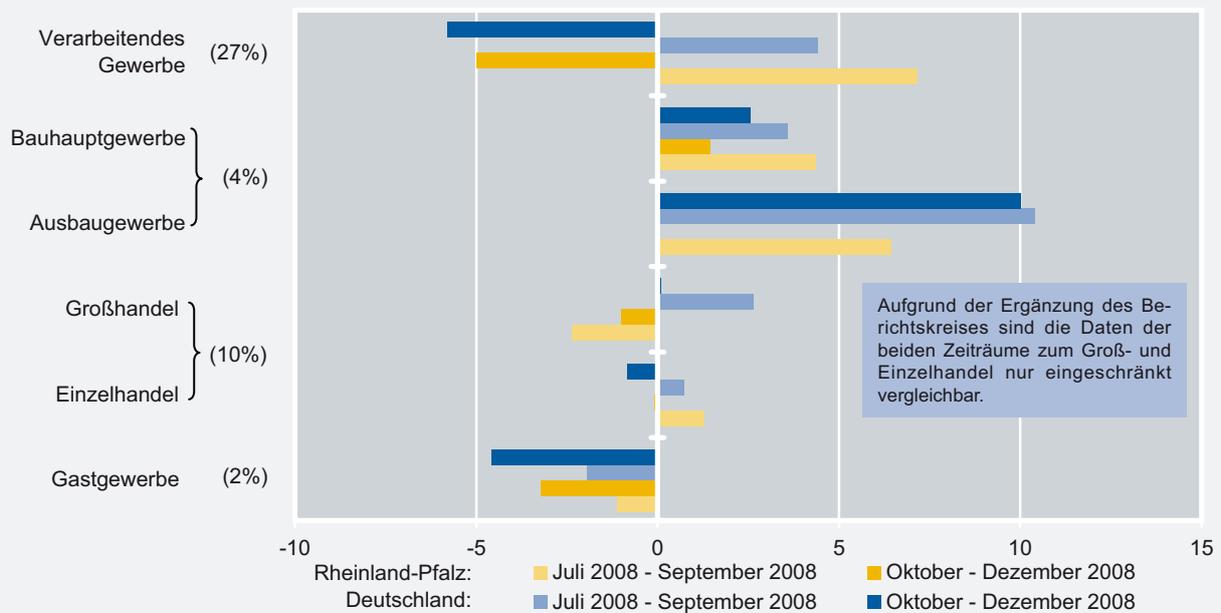
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2008: März 2009. Quelle Prognosewerte: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2009 der Bundesregierung

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Aufgrund der Ergänzung des Berichtskreises sind die Daten der beiden Zeiträume zum Groß- und Einzelhandel nur eingeschränkt vergleichbar.

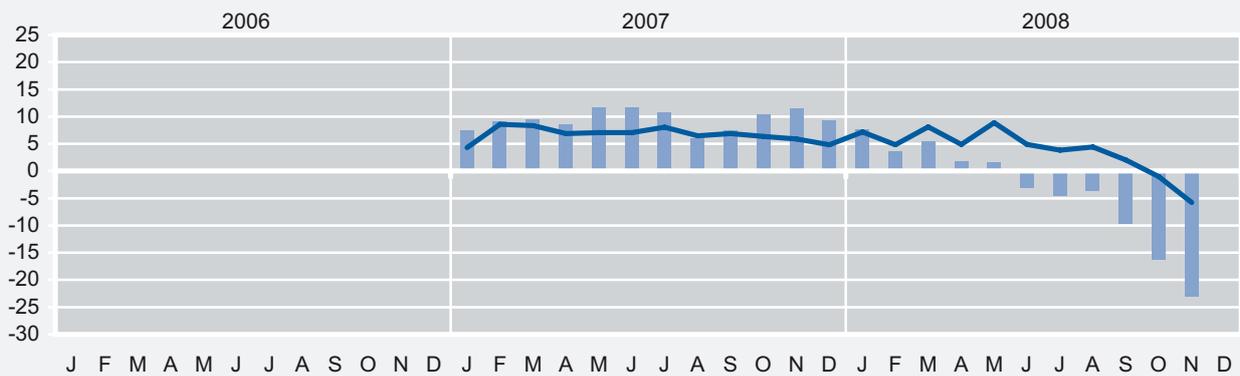
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

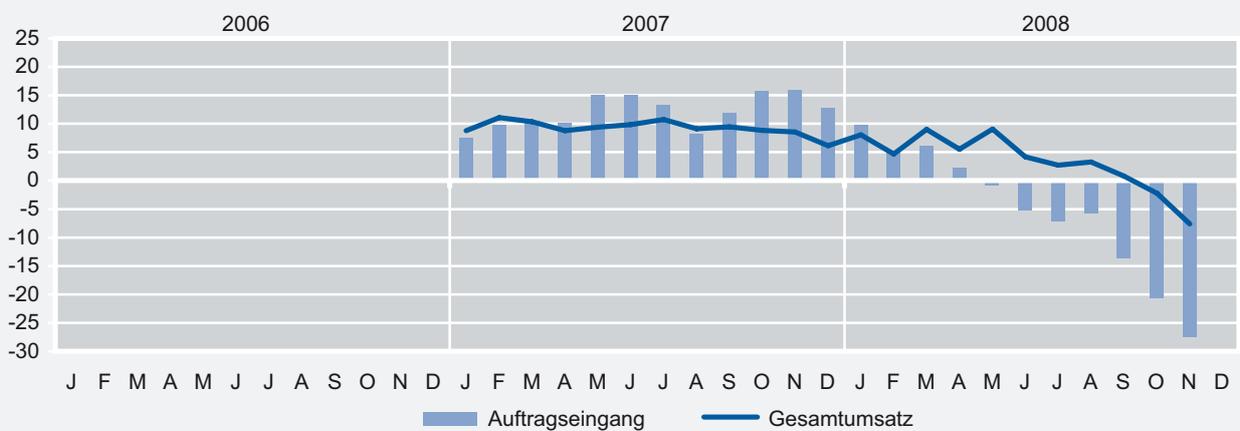
Insgesamt



Inland



Ausland



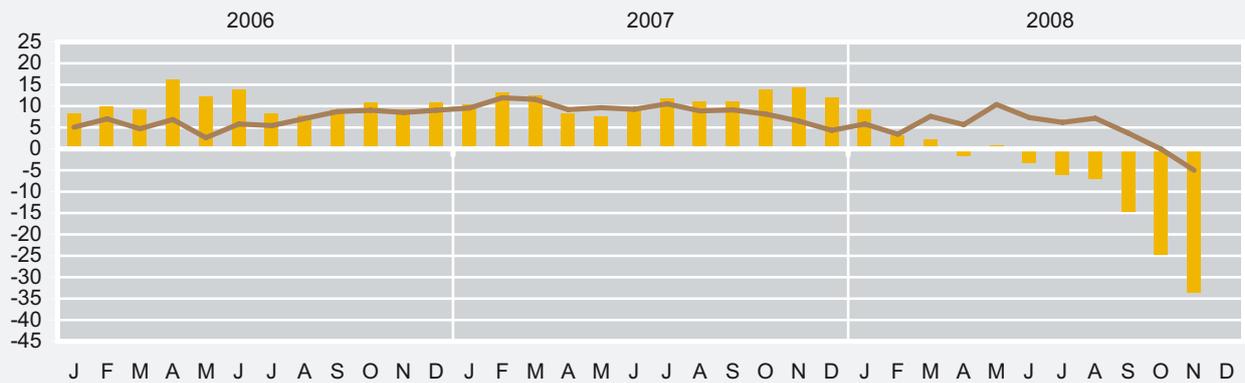
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

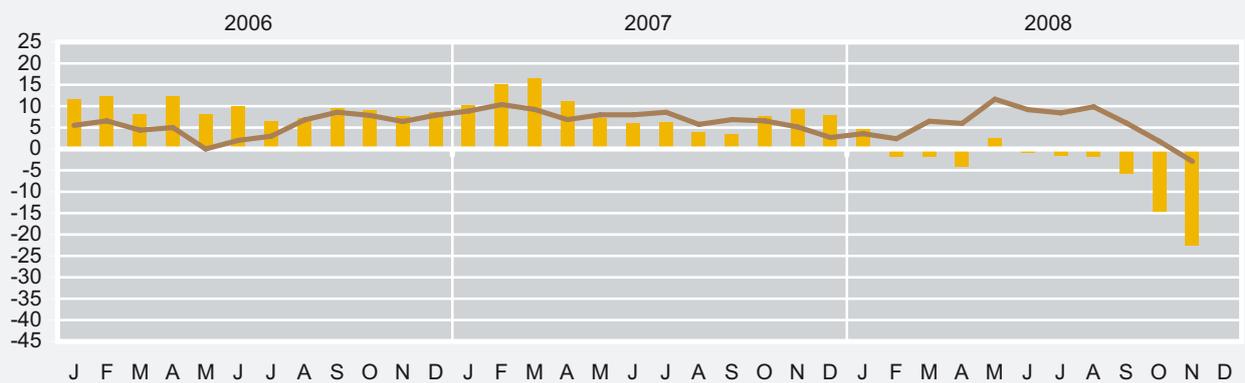
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

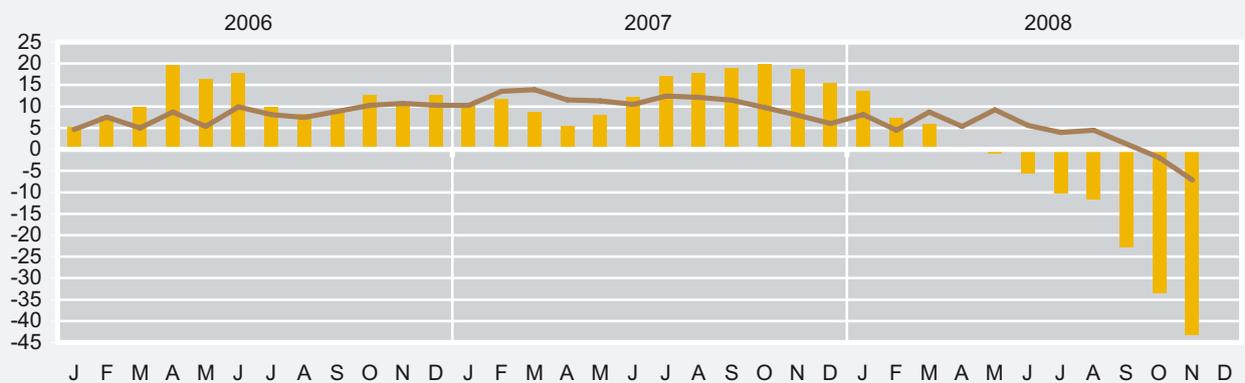
Insgesamt



Inland



Ausland

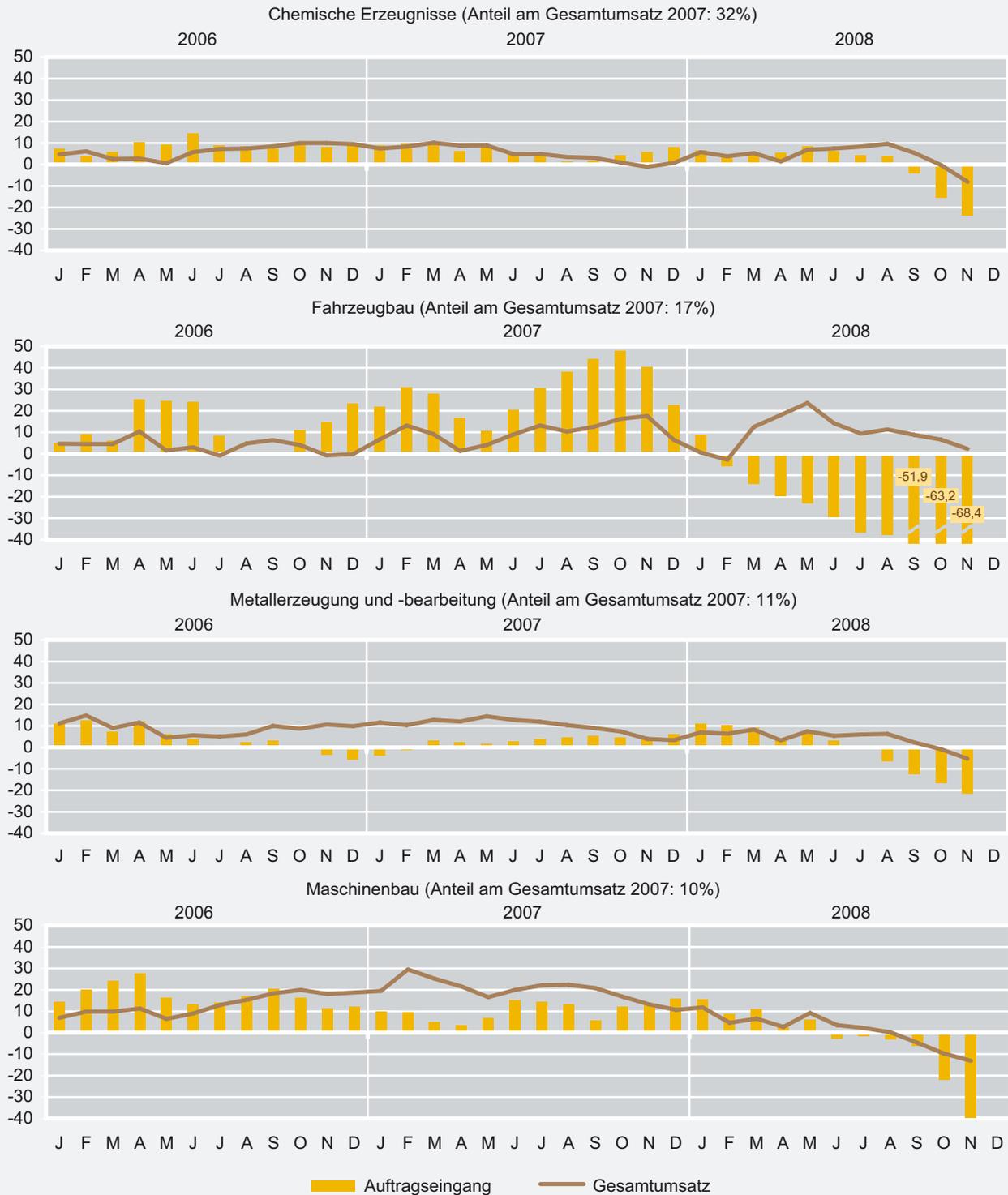


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

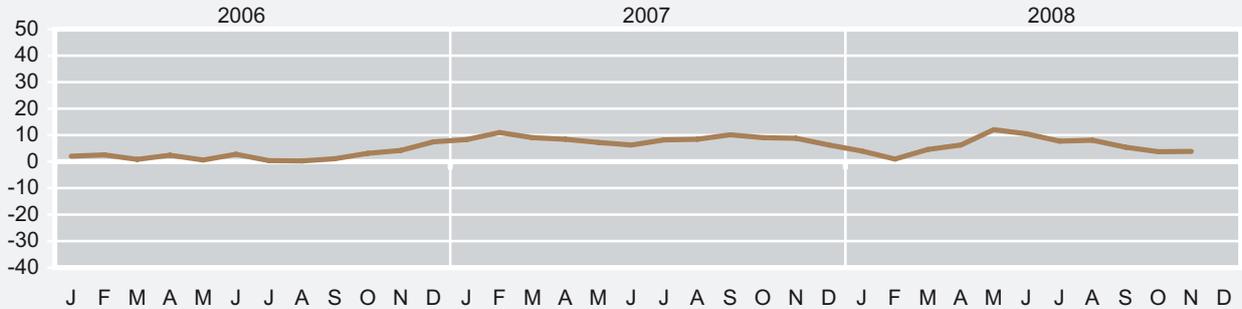


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

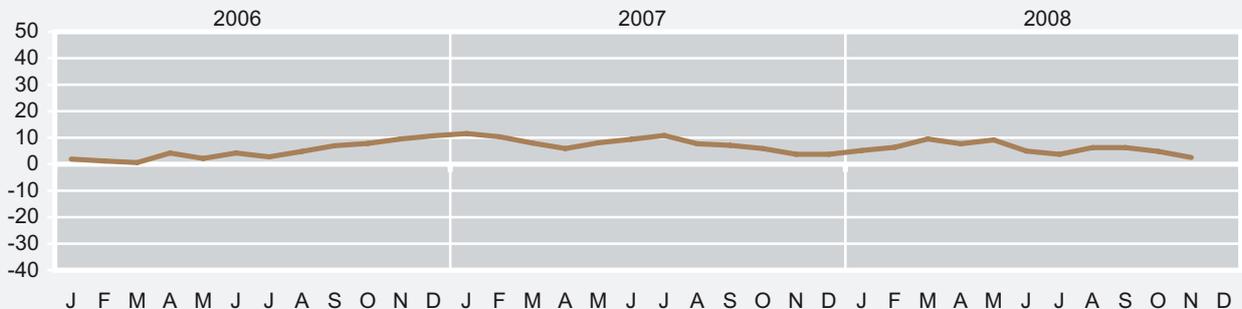
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung²⁾ (Anteil am Gesamtumsatz 2007: 9%)



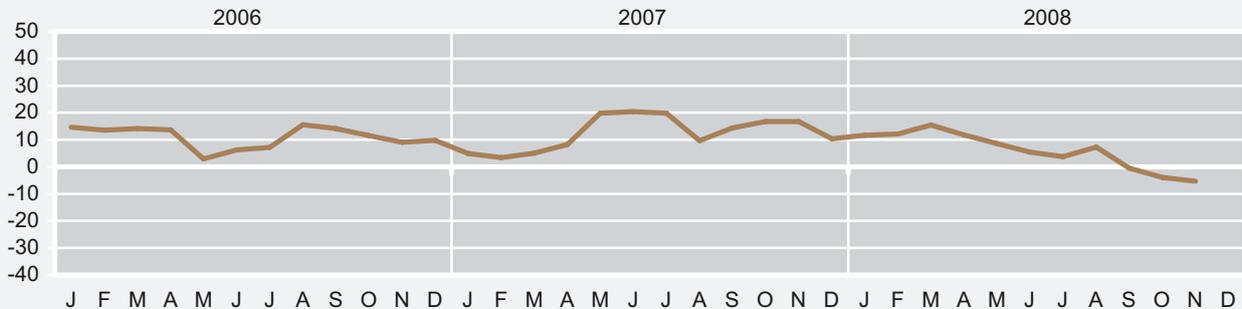
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Anteil am Gesamtumsatz 2007: 6%)



Papier-, Verlags- und Druckgewerbe²⁾ (Anteil am Gesamtumsatz 2007: 5%)



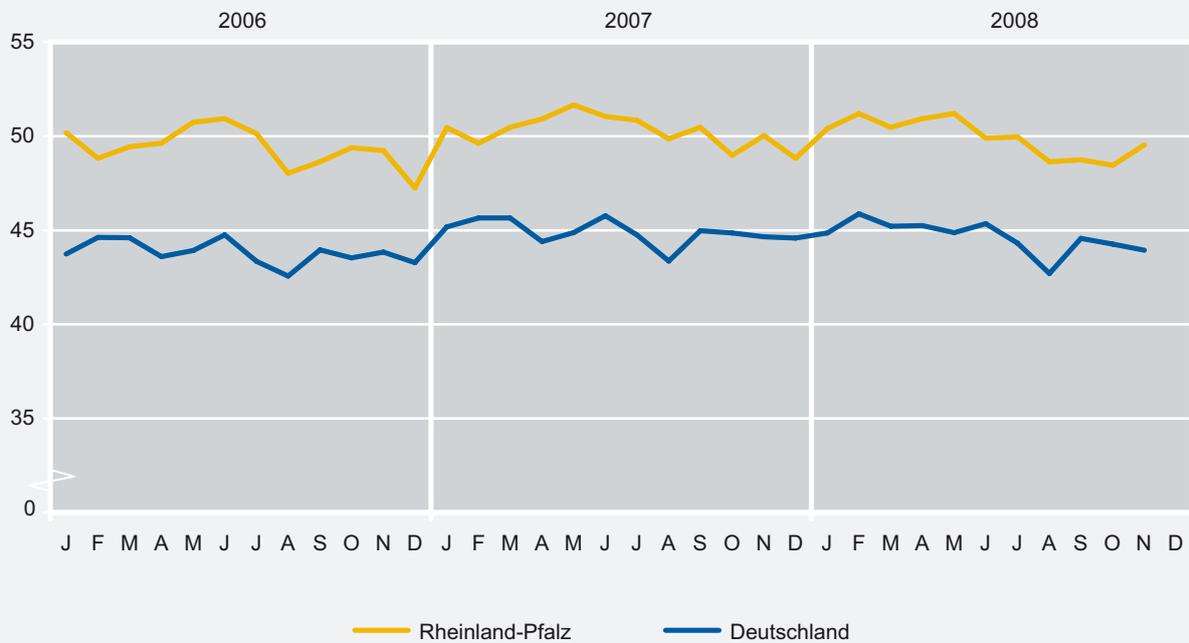
Herstellung Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen, Elektrotechnik²⁾ (Anteil am Gesamtumsatz 2007: 4%)



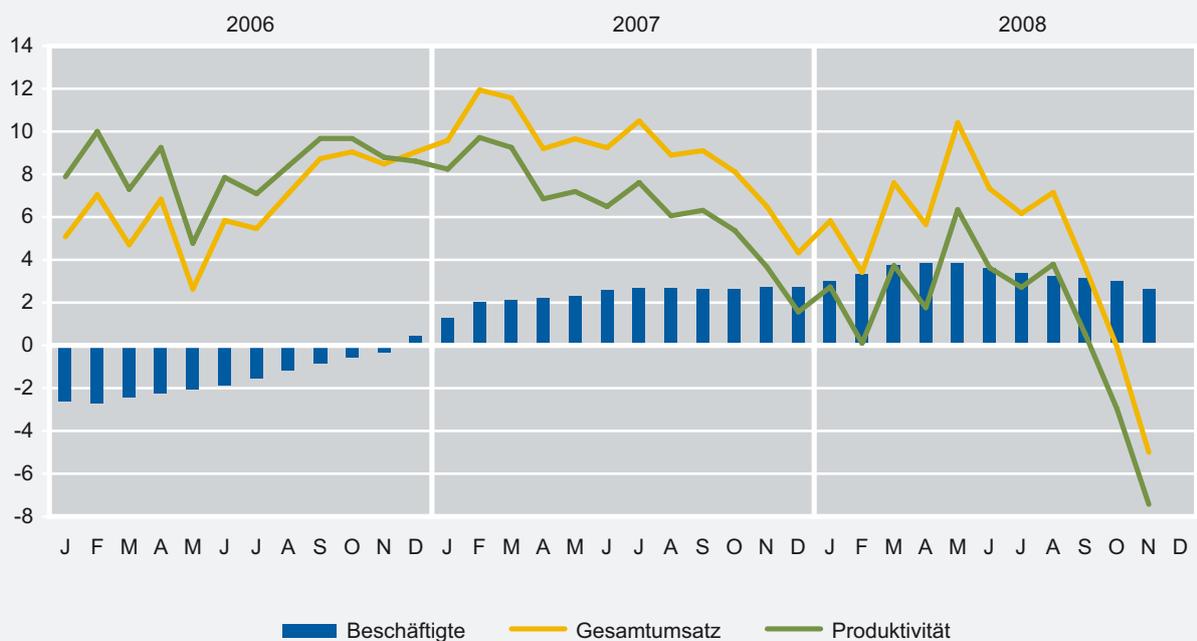
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



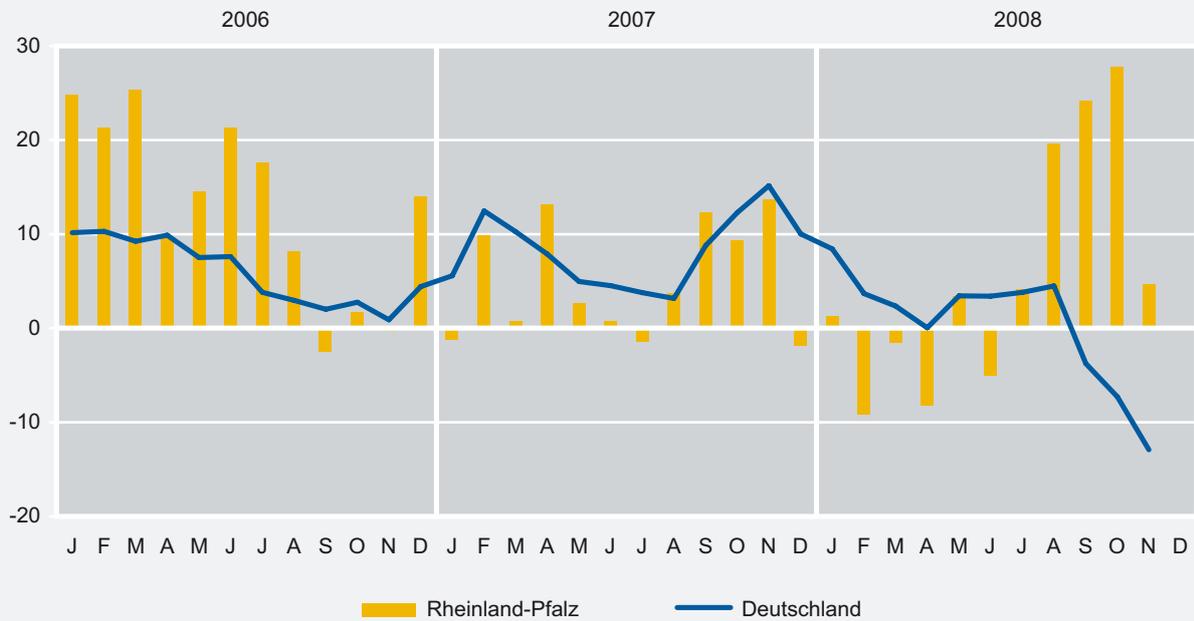
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

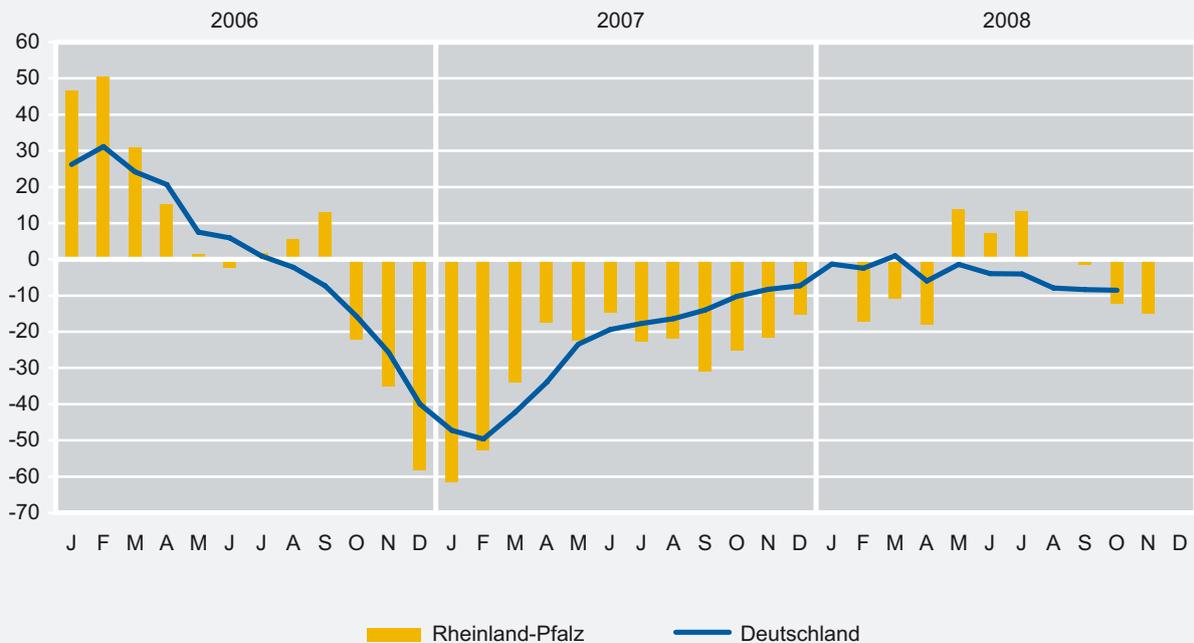
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

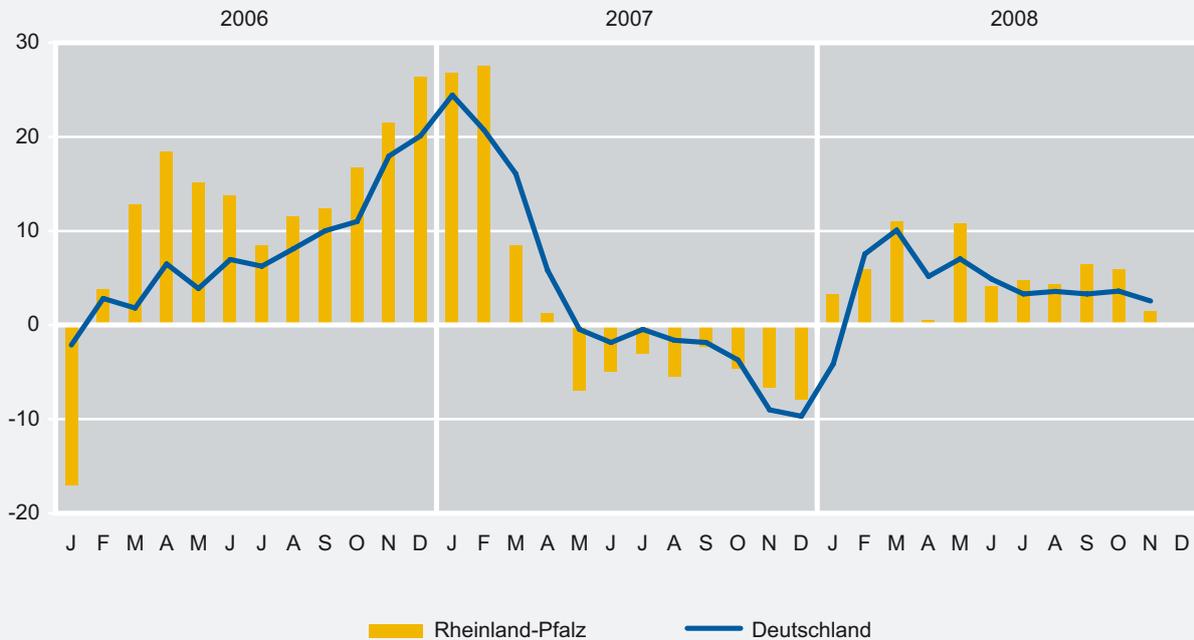
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

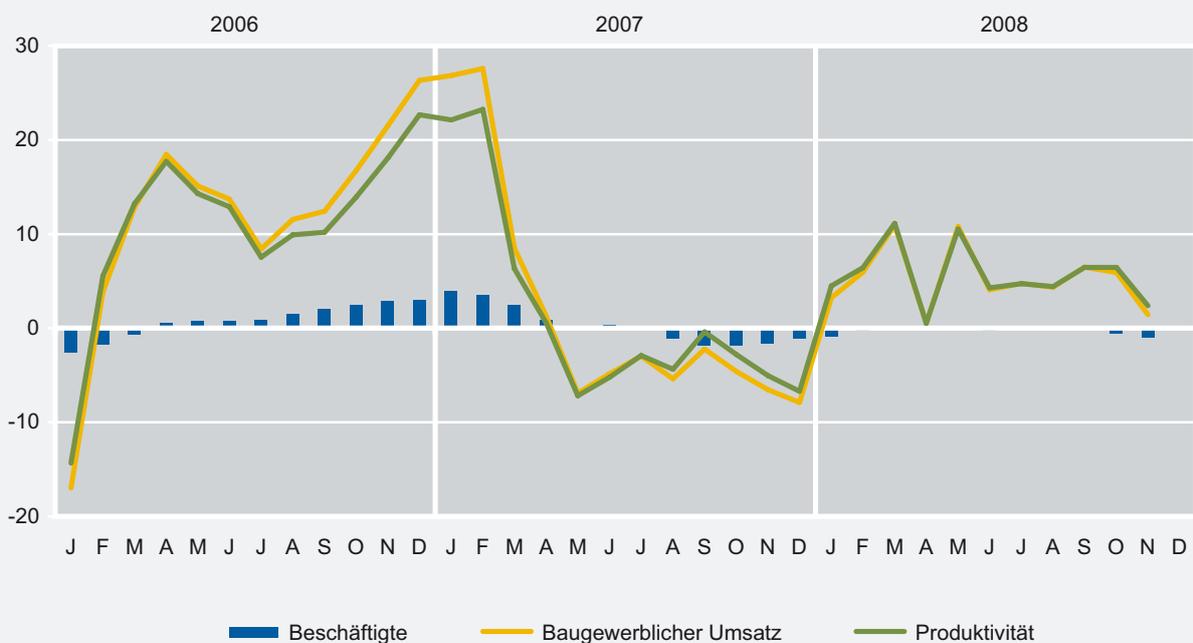
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

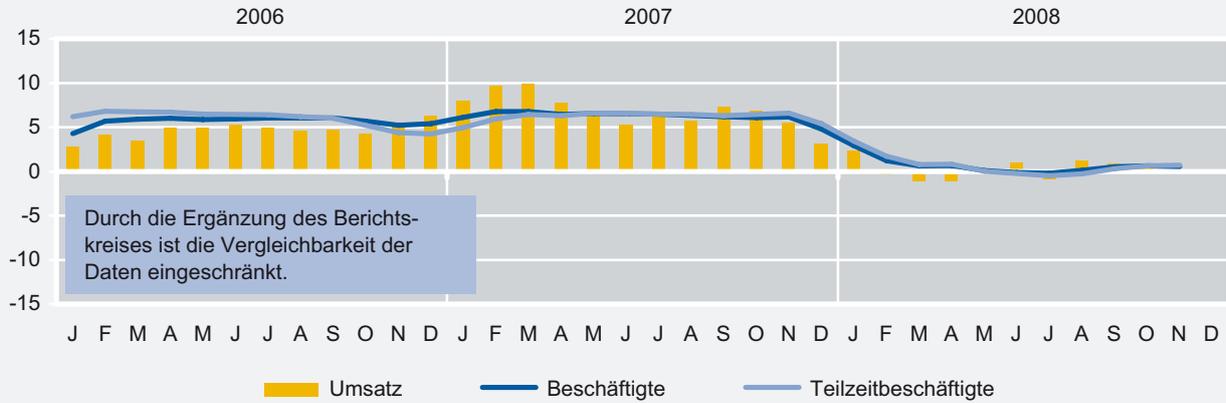
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

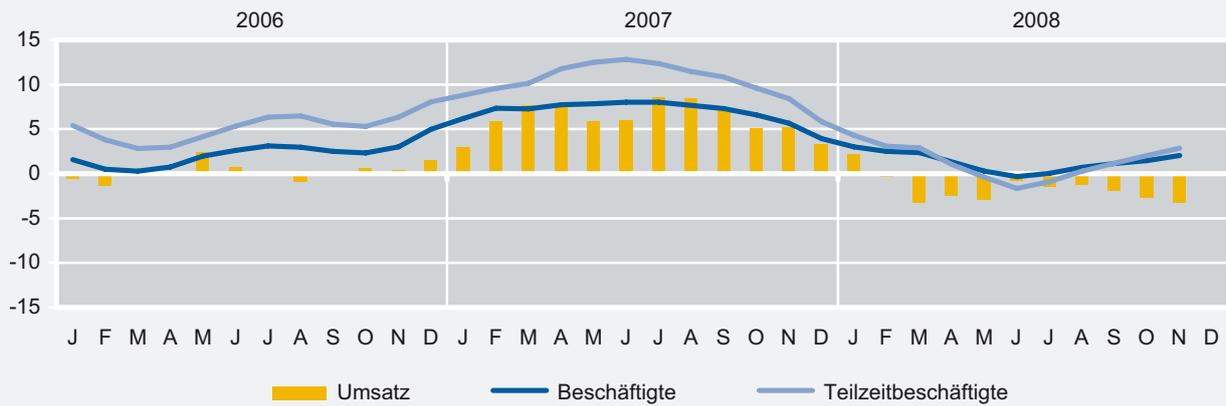
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

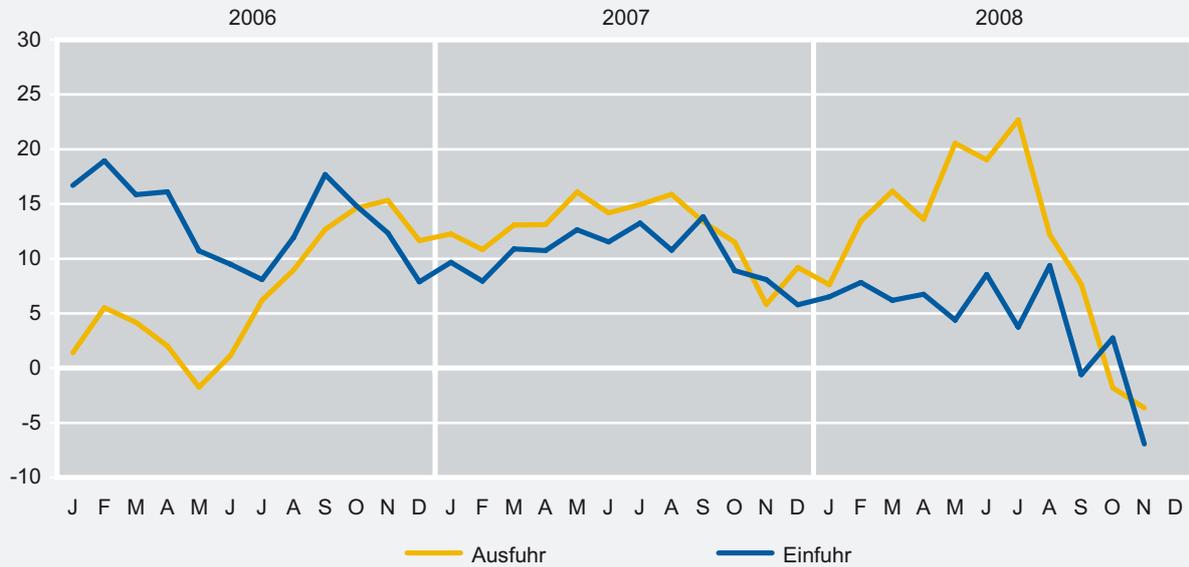
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

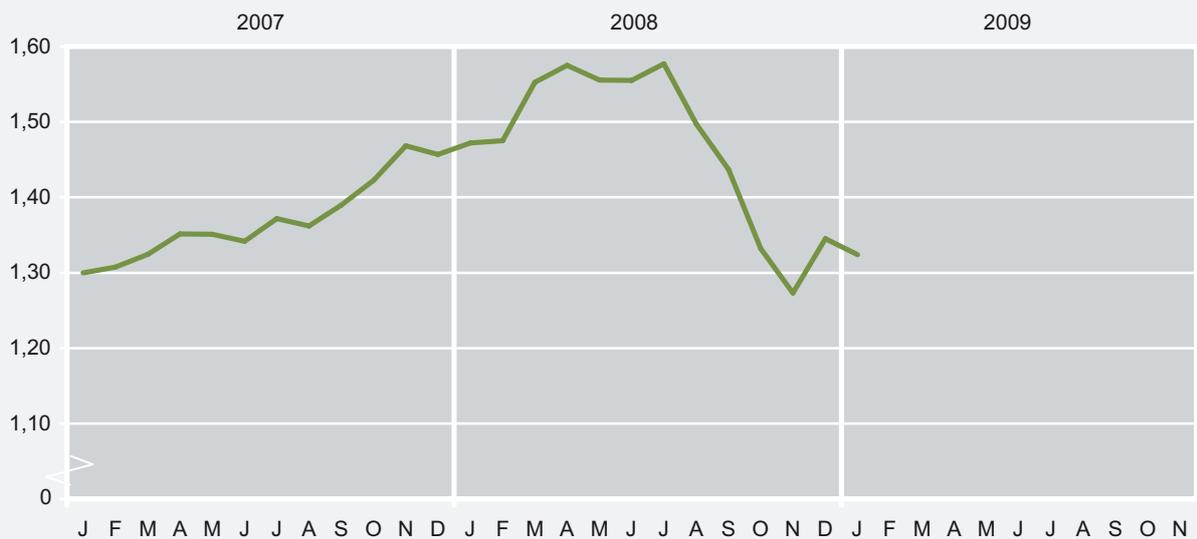
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

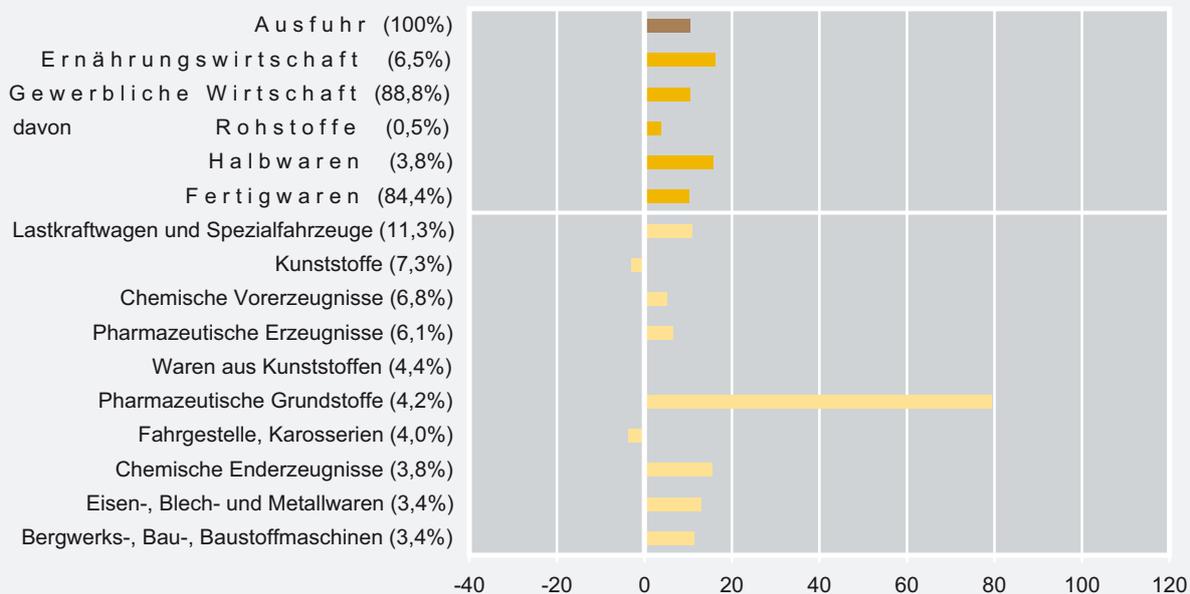
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

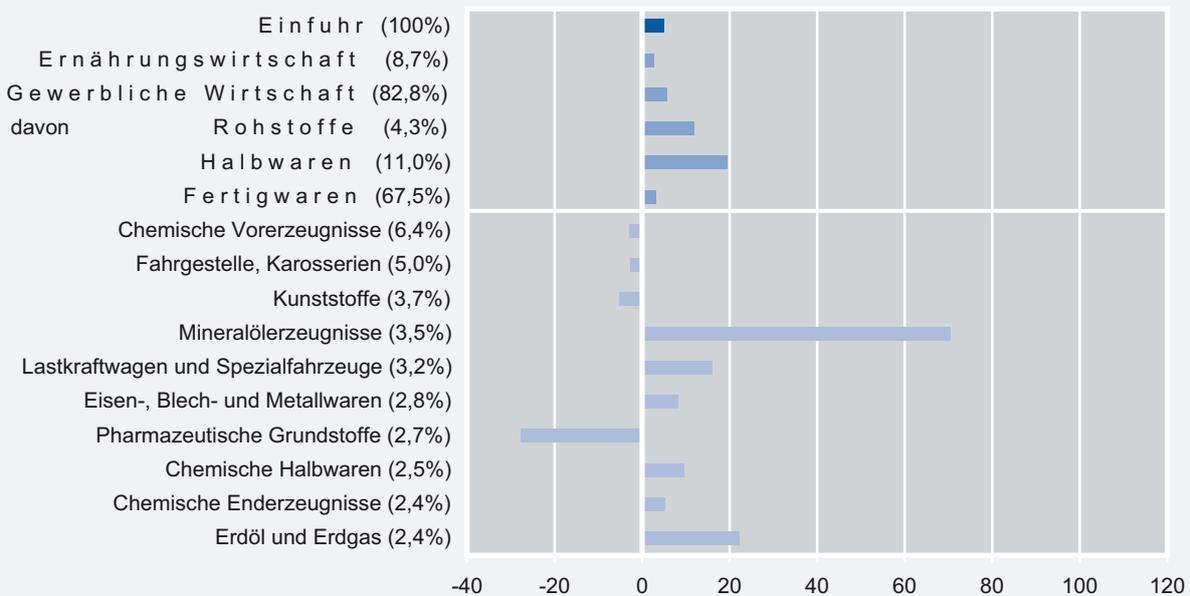
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2007 – November 2008 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2007 – November 2008 nach Warengruppen¹⁾

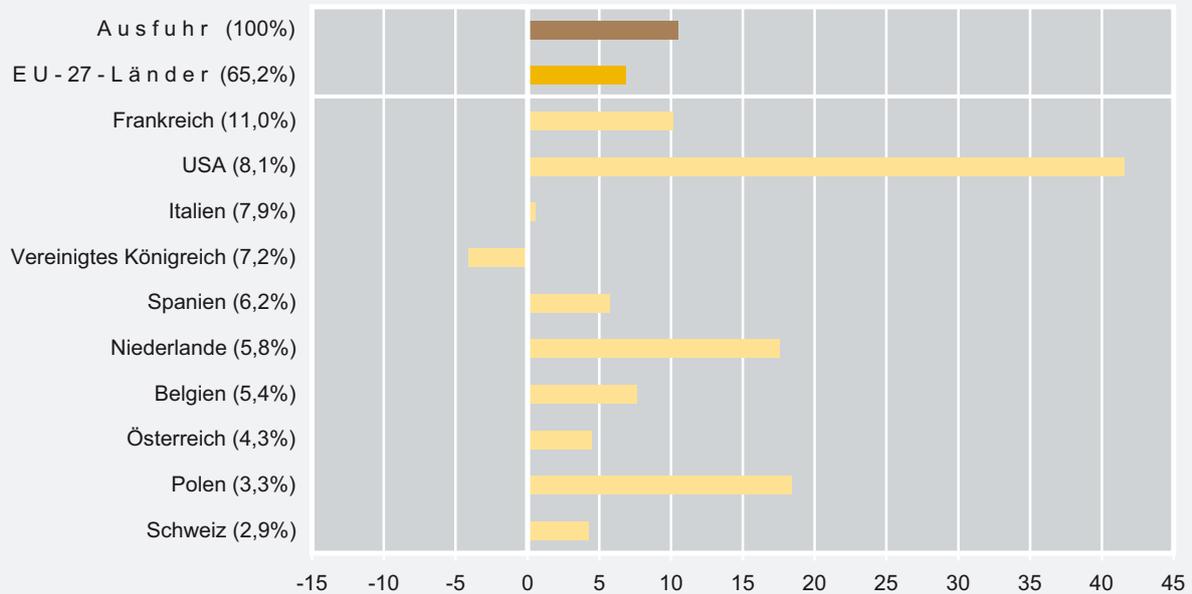
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2007.

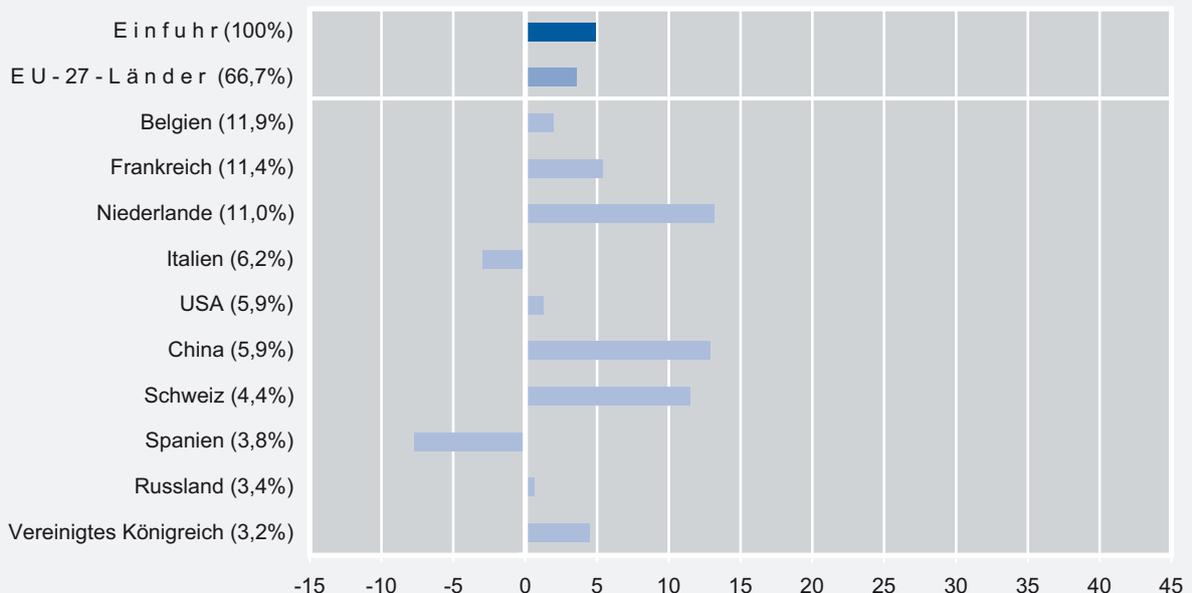
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2007 – November 2008 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



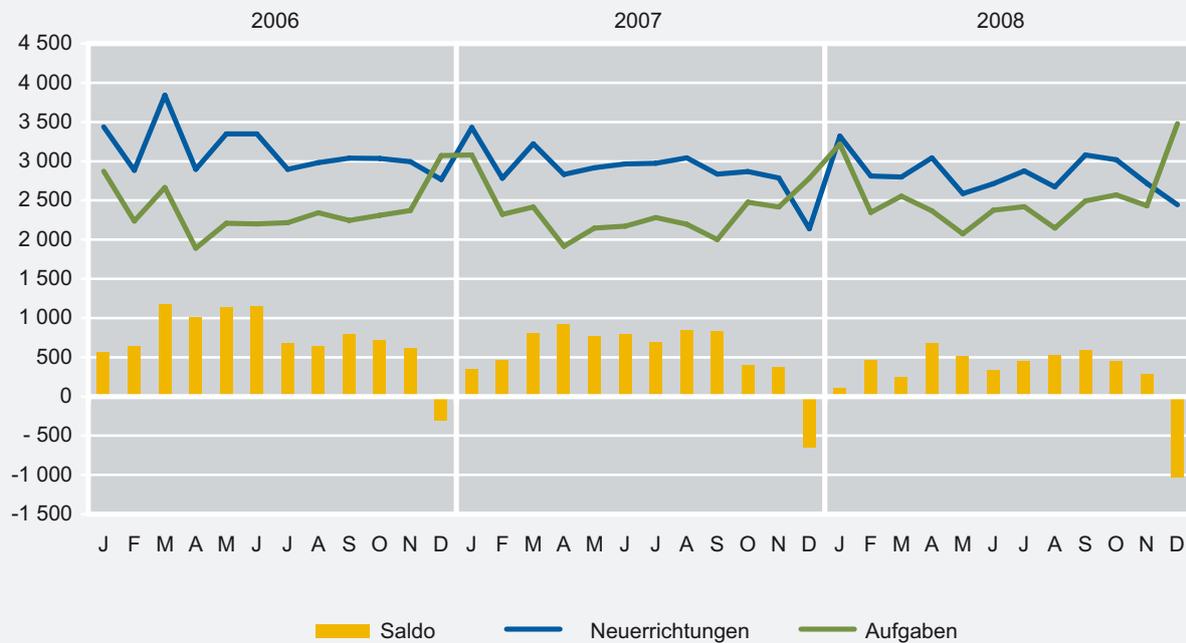
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2007 – November 2008 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

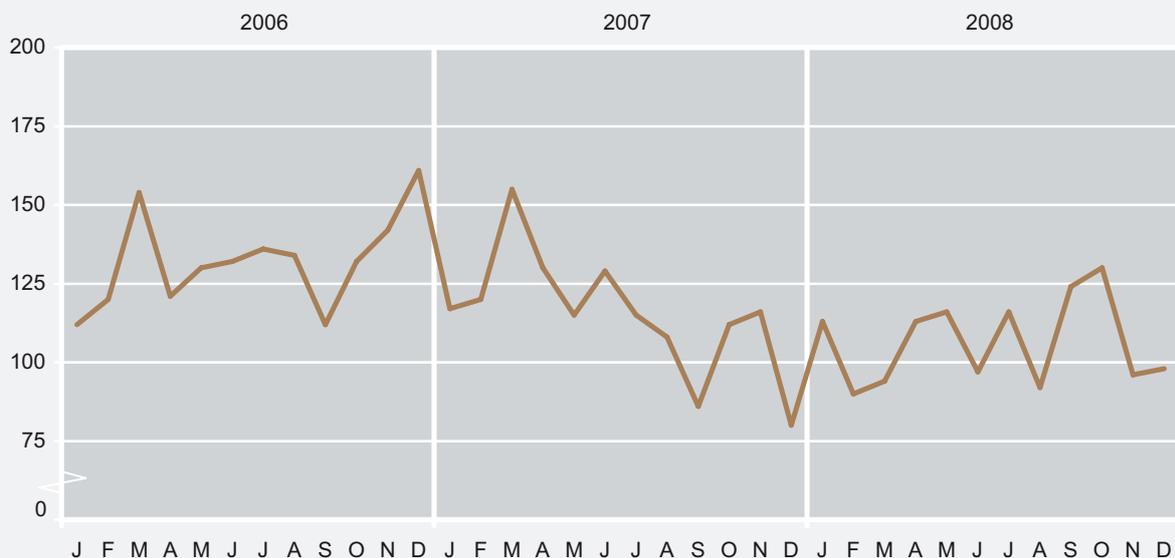


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2007.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

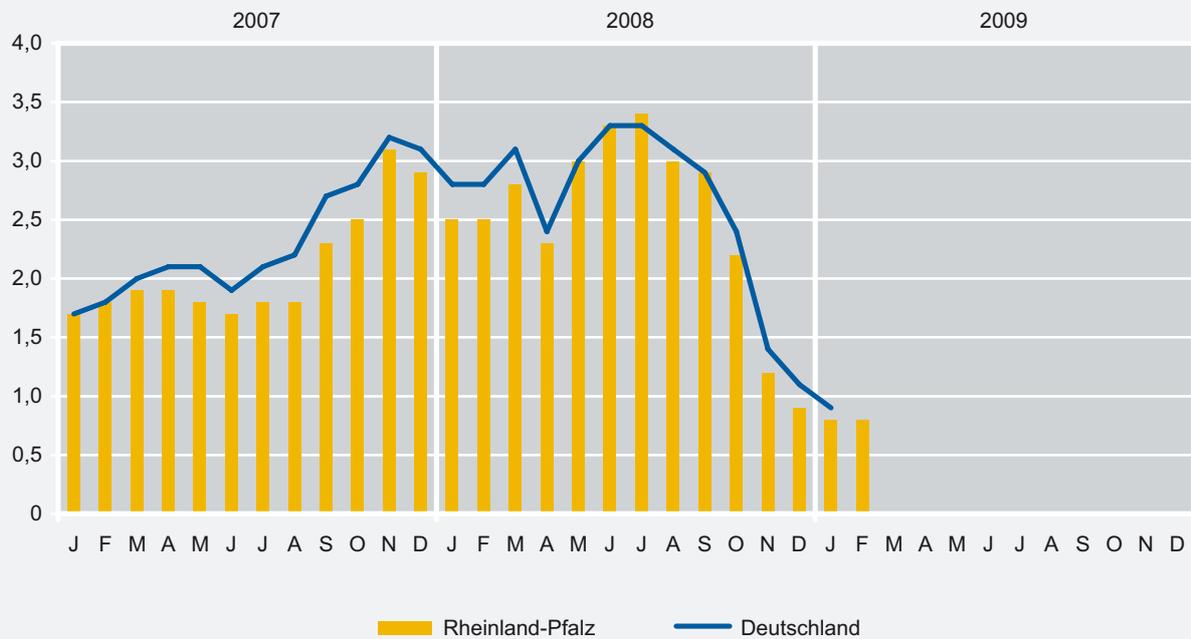


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



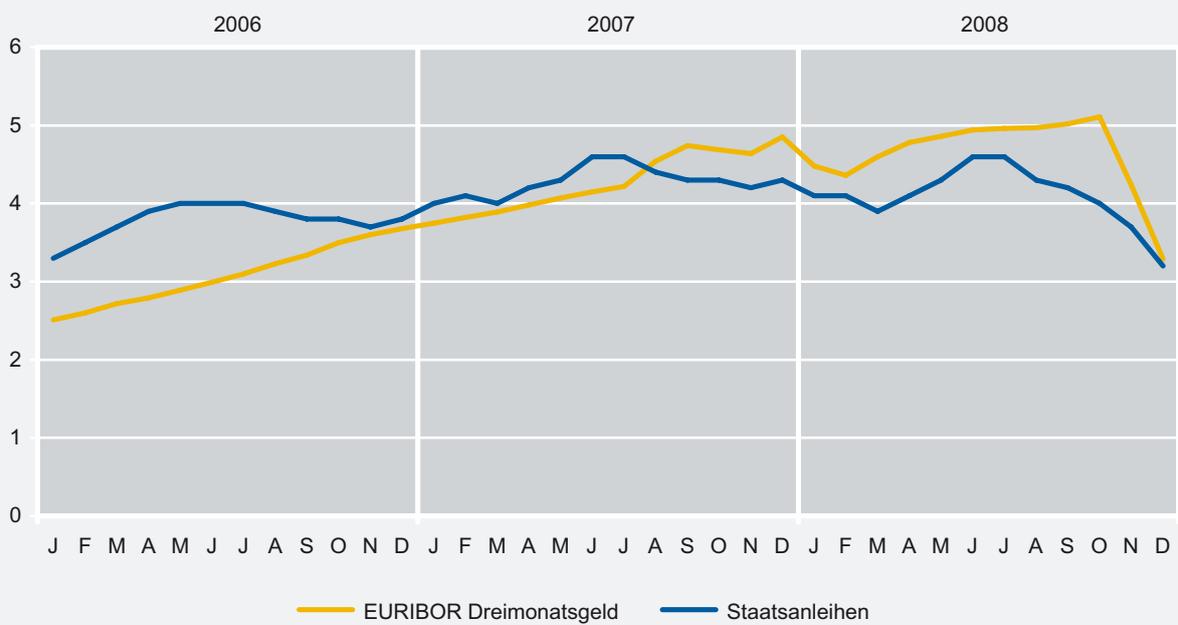
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

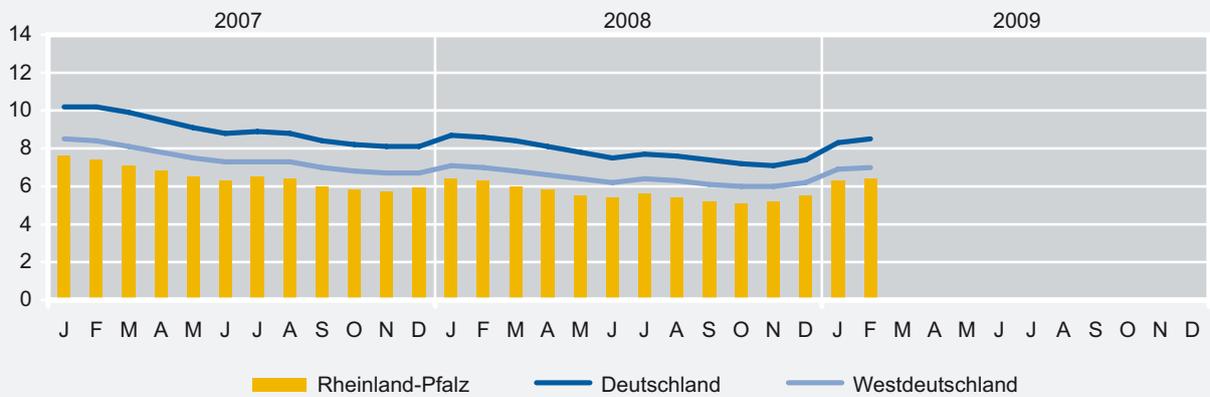
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

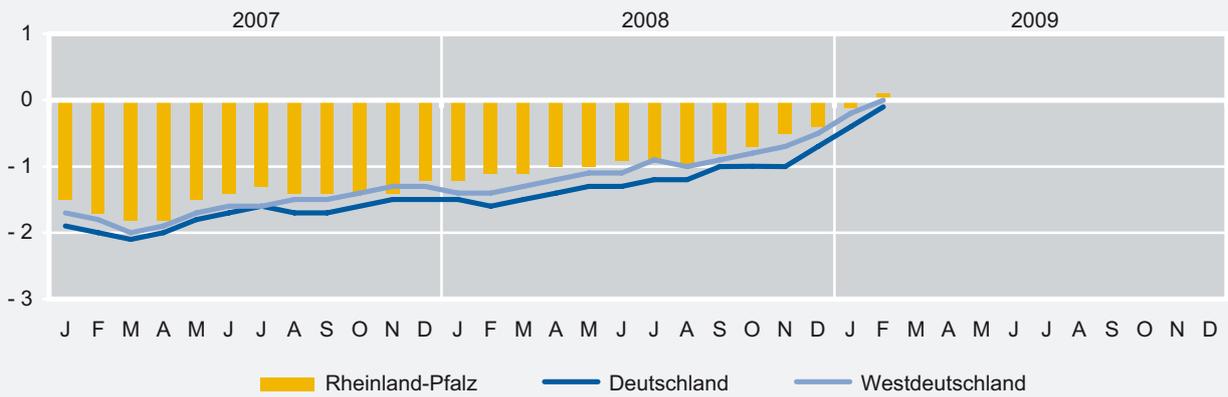
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

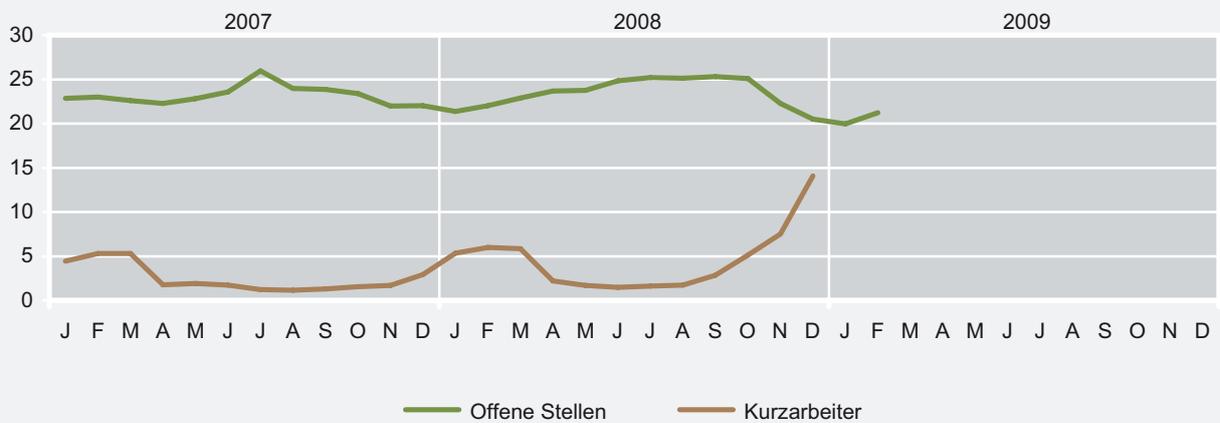
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

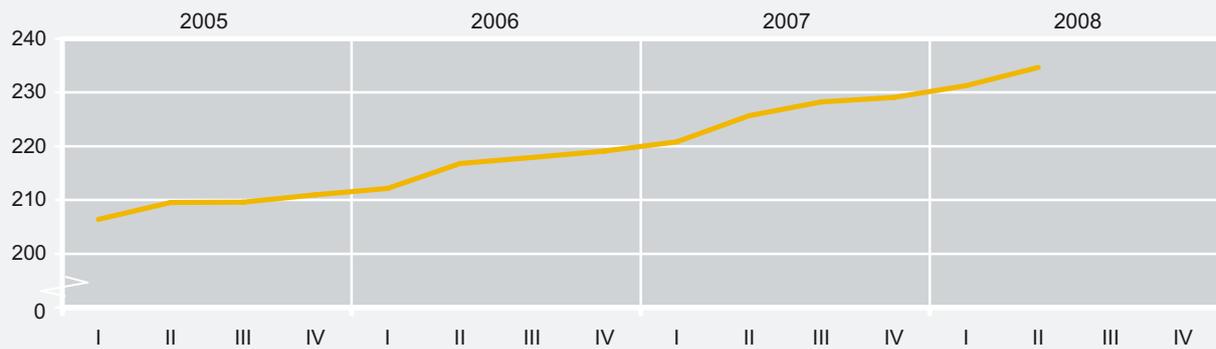
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



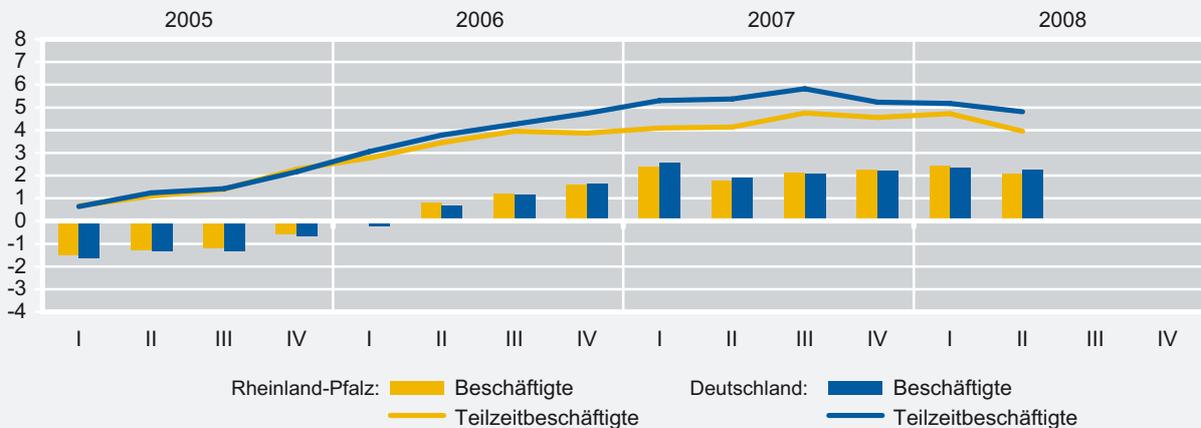
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

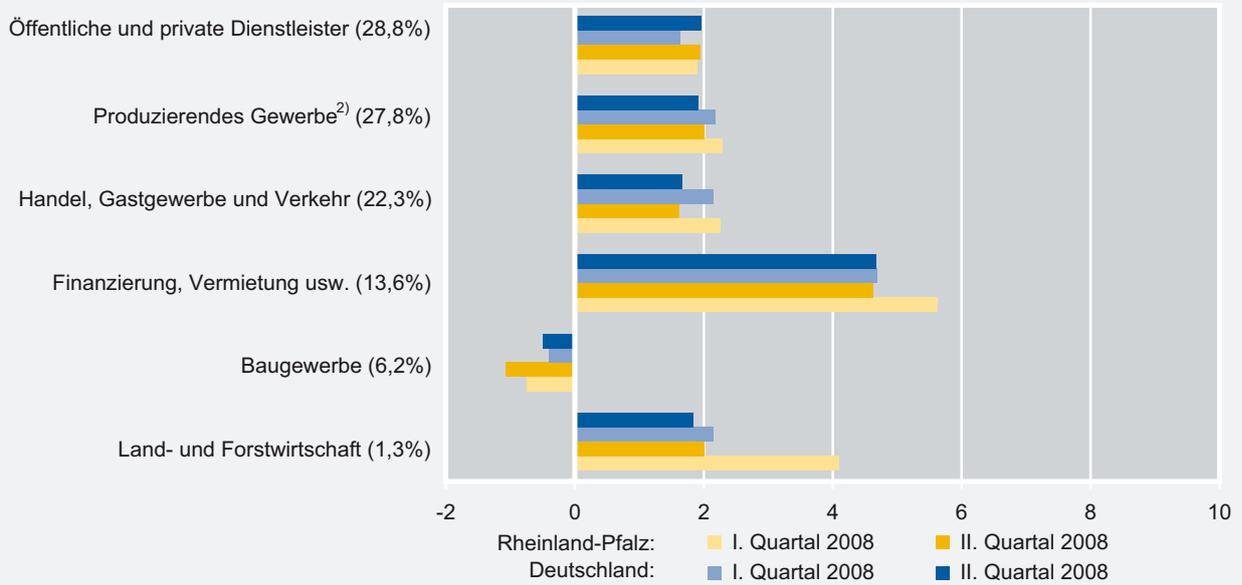
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

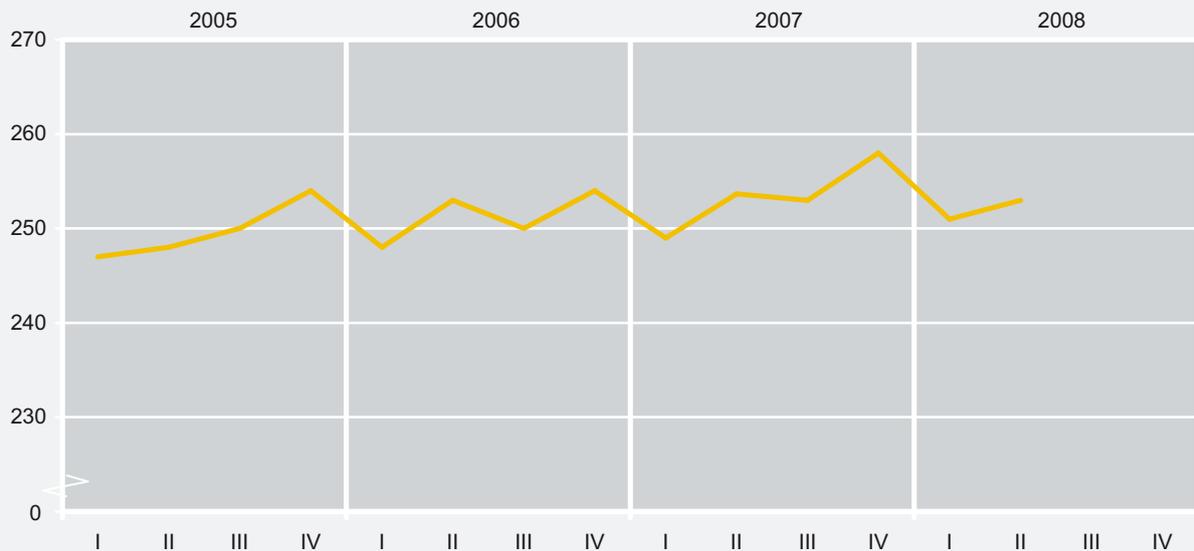
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.

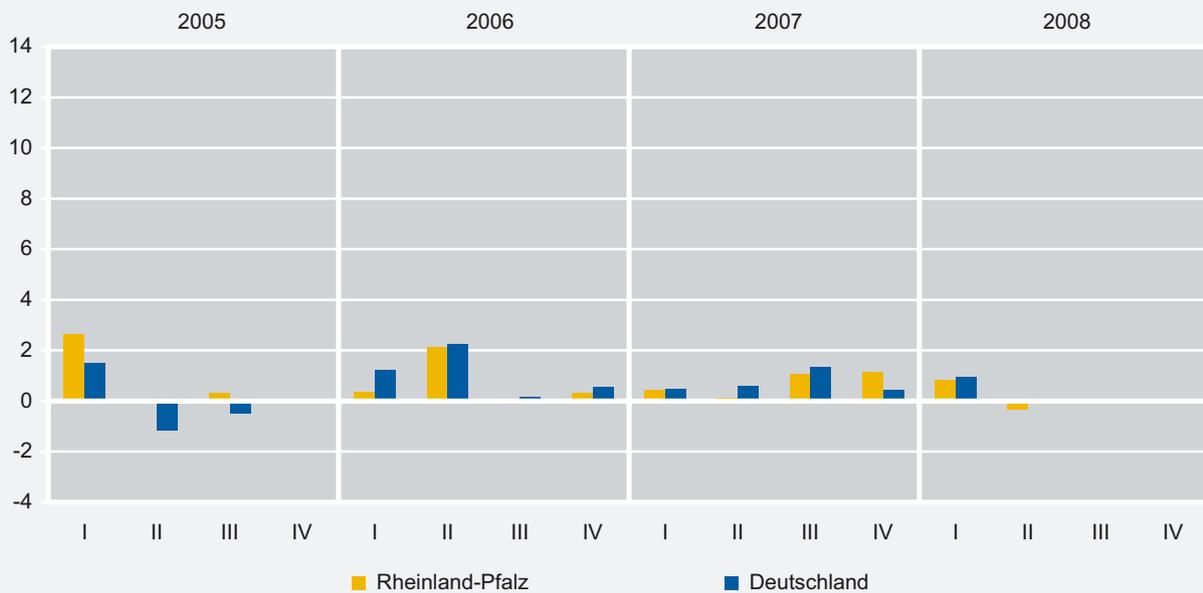
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

in 1 000

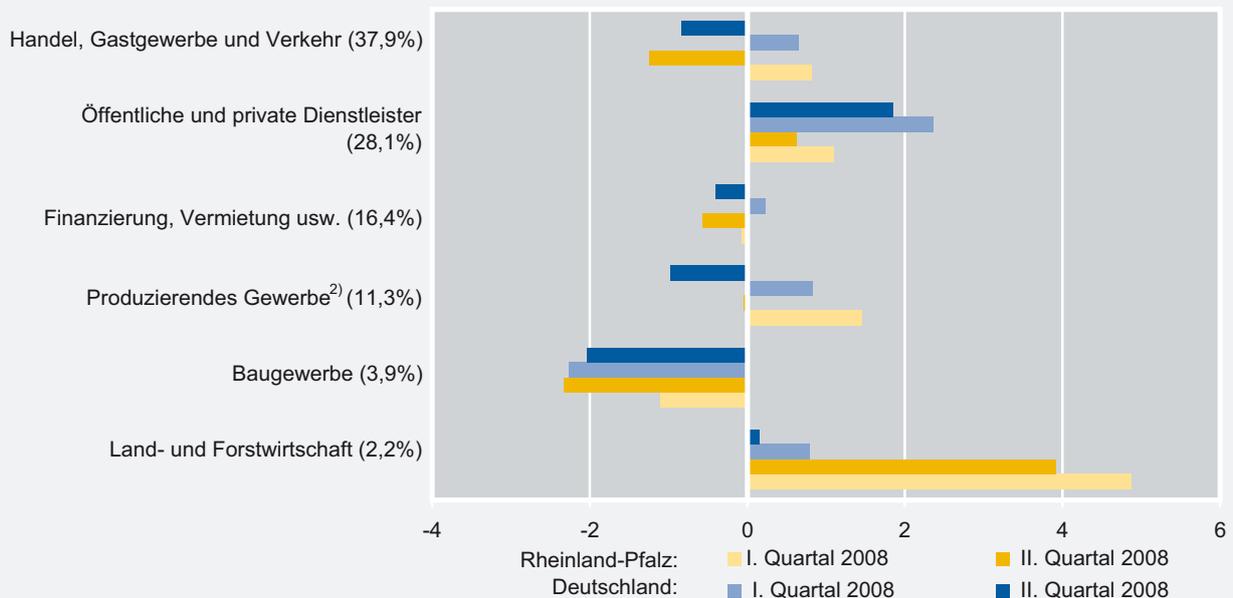


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 27. Februar 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbsspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbsspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbstständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up of a statistical table with numerical data. The table is slightly blurred, but the numbers are clearly visible. The data is organized into rows and columns. The numbers are: 1.210.307, 19.517.888, 3.697.000, 1.210.261, 19.517.888, 3.771.184, 1.279.036, 20.033.663, 3.991.804, 1.355.127, 21.034.439, 4.397.829, 1.474.661, 22.438.521, 4.092.465, 1.210.099, 21.687.249, 4.092.465.

1.210.307	19.517.888	3.697.000
1.210.261	19.517.888	3.771.184
37 1.279.036	20.033.663	3.991.804
47 1.355.127	21.034.439	4.397.829
81 1.474.661	22.438.521	4.092.465
1.210.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ¹⁾	4 046 ¹⁾	4 049	4 049	4 048	4 038	4 037
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	317	318	319	315	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 667	1 629	2 426	1 884	1 487	2 035	3 874
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 646	2 711	2 986	2 796	2 937	3 119	2 840
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	8,7	8,4	8,5	9,1	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 498	3 514	3 175	2 930	3 662	3 526	3 121
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,4	9,2	8,8	10,7	10,3	9,1
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	13	12	11	21	8	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,3	4,6	4,0	3,9	7,2	2,6	2,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 852	- 802	- 189	- 134	- 725	- 407	- 281
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 0,5	- 0,4	- 2,1	- 1,2	- 0,8
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 220	7 931	9 736	8 382	10 231	9 548	8 651
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 462	2 595	2 924	2 998	3 157	2 899	2 693
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 871	7 734	9 409	8 739	9 760	9 739	9 418
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 169	2 338	2 671	2 620	2 587	3 223	2 751
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	349	197	327	- 357	471	- 191	- 767
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 477	12 402	14 435	12 153	13 845	14 604	13 188
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte ⁸⁾⁹⁾	Einheit	2005		2006			2007			2008
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 149	1 158	1 181	1 168	1 168	1 179	1 206	1 194	1 196
* Frauen	1 000	519	521	530	526	525	527	540	539	539
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	71	68	70	73	76	70	74
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	218	219	221	226	228	229	231
* darunter Frauen	1 000	183	187	188	189	191	195	197	198	200
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	15	12	14	15	16	13	...
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	325	322	327	326	326	328	333	332	...
* Baugewerbe	1 000	74	74	77	75	74	75	77	74	...
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	258	260	267	263	261	264	272	268	...
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	143	150	154	152	153	157	162	160	...
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	337	341	341	340	339	345	346	...

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Arbeitslose	Anzahl	162 951	133 676	120 677	131 386	128 760	107 275	114 080	130 405	133 463
* Frauen	Anzahl	78 698	67 361	60 288	63 505	61 939	53 287	54 672	59 107	59 206
* Männer	Anzahl	84 253	66 315	60 389	67 881	66 821	53 988	59 408	71 298	74 257
darunter										
Bauberufe	Anzahl	6 562	4 865	4 503	5 741	5 595	3 579	4 256	5 703	5 788
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	41 059	33 587	30 826	34 214	33 978	25 884	28 725	34 254	35 926
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,0	7,3	6,6	7,2	7,0	5,8	6,2	7,0	7,2
* Frauen	%	9,1	7,7	6,9	7,3	7,1	6,0	6,2	6,7	6,7
* Männer	%	8,8	6,9	6,3	7,1	7,0	5,6	6,1	7,4	7,7
* Ausländer/-innen	%	20,0	16,6	15,6	16,7	16,3	13,8	14,6	16,4	16,6
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,9	6,7	5,5	6,1	6,3	5,1	5,5	6,5	7,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 589	2 527	2 908	5 356	5 984	7 512	14 070
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 047	23 191	22 038	21 378	22 006	22 262	20 504	19 958	21 231
darunter										
Bauberufe	Anzahl	1 316	1 372	1 408	1 246	1 220	1 298	1 216	1 201	1 410
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 912	8 078	7 173	6 815	6 821	7 793	6 781	6 399	6 486
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
	Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	738	469	462	388	338	403	436	346	328
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	707	448	444	369	311	384	414	324	310
* 3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	31	21	18	19	27	19	22	22	18
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	-	-	-	-	2	2	1	1
Unternehmen	Anzahl	87	68	93	53	57	44	72	66	52
private Haushalte	Anzahl	650	400	369	335	281	357	362	279	275
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 011	673	613	571	603	532	560	475	485
* Umbauter Raum	1 000 m ³	717	468	442	392	395	384	403	324	340
* Wohnfläche	1 000 m ²	132	87	81	74	76	69	76	61	64
Wohnräume	Anzahl	5 701	3 688	3 417	3 160	3 074	3 011	3 200	2 525	2 641
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	167	114	105	98	108	96	103	81	86
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	126	133	150	143	111	133	155	120	115
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	12	14	15	11	6	11	20	7
Unternehmen	Anzahl	107	115	132	123	95	117	143	99	88
private Haushalte	Anzahl	7	6	4	5	5	10	1	1	...
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	38	14	12	7	11	38	10	32	5
* Umbauter Raum	1 000 m ³	767	980	1 159	1 464	601	721	3 407	1 101	659
* Nutzfläche	1 000 m ²	109	124	144	167	98	110	341	163	105
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	68	76	95	77	64	67	169	121	83
Genehmigte Wohnungen										
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	1 183	783	717	687	725	666	641	615	544
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 603	4 336	3 975	3 754	3 515	3 595	3 809	3 283	3 043

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 757	10 823	12 023	11 482	10 507	10 981	11 412	11 044	11 029
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 630	2 513	2 790	3 167	2 621	2 493	2 963	2 789	2 907
* Kälber	t	17	17	20	23	37	18	22	22	38
* Schweine	t	8 012	8 211	9 122	8 208	7 706	8 399	8 355	8 173	7 933
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 968	10 036	10 164	10 425	10 507	7 805	9 233	9 676	10 059
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	61 736	62 486	59 512	57 225	61 259	58 347	59 970	58 971	63 339
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 000	1 027	1 026	1 025	1 025	1 061	1 059	1 061	1 061
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	240 629	246 471	249 161	248 986	248 703	256 970	256 161	255 803	254 441
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 896	31 517	33 046	32 980	29 115	33 867	33 772	32 694	28 975
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	814	850	808	1 042	865	855	844	1 140	866
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 774	6 305	6 711	6 694	5 763	7 012	6 629	6 049	5 533
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	3 063	3 322	3 502	3 499	2 838	3 583	3 467	2 969	2 353
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 614	1 840	2 006	1 987	1 855	2 157	1 941	1 889	1 930
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	111	106	140	120	92	119	120	118	87
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	986	1 037	1 063	1 088	978	1 153	1 100	1 073	1 163
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 912	2 005	2 010	2 121	1 792	2 140	2 065	1 842	1 536
Fahrzeugbau	Mill. EUR	937	1 042	1 188	1 160	1 028	1 308	1 197	1 148	1 108
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 851	3 170	3 287	3 349	2 814	3 418	3 212	2 997	2 570
Exportquote ⁷⁾	%	49,4	50,3	49,0	50,0	48,8	48,7	48,5	49,5	46,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	123,9	138,1	149,4	153,5	129,2	124,3	111,9	91,6	83,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	118,2	125,2	131,1	130,8	105,4	118,9	113,2	92,3	79,1
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	130,2	161,6	183,7	197,5	173,1	123,8	102,7	78,4	80,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	133,2	141,5	142,2	148,9	126,3	134,7	123,5	99,0	95,9
Fahrzeugbau	2000=100	133,8	173,6	214,9	217,0	176,5	95,4	70,3	51,5	70,3
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	86	103	103	103	103	110	110	110	110
* Beschäftigte ⁴⁾⁸⁾	Anzahl	10 058	9 860	9 886	9 865	9 847	10 004	9 994	9 993	9 992
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 264	1 241	1 283	1 313	1 099	1 335	1 309	1 297	1 154
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	34	34	39	46	31	32	40	50	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	757	776	754	814	831	644	761	782	798
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	741	760	738	799	813	626	747	769	785

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur
die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Ver-
gleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Aus-
landsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 480	36 559	36 839	36 765	36 282	36 981	36 604	36 349	35 892
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 639	3 702	4 384	3 939	2 847	4 260	4 091	3 631	2 652
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 547	1 523	1 753	1 535	1 211	1 611	1 534	1 317	993
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	856	862	1 005	898	650	1 071	1 035	991	765
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 194	1 317	1 626	1 506	986	1 578	1 522	1 323	894
darunter Straßenbau	1 000 h	613	652	827	750	477	840	778	703	426
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	81	82	84	99	80	87	87	99	84
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	349	344	406	413	427	410	419	425	420
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	112	123	127	139	127	128	100	113
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	94	91	114	106	97	118	119	128	129
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	139	142	169	180	192	165	172	198	177
darunter Straßenbau	Mill. EUR	67	65	82	85	76	82	81	89	78
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	304	297	297	293	294	313	310	311	...
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 059	11 384	11 245	11 560	11 468	11 876	11 907	12 029	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 524	3 674	3 593	3 774	3 745	3 686	3 814	3 856	...
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	75	78	76	78	85	79	81	81	...
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	274	276	255	284	351	230	302	302	...
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ⁹⁾										
	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Beschäftigte	2003=100	113,4	115,3	114,9	115,0	114,0	114,2	114,9	114,3	114,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	126,1	122,5	120,0	120,9	119,1	119,2	121,7	120,4	122,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	119,7	119,1	131,0	125,5	111,0	137,8	138,2	117,5	110,9
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	111,3	107,9	117,1	111,3	98,7	113,8	118,6	104,1	101,1
Einzelhandel ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	109,8	116,8	118,0	118,6	118,9	118,1	118,9	119,2	119,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	112,1	119,2	120,7	121,6	121,8	120,3	121,9	122,4	122,3
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	109,7	118,5	124,6	122,2	136,5	123,1	128,3	121,6	139,2
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	108,1	115,4	120,7	117,7	132,3	116,3	121,1	115,6	133,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾										
* Beschäftigte	2003=100	98,6	103,5	104,1	103,8	104,2	103,8	103,9	104,5	104,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	97,4	105,3	105,3	105,4	108,3	107,4	109,1	111,2	111,8
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	118,4	110,9	127,6	121,4	102,7	111,3	117,7	108,9	97,1
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	113,9	103,6	118,8	112,6	95,1	101,6	107,6	100,0	89,6
GASTGEWERBE ¹³⁾										
* Beschäftigte	2003=100	110,8	118,8	121,8	117,2	114,0	126,5	122,7	119,7	117,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	121,1	134,0	136,5	131,6	128,3	143,2	137,6	136,0	134,1
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	99,5	108,6	121,8	99,4	104,7	124,1	121,2	100,2	103,2
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,4	102,5	114,9	93,3	97,2	113,2	110,6	91,6	93,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gästeankünfte	1 000	600	615	787	492	390	839	787	467	384
* darunter von Auslandsgästen	1 000	141	143	160	97	97	178	160	92	96
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 662	2 087	1 176	1 045	2 228	2 135	1 146	1 042
* darunter von Auslandsgästen	1 000	405	402	424	227	245	499	449	233	267
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 056	2 082	2 258	2 046	1 985	2 288	2 229	2 273	1 850
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 347	1 384	1 566	1 364	1 182	1 660	1 491	1 463	1 141
* Getötete Personen	Anzahl	22	18	18	16	18	23	18	22	15
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	12	10	8	7	13	10	9	15	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	4	5	-	7	3	3	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	-	1	2	2	1	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	2	1	3	3	2	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 745	1 795	2 001	1 830	1 555	2 124	1 961	1 978	1 510
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	338	366	336	245	456	379	344	242
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	153	159	142	163	154	167	169	166	141
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	83	129	81	30	155	112	85	33
Radfahrer	Anzahl	45	47	60	43	19	87	47	32	28
Fußgänger	Anzahl	37	34	25	32	30	30	31	44	27
Kraftfahrzeuge ³⁾										
Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 333	12 830	13 277	12 799	11 767	12 195	11 659	10 454	9 521
darunter										
Krafträder	Anzahl	797	825	425	269	466	644	406	305	351
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	12 247	10 673	11 447	11 046	10 158	10 238	9 912	8 965	8 133
* Lastkraftwagen	Anzahl	910	954	1 064	1 126	833	861	994	908	736
* Zugmaschinen	Anzahl	302	302	272	243	244	341	248	194	219
Personenbeförderung										
Personenbeförderung	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 993	62 850	63 828	56 783	64 485	65 513	63 191	56 089	...
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	588	583	584	506	654	585	579	508	...
Binnenschifffahrt										
Binnenschifffahrt	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gütereingang	1 000 t	1 191	1 142	1 087	1 149	1 181	1 308	1 137	1 190	1 103
* Güterversand	1 000 t	901	959	908	936	997	953	932	993	771
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	3 026	3 391	3 598	3 561	3 725	4 075	3 744	3 733	3 209
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	198	219	223	247	250	273	268	278	229
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 681	3 012	3 215	3 144	3 308	3 638	3 301	3 286	2 828
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	20	21	22	18	17	19	28	19
* Halbwaren	Mill. EUR	119	130	125	125	117	175	152	185	108
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 544	2 862	3 069	2 997	3 173	3 446	3 130	3 073	2 701
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	817	894	1 020	908	968	1 420	903	864	710
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 727	1 968	2 049	2 089	2 205	2 026	2 227	2 209	1 990

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 222	2 527	2 536	2 677	2 644	2 601	2 753	2 689	2 373
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 941	2 210	2 213	2 341	2 305	2 275	2 413	2 341	2 104
Belgien	Mill. EUR	160	183	161	185	170	207	178	206	172
Luxemburg	Mill. EUR	47	48	51	48	61	47	49	56	49
Dänemark	Mill. EUR	42	49	52	47	54	47	47	52	38
Finnland	Mill. EUR	23	28	30	29	30	31	39	30	28
Frankreich	Mill. EUR	339	372	345	370	383	383	425	403	395
Griechenland	Mill. EUR	39	41	59	34	40	43	54	41	39
Großbritannien	Mill. EUR	240	245	238	258	243	273	234	240	230
Irland	Mill. EUR	16	15	16	13	15	11	12	10	11
Italien	Mill. EUR	232	268	266	283	288	212	294	288	238
Niederlande	Mill. EUR	159	198	181	238	212	234	229	234	198
Österreich	Mill. EUR	133	145	154	162	158	146	150	153	156
Schweden	Mill. EUR	51	67	68	75	73	70	66	75	58
Spanien	Mill. EUR	183	210	228	219	232	173	208	186	178
Portugal	Mill. EUR	20	22	26	23	20	24	32	26	21
* Afrika	Mill. EUR	72	74	75	74	97	86	103	87	81
* Amerika	Mill. EUR	377	396	578	386	493	967	415	494	301
* darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	284	295	465	271	392	827	279	325	203
* Asien	Mill. EUR	326	364	377	390	456	390	437	420	430
* darunter nach Japan	Mill. EUR	49	56	64	58	71	54	48	65	43
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	29	30	33	33	36	31	36	43	24
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 965	2 158	2 077	2 455	2 151	2 138	2 424	2 250	2 201
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	170	188	193	173	185	191	195	206	199
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 626	1 786	1 705	2 075	1 775	1 766	2 040	1 861	1 833
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	80	93	43	142	92	34	192	38	197
* Halbwaren	Mill. EUR	226	237	206	262	237	289	346	327	276
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 320	1 456	1 457	1 670	1 446	1 442	1 502	1 496	1 360
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	347	416	430	448	368	381	414	432	333
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	973	1 040	1 027	1 222	1 079	1 061	1 089	1 065	1 026
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 508	1 652	1 580	1 899	1 685	1 627	1 855	1 716	1 709
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 346	1 428	1 383	1 610	1 482	1 490	1 529	1 488	1 382
Belgien	Mill. EUR	243	256	285	291	254	280	248	281	230
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	40	46	46	39	46	49	27
Dänemark	Mill. EUR	29	43	35	57	42	14	25	12	55
Finnland	Mill. EUR	10	12	11	13	11	9	14	10	8
Frankreich	Mill. EUR	234	246	224	276	230	232	264	257	233
Griechenland	Mill. EUR	5	6	7	6	4	9	4	4	9
Großbritannien	Mill. EUR	63	70	78	74	61	91	77	82	88
Irland	Mill. EUR	13	11	14	8	6	11	3	6	8
Italien	Mill. EUR	128	135	122	145	137	114	111	133	118
Niederlande	Mill. EUR	232	238	200	304	332	313	352	276	238
Österreich	Mill. EUR	63	66	67	68	59	71	72	68	70
Schweden	Mill. EUR	50	43	42	30	71	52	47	43	31
Spanien	Mill. EUR	72	81	73	80	65	63	81	75	70
Portugal	Mill. EUR	11	11	9	12	11	15	13	14	13
* Afrika	Mill. EUR	32	32	26	24	21	29	31	36	33
* Amerika	Mill. EUR	204	209	178	235	177	181	214	212	193
* darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	150	146	123	161	115	140	138	128	126
* Asien	Mill. EUR	216	260	289	291	262	296	320	280	258
* darunter aus Japan	Mill. EUR	27	26	31	26	24	28	30	26	27
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	4	6	6	5	4	5	8
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾										
	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 707	3 462	3 405	3 333	2 608	3 652	3 582	3 189	3 070
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 958	2 920	2 996	2 927	3 291	3 038	3 095	2 942	4 083

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel

INSOLVENZEN		Einheit	2006		2007			2008			
			Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Insgesamt	Anzahl		611	615	674	585	478	669	620	555	545
davon											
* Unternehmen	Anzahl		132	115	112	116	80	124	130	96	98
* Verbraucher	Anzahl		336	371	435	361	295	395	359	341	353
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		129	114	114	92	91	132	113	102	82
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		14	15	13	16	12	18	18	16	12
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		131	99	110	87	64	95	106	94	62

HANDWERK ²⁾		Einheit	2006		2007			2008			
			Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾		91,7	94,2	93,8	95,5	95,0	96,7	96,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾		101,8	102,3	102,3	105,1	117,1	103,1	127,4

PREISE		Einheit	2006		2007		2008			2009	
			Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Verbraucherpreisindex	2005=100		101,4	103,5	105,3	104,9	105,4	105,8	106,2	105,7	106,2

VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2006		2007		2008			
			Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Bruttonomatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	...	3 303	...	2 942	2 987	2 979	3 017	3 036	3 078
* männlich	EUR	...	3 514	...	3 108	3 167	3 160	3 201	3 213	3 261
* weiblich	EUR	...	2 735	...	2 486	2 504	2 498	2 524	2 564	2 586
* produzierendes Gewerbe	EUR	...	3 517	...	3 074	3 138	3 137	3 179	3 172	3 231
* männlich	EUR	...	3 627	...	3 165	3 234	3 238	3 281	3 268	3 336
* weiblich	EUR	...	2 910	...	2 564	2 597	2 591	2 617	2 653	2 666
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	...	3 417	...	3 087	3 138	3 195	3 149	3 100	3 150
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	...	3 585	...	3 132	3 184	3 174	3 214	3 224	3 274
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	...	4 686	...	3 913	3 948	4 019	4 085	4 003	4 086
* Baugewerbe	EUR	...	2 823	...	2 520	2 667	2 690	2 744	2 636	2 753
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	...	3 082	...	2 805	2 833	2 817	2 849	2 895	2 918
* männlich	EUR	...	3 351	...	3 025	3 071	3 048	3 085	3 133	3 153
* weiblich	EUR	...	2 664	...	2 454	2 467	2 460	2 487	2 527	2 552
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR	...	3 127	...	2 788	2 857	2 861	2 854	2 909	2 924
* Gastgewerbe	EUR	...	2 029	...	2 005	1 939	1 930	1 987	1 989	1 978
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR	...	2 695	...	2 491	2 501	2 478	2 548	2 551	2 554
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	...	4 256	...	3 614	3 573	3 607	3 644	3 672	3 729
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	...	2 858	...	2 643	2 655	2 610	2 631	2 737	2 778
* Erziehung und Unterricht	EUR	...	3 166	...	2 939	2 939	2 939	2 939	2 994	3 011
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	...	3 248	...	2 961	3 015	3 031	3 071	3 042	3 089
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	...	3 072	...	2 924	2 932	2 895	2 923	2 980	3 008

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 762	119 209	118 796	120 405	119 738	120 076	120 250	113 898	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 617	12 896	12 528	13 577	12 969	13 710	13 324	12 544	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 451	10 417	10 105	10 841	11 113	11 348	11 639	10 954	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 694	95 897	96 163	95 987	95 656	95 018	95 287	90 400	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 464	111 411	111 587	112 103	110 629	110 247	110 068	104 599	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 528	98 448	98 388	99 491	98 235	98 193	98 580	96 410	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 936	12 963	13 199	12 612	12 394	12 054	11 488	8 189	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 298	7 799	7 209	8 302	9 109	9 829	10 182	9 299	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	97 350	100 212	99 893	100 378	102 981	103 616	102 920	98 243	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	28 338	29 349	29 609	29 861	30 171	29 936	29 385	29 108	...
Termineinlagen	Mill. EUR	32 833	35 704	35 041	35 582	37 936	39 228	39 516	35 806	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 702	7 374	7 086	7 639	8 192	8 531	8 839	9 253	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 477	27 787	28 157	27 296	26 682	25 921	25 180	24 076	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	93 977	96 908	96 440	97 325	99 273	99 741	100 077	95 507	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	91 680	94 374	93 879	94 929	96 736	97 369	97 519	93 190	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 297	2 535	2 561	2 396	2 537	2 372	2 558	2 317	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 373	3 304	3 453	3 053	3 708	3 875	2 843	2 736	...

STEUERN

	Einheit	2006		2007		2008				2009
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 379	2 807	3 214	3 575	2 475	2 736	3 151	3 729	2 561
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	824	888	1 042	1 472	789	556	902	1 622	753
Lohnsteuer	Mill. EUR	591	637	921	795	528	472	918	825	550
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	112	128	460	-	-	-	407	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	87	91	3	464	66	- 11	- 20	481	15
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	39	50	27	43	54	41	18	80	65
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	27	38	68	19	113	22	72	20	116
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	10	15	36	-	0	-	42	-	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	80	71	22	151	27	31	- 87	217	7
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	5	1	23	-	-	-	- 67	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 554	1 920	2 172	2 104	1 686	2 180	2 249	2 107	1 808
Umsatzsteuer	Mill. EUR	372	430	435	475	398	442	407	443	382
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 183	1 489	1 738	1 628	1 287	1 738	1 843	1 664	1 427
Zölle	Mill. EUR	150	156	178	163	130	184	176	159	143
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	63	152	56	70	65	162	56
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	32	28	29	67	6	32	30	68	8
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	38	39	24	77	37	26	25	84	37

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung.

noch STEuern		Einheit	2006		2007			2008			2009
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Landessteuern		Mill. EUR	87	97	84	79	122	80	83	82	147
Vermögensteuer		Mill. EUR	0	0	- 0	0	0	- 0	0	0	0
Erbchaftsteuer		Mill. EUR	14	19	15	13	13	12	22	15	53
Grunderwerbsteuer		Mill. EUR	19	19	19	13	24	17	16	17	17
Kraftfahrzeugsteuer		Mill. EUR	39	41	35	30	66	35	31	33	58
Rennwett- und Lotteriesteuer		Mill. EUR	10	14	12	16	15	14	12	12	16
Feuerschutzsteuer		Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	0	4	0
Biersteuer		Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	2	2	3
		Einheit	2006		2007			2008			
			Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Gemeindesteuern		Mill. EUR	509	516	579	483	503	530	537	520	505
Grundsteuer A		Mill. EUR	4	4	5	6	3	4	4	6	4
Grundsteuer B		Mill. EUR	103	104	112	116	96	95	111	120	96
Gewerbesteuer (brutto)		Mill. EUR	392	399	450	352	397	423	410	385	399
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾		Mill. EUR	10	9	12	9	7	8	11	9	7
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.											
Gewerbesteuer (netto) ²⁾		Mill. EUR	716	753	768	722	886	669	780	831	1 024
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	257	281	229	295	441	163	283	338	592
Anteil an der Umsatzsteuer		Mill. EUR	30	34	32	35	50	17	31	39	62
		Einheit	2006		2007			2008			2009
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steuereinnahmen des Landes											
Landessteuern		Mill. EUR	655	733	749	989	736	605	696	1 006	709
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	304	331	394	538	342	190	325	610	326
Lohnsteuer		Mill. EUR	199	219	340	237	225	152	338	252	234
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	37	39	1	197	28	- 5	- 8	204	6
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	16	21	12	20	26	18	7	37	31
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ³⁾		Mill. EUR	12	17	30	8	50	10	32	9	51
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	40	35	11	76	13	16	- 43	108	4
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	242	286	265	322	268	281	286	260	239
Umsatzsteuer		Mill. EUR	176	211	194	221	191	212	195	172	177
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	66	75	71	101	76	69	91	88	63
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		Mill. EUR	6	6	1	14	1	12	1	12	- 1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)		Mill. EUR	3	2	1	5	1	6	0	6	- 0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)		Mill. EUR	11	10	3	25	2	29	1	29	- 1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	2	2	1	5	1	6	0	6	- 0
Steuereinnahmen des Bundes											
Bundessteuern		Mill. EUR	1 252	1 485	1 664	1 918	1 277	1 466	1 629	1 987	1 390
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	78	78	63	152	56	70	65	162	56
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	359	386	447	640	343	241	378	711	327
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		Mill. EUR	809	1 016	1 153	1 113	877	1 142	1 184	1 102	1 008
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		Mill. EUR	6	6	1	14	1	12	1	12	- 1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag.

Februar

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2008/2009
Bestellnr.: B1083 200800

Berufsbildung 2007
Bestellnr.: B2053 200700

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf 2008
Bestellnr.: C1093 200801

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen November 2008
Bestellnr.: D1023 200811

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2008
Bestellnr.: E1023 200812

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Dezember 2008
Bestellnr.: E1033 200812

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen

und Erden 2007 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1043 200700

Bauhauptgewerbe im Juni 2008 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Totalerhebung)
Bestellnr.: E2033 200800

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im November 2008
Bestellnr.: E4023 200811

Gasabsatz und Erlöse 2007
Bestellnr.: E4063 200700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Dezember 2008
Bestellnr.: F2033 200812

Baugenehmigungen im Jahr 2008
Bestellnr.: F2023 200800

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2008
Bestellnr.: G1023 200812

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 2008
Bestellnr.: G4023 200811

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2008
Bestellnr.: H1023 200811

Binnenschifffahrt im Oktober 2008
Bestellnr.: H2023 200810

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Januar 2009
Bestellnr.: M1013 200901

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Landwirtschaft 2007 – Band 396
Bestellnr.: C2002 200700

CD-ROM: Die Landwirtschaft 2007 – Band 396
Bestellnr.: C2002C 200700

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Februar 2009
Bestellnr.: Z2201 200902

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 – Vorabversion zu Band 1 (Berechnungsstand: August 2008)
Bestellnr.: P1215E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 – Vorabversion zu Band 2 (Berechnungsstand: August 2008)
Bestellnr.: P1225E 200700

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Iris Stadler

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet:
<http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.